Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

8. Dezember 1980
Jg. 8 Nr. 50

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Nervenkrieg gegen die polnische Arbeiter- und Volksbewegung

Warschauer-Pakt-Gipfel in Moskau / PVAP muß Blocktreue schwören

gek. Die äußeren Begleitumstände der ZK-Tagung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei sind von der Sowjetunion und ihren engsten Vasallen in Prag und Ost-Berlin in der demütigendsten Weise zu einer Demonstration der beschränkten Souveränität Polens gestaltet worden. In einer wüsten Pressekampagne steigerten sie die ,,Umtriebe antisozialistischer Kräfte'' zur ,,schleichenden Konterrevolution'' in Polen. Die Militärbezirke an den Grenzen der Sowjetunion und der DDR wurden zu Sperrgebieten erklärt. Die CSSR berief Reservisten ein; in der DDR wurden Wehrpflichtige nach Ablauf der Dienstzeit nicht entlassen. Und einen Tag nach dem Abschluß der ZK-Tagung der PVAP trat in Moskau eine vorher nicht angekündigte Konferenz der Staats- und Parteiführungen der Warschauer-Pakt-Staaten zusammen; alle Delegationen (außer wohl der rumänischen) in einer Besetzung, die sie zu sofortigen Beschlüssen in die Lage versetzt hätte. Kania hatte zu referieren, und die Versammlung drückte ihr Vertrauen aus, daß die PVAP ,,die Weiterentwicklung des Landes auf sozialistischem Weg zu sichern'' in der Lage sei, was nur heißt: sein Verbleiben im Block zu sichern.

Durch alle diese Umstände war die PVAP-Führung in eine Lage versetzt, wo sie sich gegen diese Demütigungen und Bedrohungen entweder verwahren oder die gestellten Bedingungen akzeptieren mußte. Sie hat sich nicht verwahrt. Unter etwas unklaren Umständen veröffentlichte sie 24 Stunden nach dem Abschluß der ZK-Sitzung einen Aufruf des ZK, worin es heißt: ,,Landsleute, das Schicksal der Nation und des Landes steht auf dem Spiel. Die sich hinziehende Unruhe bringt das Vaterland an den Rand der wirtschaftlichen und moralischen Vernichtung ... Es ist unbedingt nötig, daß die Arbeiterklasse und alle Werktätigen die sozialistische Richtung der neu entstandenen Formen der Selbstverwaltungsdemokratie bestätigen ... Laßt uns noch einmal das Bündnis mit unseren sozialistischen Nachbarn, die Garantie unserer Grenzen und der unabhängigen nationalen Existenz, bestätigen.'' Das bedeutet, die Arbeiter- und Volksbewegung in einen liberal gestalteten, aber in einen Käfig zu sperren, und eine offene politische Auseinandersetzung, die das dringendste Erfordernis überhaupt ist, keinesfalls zuzulassen. Kania mußte sich in Moskau noch einmal salben lassen, und als in Moskau Gesalbter muß er in Polen wohl oder übel seine Rolle spielen.

Das hatte schon den Verlauf des ZK-Plenums der PVAP selbst geprägt. Es scheint keine größeren Auseinandersetzungen gegeben zu haben, sondern Einigkeit auf einer ,,mittleren Linie''. Einerseits wurde die Absicht zur vollen Durchführung der in Danzig, Stettin und Jastrzebie getroffenen Abkommen erneut bekräftigt. Einige Punkte, wie die Einführung der 5-Tage-Woche 1981, wurden allerdings von einer Steigerung der Arbeitsproduktivität bis dahin abhängig gemacht. Der geplante a.o. Parteikongreß wurde für Ende März/Anfang April festgelegt, und ein reformiertes Wahlverfahren angekündigt, das freie Kandidatenaufstellung und geheime Wahl sichern soll. Ministerpräsident Pinkowski kündigte bis dahin den Entwurf einer großen Wirtschaftsreform an. Gierek und seine engsten Kumpane wurden aus dem ZK ausgeschlossen, da sie – trotz einiger Verdienste – doch für die eingetretene Misere persönlich verantwortlich seien. Es gab ebenfalls ein Revirement im Politbüro; der Vorsitzende des Veteranenverbandes, General Moczar, von Gierek gestürzt, wurde wieder Mitglied.

Den Akzent dieses ZK-Plenums setzten aber, anders als auf dem vorigen, nicht die Reformankündigungen, sondern die in Kanias Hauptreferat vorgetragenen Warnungen, es gebe auf Seiten der neuen Gewerkschaften ,,Zeichen von Eigenmächtigkeit, die zur Anarchie führt, zu offener antisozialistischer Aktivität, geradezu zur Konterrevolution''. Einige Teile von ,,Solidarität'' überschritten den ihnen gesetzten Rahmen; es könne aber in Polen keine doppelte Staatsmacht geben. Unübersehbar versuchten feindliche politische Gruppen die neuen Gewerkschaften auf das ,,tote Gleis'' einer politischen Opposition zu drängen. Dagegen müsse die Partei ihre Reihen fest schließen. Infolgedessen sei in der Partei kein Platz für Fraktionsmacherei etc. Das war eine deutliche Absage an den linken Parteiflügel, der sich mit den neuen Gewerkschaften eng verbunden hat und in Resolutionen verschiedener, vor allem betrieblicher Parteikomitees vor der ZK-Sitzung weitgehende Forderungen angemeldet hatte (vgl. den Kommentar auf S. 2), der jedoch in diesem wesentlich von hohen Staatsbeamten und Betriebsdirektoren besetzten ZK wohl kaum eine Stimme hat.

Allerdings ist gegenwärtig unter dem extremen äußeren Druck in Polen nur schwer auszumachen, was Opportunismus und hinterhältige Manöver sind und was Taktik zur Bewahrung und Realisierung der in Danzig geschlossenen nationalen und Arbeitereinheitsfront ist. Nach den zuletzt errungenen Erfolgen, zuletzt die Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsmitglieder, hat die Führung von ,,Solidarität'' ihrerseits jetzt kategorisch erklärt, nicht um neue Forderungen und Streiks, sondern um die Überwindung der Wirtschaftskrise und Bewahrung der Einheit müsse es jetzt gehen. Walesa sagte sogar, jeder habe sich nur in zweiter Linie als Gewerkschafter und in erster Linie als Pole zu fühlen.

Das muß man bei allem sehen: die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Polens hat sich – fürs erste unwiderruflich – einen freien Entwicklungsspielraum, genau umrissene Zusagen der Regierung und direkten Einfluß auf die Staatsgeschäfte erkämpft. Wenn die Bewegung ,,katholischer'' auftritt als 1970, unter der Nationalfahne und nicht unter der roten Fahne – dann ist das kein Rückschritt, sondern Ausdruck ihrer gewachsenen Selbständigkeit gegenüber der Regierung wie nach außen. Gerade darum die hektische Nervosität der ,,Verbündeten''. Darum aber auch ihr Zurückschrecken vor jeder ernsten militärischen Aktion. Nur daraus (und aus den schweren Kämpfen, in die die Sowjetunion in Afghanistan und anderswo verwickelt ist) resultiert auch der Spielraum für Reformen, den die Supermacht der PVAP-Regierung läßt.

Und einen Tag nach dem Abschluß der ZK-Tagung der PVAP trat in Moskau eine vorher nicht angekündigte Konferenz der Staats- und Parteiführungen der Warschauer-Pakt-Staaten zusammen; alle Delegationen (außer wohl der rumänischen) in einer Besetzung, die sie zu sofortigen Beschlüssen in die Lage versetzt hätte. Kania hatte zu referieren, und die Versammlung drückte ihr Vertrauen aus, daß die PVAP ,,die Weiterentwicklung des Landes auf sozialistischem Weg zu sichern'' in der Lage sei, was nur heißt: sein Verbleiben im Block zu sichern.

Durch alle diese Umstände war die PVAP-Führung in eine Lage versetzt, wo sie sich gegen diese Demütigungen und Bedrohungen entweder verwahren oder die gestellten Bedingungen akzeptieren mußte. Sie hat sich nicht verwahrt. Unter etwas unklaren Umständen veröffentlichte sie 24 Stunden nach dem Abschluß der ZK-Sitzung einen Aufruf des ZK, worin es heißt: ,,Landsleute, das Schicksal der Nation und des Landes steht auf dem Spiel. Die sich hinziehende Unruhe bringt das Vaterland an den Rand der wirtschaftlichen und moralischen Vernichtung ... Es ist unbedingt nötig, daß die Arbeiterklasse und alle Werktätigen die sozialistische Richtung der neu entstandenen Formen der Selbstverwaltungsdemokratie bestätigen ... Laßt uns noch einmal das Bündnis mit unseren sozialistischen Nachbarn, die Garantie unserer Grenzen und der unabhängigen nationalen Existenz, bestätigen.'' Das bedeutet, die Arbeiter-

men erneut bekräftigt. Einige Punkte, wie die Einführung der 5-Tage-Woche 1981, wurden allerdings von einer Steigerung der Arbeitsproduktivität bis dahin abhängig gemacht. Der geplante a.o. Parteikongreß wurde für Ende März/Anfang April festgelegt, und ein reformiertes Wahlverfahren angekündigt, das freie Kandidatenaufstellung und geheime Wahl sichern soll. Ministerpräsident Pinkowski kündigte bis dahin den Entwurf einer großen Wirtschaftsreform an. Gierek und seine engsten Kumpane wurden aus dem ZK ausgeschlossen, da sie – trotz einiger Verdienste – doch für die eingetretene Misere persönlich verantwortlich seien. Es gab ebenfalls ein Revirement im Politbüro; der Vorsitzende des Veteranenverbandes, General Moczar, von Gierek gestürzt, wurde wieder Mitglied.

Den Akzent dieses ZK-Plenums setzten aber, anders als auf dem vorigen, nicht die Reformankündigungen, sondern die in Kanias Hauptreferat vorgetragenen Warnungen, es gebe auf Seiten der neuen Gewerkschaften ,,Zeichen von Eigenmächtigkeit, die zur Anarchie führt, zu offener antisozialistischer Aktivität, geradezu zur Konterrevolution''. Einige Teile von ,,Solidarität'' überschritten den ihnen gesetzten Rahmen; es könne aber in Polen keine doppelte Staatsmacht geben. Unübersehbar versuchten feindliche politische Gruppen die neuen Gewerkschaften auf das ,,tote Gleis'' einer politischen Opposition zu drängen. Dagegen müsse die Partei ihre Reihen fest

mus und hinterhältige Manöver sind und was Taktik zur Bewahrung und Realisierung der in Danzig geschlossenen nationalen und Arbeitereinheitsfront ist. Nach den zuletzt errungenen Erfolgen, zuletzt die Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsmitglieder, hat die Führung von ,,Solidarität'' ihrerseits jetzt kategorisch erklärt, nicht um neue Forderungen und Streiks, sondern um die Überwindung der Wirtschaftskrise und Bewahrung der Einheit müsse es jetzt gehen. Walesa sagte sogar, jeder habe sich nur in zweiter Linie als Gewerkschafter und in erster Linie als Pole zu fühlen.

Das muß man bei allem sehen: die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Polens hat sich – fürs erste unwiderruflich – einen freien Entwicklungsspielraum, genau umrissene Zusagen der Regierung und direkten Einfluß auf die Staatsgeschäfte erkämpft. Wenn die Bewegung ,,katholischer'' auftritt als 1970, unter der Nationalfahne und nicht unter der roten Fahne – dann ist das kein Rückschritt, sondern Ausdruck ihrer gewachsenen Selbständigkeit gegenüber der Regierung wie nach außen. Gerade darum die hektische Nervosität der ,,Verbündeten''. Darum aber auch ihr Zurückschrecken vor jeder ernsten militärischen Aktion. Nur daraus (und aus den schweren Kämpfen, in die die Sowjetunion in Afghanistan und anderswo verwickelt ist) resultiert auch der Spielraum für Reformen, den die Supermacht der PVAP-Regierung läßt.

EG-Gipfel: Polen im Mittelpunkt

Die EG-Imperialisten sehen ihre Felle davonschwimmen

bep. Düstere Stimmung wurde gemeldet von der letzten Sitzung des ,,Europäischen Rates'', der dreimonatlich stattfindenden Tagung der Regierungschefs und Außenminister der EG. Die EG-Staaten sehen angesichts des zunehmend aggressiveren Auftretens der Sowjetunion und der wachsenden Konfrontation der Supermächte den Spielraum für eigenständige Aktivitäten schwinden. Zur düsteren Stimmung trug neben der Entwicklung der Wirtschaftskrise vor allem die Lage in und um Polen bei, die auch den hauptsächlichen Verhandlungsgegenstand der Konferenz bildete. Sie stellt eine Bedrohung für die Ostpolitik dar, mit der vor allem Frankreich und die BRD ihren Vorteil suchen.

Für die westeuropäischen Imperialisten sind ihre Beziehungen zu Polen ein wertvolles Glied in dieser Politik. Polen bezieht fast die Hälfte seiner Importe aus Ländern außerhalb des RGW, hat dabei aber ein erhebliches Außenhandelsdefizit. Seine Gesamtverschuldung gegenüber diesen Ländern wird auf 21 Milliarden Dollar geschätzt. Auch wo Polen aus Ländern der 3. Welt importiert, muß es zumeist in Währungen der imperialistischen Länder zahlen. Zur Deckung seines Außenhandelsdefizits (das durch die katastrophale Mißernte dieses Jahres sprunghaft weiter anschwellen wird) und für den Schuldendienst wird Polen in Kürze weitere Kredite bei den westlichen Imperialisten in Milliardenhöhe aufnehmen müssen.

Eine sowjetische Intervention in Polen würde die Versuche Frankreichs und der BRD, durch gewisse Arrangements mit dem Sozialimperialismus den eigenen Handlungsspielraum für imperialistische Politik zu vergrößern, untergraben. Die EG-Gipfelkonferenz vermied peinlich, die Sowjetunion als Unterdrücker Polens beim Namen zu nennen. In der Polen-Erklärung der Konferenz wird die Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki beschworen. Die EG-Staaten würden sich in ihren Beziehungen zu Polen stets an die Prinzipien dieser Schlußakte und der Charta der Vereinten Nationen halten. An alle Unterzeichner des Helsinki-Abkommens wird appelliert, ebenfalls den darin niedergelegten Grundsätzen der Nichteinmischung ,,ohne Rücksicht auf die bestehenden bilateralen Beziehungen'' zu folgen. Außerdem erklären die neun EG-Staaten ,,ihre Bereitschaft, soweit es ihren Möglichkeiten entspricht, auf Wünsche für wirtschaftliche Hilfe einzugehen, die ihnen aus Polen vorgetragen werden''. Konkretere Reaktionen für den Fall einer Intervention werden nicht angekündigt.

In einem Interview mit BBC deutete Kanzler Schmidt letzte Woche die Hoffnung an, die Sowjetunion könnte unter wirtschaftlichem Druck einlenken. Die SU habe die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens unterschätzt. Auch in der Sowjetunion gebe es solche Probleme. Sie habe jahrelang einen viel zu großen Teil ihres Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke ausgegeben. Die Verantwortlichen im Kreml müßten diesen Kurs ändern und zu dem Ergebnis gelangen, daß sie für die Verteidigung weniger ausgeben müßten (Die Welt, 3.12.).

Gegenüber solchen Beschwichtigungsversuchen wurde die US-Regierung unterdes deutlich. Carter warnte direkt vor einer sowjetischen Intervention. Sein Außenminister Muskie machte klar, was der US-Imperialismus in einem solchen Fall von seinen westeuropäischen Alliierten erwartet: ,,Ein Teil der westlichen Reaktion würde wirtschaftlicher Art sein: Sofortiger Stopp mehrerer bilateraler Großvorhaben, darunter das Abkommen über die Erdgaslieferungen von Sibirien nach Westeuropa. Aussetzung aller Abrüstungsverhandlungen, bei gleichzeitiger massiver Aufrüstung im gesamten Westen. Aufkündigung der Helsinki-Schlußakte von 1975.''

Es ist Zeit, daß die Arbeiterbewegung ihre Unterstützung für die Ziele der Arbeiterbewegung Polens und für die Unabhängigkeit der polnischen Nation mit deutlicher Stimme kundtut.



Der neue Panzerabwehrhubschrauber PAH-1 von MBB ist ausgeliefert worden. Systempreis pro Stück: 4,3 Mio. DM. Inzwischen ist ein neuer Skandal um das Kampfflugzeug ,,Tornado'' aufgeflogen: Zusätzlich 1,33 Milliarden DM müssen kurzfristig zur Beschaffung aufgebracht werden. (Zur kommenden NATO-Tagung siehe Seite 14/15)

Afghanistan: Sowjetunion richtet sich auf längeres Bleiben ein

Lage im Befreiungskampf zu Beginn der Schneeperiode

chm. Zu Beginn der Schneeperiode in Afghanistan zeigt sich keine grundsätzliche Änderung in der Taktik, die die Sozialimperialisten verfolgen. Seit Juni richten sie sich auf eine lange Besatzungsdauer ein. Sie bauen die großen Städte zu bewaffneten Festungen aus, von denen sie großflächige Angriffe gegen die Stützpunkte der Moudjahedin in den Bergen und die umliegenden Dörfer, die letzteren ihren Nachschub an Proviant sichern, durchführen. Um diese Stadtfestungen legen sie einen breiten Sicherheitsgürtel aus verbrannten Dörfern an, deren Bewohner zur Flucht gezwungen werden. Die Sozialimperialisten konzentrieren sich dabei auf die sechs größten Städte des Landes: Kabul und Djalalabad im Osten, Kunduz und Mazar-e-Sharif im Nor-



Der neue Panzerabwehrhubschrauber PAH-1 von MBB ist ausgeliefert worden. Systempreis pro Stück: 4,3 Mio. DM. Inzwischen ist ein neuer Skandal um das Kampfflugzeug ,,Tornado'' aufgeflogen: Zusätzlich 1,33 Milliarden DM müssen kurzfristig zur Beschaffung aufgebracht werden. (Zur kommenden NATO-Tagung siehe Seite 14/15)

Afghanistan: Sowjetunion richtet sich auf längeres Bleiben ein

Lage im Befreiungskampf zu Beginn der Schneeperiode

chm. Zu Beginn der Schneeperiode in Afghanistan zeigt sich keine grundsätzliche Änderung in der Taktik, die die Sozialimperialisten verfolgen. Seit Juni richten sie sich auf eine lange Besatzungsdauer ein. Sie bauen die großen Städte zu bewaffneten Festungen aus, von denen sie großflächige Angriffe gegen die Stützpunkte der Moudjahedin in den Bergen und die umliegenden Dörfer, die letzteren ihren Nachschub an Proviant sichern, durchführen. Um diese Stadtfestungen legen sie einen breiten Sicherheitsgürtel aus verbrannten Dörfern an, deren Bewohner zur Flucht gezwungen werden. Die Sozialimperialisten konzentrieren sich dabei auf die sechs größten Städte des Landes: Kabul und Djalalabad im Osten, Kunduz und Mazar-e-Sharif im Nor-

den, Kandahar im Süden und Herat im Westen. Der Sicherheitsgürtel erreicht bei manchen Städten, z.B. Kabul, eine Breite von 30 km, faktisch steht ein Stützpunkt neben dem anderen. Sie versuchen ebenfalls die Kontrolle über die großen Verbindungsstraßen zu behalten, um den Nachschub zwischen den einzelnen Stützpunkten zu sichern. Die Zahlenangaben über die Truppenstärken schwanken zwischen 80000 und 100000. Es ist ihnen gelungen, einen kleinen Teil der Stämme im Grenzgebiet zu Pakistan für die Unterstützung der Marionettenregierung zu gewinnen. Diese Angabe von Radio Kabul wird von Mohamed Nazim, einem der beiden Führer der ,,Islamischen Allianz für die Befreiung Afghanistans'', bestätigt. Das bedeutet, daß für die Widerstandskämpfer das Gebiet der Mohmandstämme zum Sperrgebiet geworden ist, und daß sie von dort aus schwerlich die Grenze nach Pakistan überqueren können. Weitere Teile des Grenzgebietes sind dichtvermint mit handtellergroßen, sandfarbenen Splitterbomben. Die wirksamste Waffe bei den Einsätzen der sowjetischen Besatzer bleibt jedoch immer noch der Kampfhubschrauber MI 24, der sowohl mit Raketen als auch mit Maschinengewehren ausgestattet und gerade für die Bergeinsätze geeignet ist.

Ein politisches Ziel hat die SU nicht erreicht: für die Marionettenregierung eine Massenbasis zu sichern und eine Armee aufzubauen, die für sie das Geschäft der Zerschlagung des Widerstandskampfes übernimmt. Das Mittel der Zwangsrekrutierung, zu dem die Karmal-Regierung seit einigen Wochen greifen muß, um die durch Desertionen dezimierte Armee aufzufüllen, hat lediglich dazu geführt, daß die Zahl ihrer Feinde noch größer geworden ist. Inzwischen sind 10% der afghanischen Bevölkerung geflüchtet, 1,5 Mio. Menschen.

Der Widerstandskrieg des afghanischen Volkes ist stark geschwächt durch die fehlende einheitliche politische Führung. Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' vom 25.11. spricht von ca. 30 Gruppierungen, die sich seit 1978 im Exil in Peshawar konstituiert haben sollen. Ein positiver Schritt auf dem Weg der Einheit haben in den letzten Monaten sechs politische Organisationen getan, die sich in die ,,Islamische Allianz für die Befreiung Afghanistans'' zusammengeschlossen haben. Die größten sind die Hezb-i-Islami und die Djamaat-i-Islami. Die wesentliche Bedeutung kommt diesen Organisationen in Peschawar zu als Kontaktstelle und Umschlagplatz für die materielle Hilfe, die aus dem Ausland kommt. Sie scheinen aber wenig unmittelbaren Einfluß auf das Kriegsgeschehen im Inneren des Landes zu haben. Die Masse der Krieger bilden die Stammesangehörigen, Pashtunen in der Grenzprovinz zu Pakistan, Hazara im Zentrum, Uzbeken, Tadjiken und Turkmenen im Norden. (10–15% der afghanischen Bevölkerung sind Nomaden.) Im letzten halben Jahr ist es zu einer gewissen organisatorischen Koordinierung bei den Operationen in Kunar, Nangarhar und Paktia gekommen.

Eine weitere Schwäche ist die veraltete und mangelhafte Ausrüstung, die die Führer der Islamischen Allianz kürzlich auf ihrer Rundreise durch verschiedene europäische Staaten hervorgehoben haben. Als besondere Schwierigkeit kommt in diesem Winter die Vernichtung der Ernte durch die sowjetischen Besatzer hinzu, was die Versorgung der Bauern und damit auch die Verproviantierung der Kämpfer bedroht.

Aus dem Inhalt:

Auf der falschen Fährte

jük. Die Forderung nach 1000 neuen Polizisten in Hessen (20000 in der BRD), die kürzlich von demonstrierenden Polizisten in Wiesbaden und Kassel aufgestellt worden ist, können schwerlich Unterstützung in der Arbeiter- und demokratischen Bewegung bekommen. Diese Forderung, aufgestellt in einem Paket von gewerkschaftlichen Forderungen nach Schichtzulagen, gegen Überstunden usw., hat ihre Ursache in der ziemlich brutalen Vernutzung der Arbeitskraft der Beamten der Polizei im unteren und mittleren Dienst durch den staatlichen Dienstherrn und scheint verständlich. Der staatliche Dienstherr allerdings stellt die Polizeibeamten zu einem bestimmten Zweck ein, und das bei der Beurteilung der Forderungen und Aktionen der Polizeibeamten und der Widersprüche in diesem Teil des Staatsapparates zu übersehen, wäre falsch und kann verhängnisvoll enden. Die Polizei, wie Bundesgrenzschutz und Bundeswehr gehört zum Kern des imperialistischen Staatsapparates, dessen Zweck es ist, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu gewährleisten, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Kommt es nun in der Arbeiterbewegung darauf an, die Beseitigung der Ausbeuterordnung als bewußtes Ziel zu verankern, dann liefe es auf Reformismus raus, wenn man nicht gleichzeitig die Notwendigkeit der Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates betonen würde. Zumal die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung in den letzten Jahren etliche Erfahrungen mit diesem Teil des Staatsapparates gemacht haben, auch wie man sich gegen ihn zur Wehr setzt. Es spricht nichts dafür, Forderungen zu unterstützen, die die Aufrüstung des Staatsapparates bedeuten. Zweifellos sind die wachsenden gewerkschaftlichen Forderungen der Polizisten Ausdruck einer gewissen Zersetzung, welche die Bourgeoisie durch Beamtenrecht gegenwärtig nicht aufhalten kann. Diese Risse im Staatsapparat zu fördern, ist sicher richtig. Aber auch über den Grad der Zersetzung sind Übertreibungen fehl am Platze. Entscheidend für die Stärke und Schwäche des staatlichen Gewaltapparates ist die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiter- und Volksbewegung gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat selbst. Und erst in zweiter Linie die Entwicklung in der Polizei selber, wie man an der Forderung nach mehr Polizei ganz gut sieht.

Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen KKWs

Einige neue Perspektiven in der ,,Anti-AKW-Bewegung"

r. Etwa 1000 bis 1200 Teilnehmer aus ca. 150 Gruppen kamen zur Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, die letztes Wochenende in Bremen stattfand. Zu Beginn schilderte ein Vertreter der BBA Bremen, Mitglied des Präsidiums, die Lage der Bewegung. Man befinde sich in einer Phase des Nachdenkens, es gebe Perspektivlosigkeit, Resignation und Kontroversen um eine Reihe wichtiger Fragen: Gewalt oder Gewaltfreiheit, den Sinn von Großaktionen, die Stellung zu ,,grünen" Parteien, zur Atomrüstung, zur chemischen Industrie, zur allgemeinen Technologiekritik, über die Beurteilung der Kriegsgefahr und was dagegen zu tun sei. Die Fragen, mit denen sich die Anti-AKW-Bewegung befassen müsse, hätten sich ausgedehnt. Der Kongreß solle dem Meinungsaustausch der Bürgerinitiativen über Sachfragen und bestehende Kontroversen dienen.

Das Plenum löste sich anschließend in eine Reihe von Arbeitsgruppen auf, die sich u.a. mit der Aktion in Gorleben, mit dem Entsorgungsprogramm der Bundesregierung, ihrer Energiepolitik oder den Prozessen gegen Demonstranten befaßten. Eine auffällige Erscheinung im Rahmen des Kongresses war die zunehmende Hinwendung zu politischen Fragen außerhalb des engeren Bereichs des Atomenergieprogramms. Das kam vor allem in der starken Beteiligung an der Arbeitsgruppe Atomprogramm/Atomrüstung und in den Debatten zum Ausdruck, die in dieser Arbeitsgruppe geführt wurden. Es entstand dort eine Kontroverse zwischen solchen, die den Kampf gegen Atomwaffen dem allgemeinen Kampf gegen die Verwendung von Atomenergie unterordnen wollen und anderen, die – wenn auch oft von pazifistischen Positionen aus – eine konkretere Kritik der Kriegs- und Rüstungspolitik und politische Forderungen dagegen verlangten.

Auf dem Abschlußplenum wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Wesentlichen unter folgenden Fragestellungen debattiert: 1. Kann der Widerstand auf AKWs beschränkt bleiben? Welche Stellung soll man einnehmen zum Staat und zum ganzen Gesellschaftssystem? 2. Wie sind die bisher gebrauchten Kampfformen zu beurteilen, wie sind neue zu finden? 3. Mit wem kann man zusammenarbeiten, wie kann eine Bündnispolitik aussehen? 4. Welche neuen Aktionen können in Angriff genommen werden? Über die Gewerkschaftsbewegung wurde kaum gesprochen. Allgemeine Tendenzen oder Mehrheiten unter den vertretenen vielfältigen Anschauungen waren schwer festzustellen. Beschlossen wurde lediglich die Durchführung einer Nachbereitungskonferenz am 14.12. in Darmstadt und die einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung einer zentralen Flugschrift gegen das Atomenergieprogramm.



Eines der profitträchtigen Spekulationsobjekte im Bau

Lenin würde gesagt haben: Es gibt Sozialismus und Sozialismus

gek. ,,Polen war, ist und bleibt ein sozialistischer Staat", hat der Vorsitzende der PVAP in Moskau geloben müssen. Kaum jemand in Polen fordert die Rückkehr zum Privatkapitalismus westlicher Prägung. Welcher Sozialismus ist also gefährdet in Polen?

Das ZK-Plenum der PVAP hat ,,Auflösungstendenzen" in der Partei den Kampf angesagt. In Resolutionen zahlreicher Betriebs-Parteiorganisationen sei ,,die Vorstellung vom Klassenkampf mit Gegensätzen und Deformationen, die beim Prozeß des Aufbaus des Sozialismus auftreten, ... durcheinandergebracht worden", stellte ein Leitartikel in ,,Trybuna Ludu" fest. Diese Mitglieder der Arbeiterpartei, die man durchweg auch in der Gewerkschaft ,,Solidarität" wiederfinden wird, sehen also Klassengegensätze in der eigenen Partei. Unmittelbar gefordert werden ,,freie Wahlen innerhalb der Partei auf allen Ebenen" – so z.B. die Parteikomitees der Textilwerke ,,Julian Marchlewski" und Radiowerke ,,Fonica" in Lódz. Andere fordern, unter Bezugnahme auf die zwei Strömungen der polnischen Arbeiterbewe-

tionsmittel, umfassende Demokratie hat die polnische Arbeiterklasse von Beginn an nicht gehabt. Der Sozialismus in Polen muß erst noch erkämpft werden; die erste Voraussetzung dazu ist die volle nationale Souveränität.

Polen gibt neue, spannende Fragen auf. Man lernt täglich wieder Lektionen. Ich fürchte, es wird in Polen noch weniger einen friedlichen Übergang zum Sozialismus geben können als seinerzeit bei der ,,Revolution der Nelken" in Portugal. Hier wie dort hat der Übergang zur großen Industrie doch auch große Ausbeuterinteressen geschaffen, die im äußersten Fall mithilfe der Verbündeten verteidigt werden. ,,Sozialismus" ist in Polen einstweilen nur verstaatlichte Industrie. Die Arbeiterklasse, die ganze produzierende Gesellschaft findet das von ihr geschaffene Mehrprodukt als eine fremde, sie bedrückende, ausbeutende Macht in den Händen einer anderen Klasse wieder, als staatliches Kapital und Staatsapparat – und sogar als eine noch konzentriertere Macht als im ,,freien Westen". Einen Vorteil hat aber dieser Sozialismus, der tatsächlich nur Sozialismus der neuen Bourgeoisie unter

Neuer Anlauf für ein Krankenhausfinanzierungsgesetz

Ortskrankenkassen gegen ,,staatlichen Dirigismus" – Länder gegen ,,Mischfinanzierung"

hev. In seiner Regierungserklärung hatte Bundeskanzler Schmidt die am 4.7.80 vom Bundesrat nach mehreren mißglückten Vermittlungsversuchen gescheiterte Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes aus dem Jahre '72 mit bedrohlichem Unterton ins Gedächtnis zurückgerufen: ,,Die Bundesregierung wird das Krankhausfinanzierungsgesetz wieder einbringen, und zwar unter Konzentration auf die Kostendämpfung! Ich hoffe dabei auf die Mitwirkung der Bundesländer."

Die von der Mehrheit der CDU/CSU regierten Länder hatten die Novellierung, wie sie von der Bundesregierung vorgeschlagen worden war, aus der Absicht heraus abgelehnt, den Krankenhausbau und -betrieb wieder unter die alleinige Verantwortung der Länder zu stellen: ,,Abbau von Mischfinanzierung" nannte das die ,,Frank-

desverbandes der Ortskrankenkassen Alfred Schmidt hatte sich im Bericht an die Vertreterversammlung am 21./22. Mai '80 in Aachen recht eindeutig gegen diese Versuche der Länder gewandt. Wenn schon – so argumentierte er – die wenigen noch verbliebenen Mitwirkungsrechte der Krankenkassen bei der Pflegesatzgestaltung und der Krankenhausbedarfsplanung noch weiter geschmälert werden sollten, dann sei es besser, den Krankenkassen alle Rechte zu nehmen, damit die Verantwortung für Fehlentwicklungen dann ,,klarer zu Tage treten" würde. Es gehe um ,,Verbesserungen im Ausbau einer gemeinsamen Selbstverwaltung zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen". Als negatives Beispiel nannte er die Abmachungen zwischen den Universitätskliniken einerseits und den Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen anderer-

kenhäusern im Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht nur ein Mehr an gemeinsamer Selbstverwaltung verwehrt wird, es wird hier sogar ein bisheriger Selbstverwaltungsbereich zugunsten staatlicher Regelungsbefugnis beschränkt. Dies müssen wir energisch zurückweisen."

Die Ortskrankenkassen wehren sich zu Recht gegen solcherlei staatlichen Dirigismus, der zudem von immer geringeren Beiträgen der ,,öffentlichen Hände" zu den Ausgaben für die Gesundheit begleitet wird. 1970 finanzierten sie 14%, 1978 13,4% an den Gesamtausgaben, während die Kassen ihren Anteil von 34,7% auf 44,5% steigerten. Immer mehr zahlen müssen bei immer geringeren Einflußmöglichkeiten auf den Gang der Dinge wie hier bei der Krankenhausfinanzierung und -planung, so stellt sich die Auseinandersetzung um das Krankenhausfinan-

tretenen vielfältigen Anschauungen waren schwer festzustellen. Beschlossen wurde lediglich die Durchführung einer Nachbereitungskonferenz am 14.12. in Darmstadt und die einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung einer zentralen Flugschrift gegen das Atomenergieprogramm.



Eines der profitträchtigen Spekulationsobjekte im Bau

Lenin würde gesagt haben: Es gibt Sozialismus und Sozialismus

gek. ,,Polen war, ist und bleibt ein sozialistischer Staat", hat der Vorsitzende der PVAP in Moskau geloben müssen. Kaum jemand in Polen fordert die Rückkehr zum Privatkapitalismus westlicher Prägung. *Welcher* Sozialismus ist also gefährdet in Polen?

Das ZK-Plenum der PVAP hat ,,Auflösungstendenzen" in der Partei den Kampf angesagt. In Resolutionen zahlreicher Betriebs-Parteiorganisationen sei ,,die Vorstellung vom Klassenkampf mit Gegensätzen und Deformationen, die beim Prozeß des Aufbaus des Sozialismus auftreten, ... durcheinandergebracht worden", stellte ein Leitartikel in ,,Trybuna Ludu" fest. Diese Mitglieder der Arbeiterpartei, die man durchweg auch in der Gewerkschaft ,,Solidarität" wiederfinden wird, sehen also Klassengegensätze in der eigenen Partei. Unmittelbar gefordert werden ,,freie Wahlen innerhalb der Partei auf allen Ebenen" – so z.B. die Parteikomitees der Textilwerke ,,Julian Marchlewski" und Radiowerke ,,Fonica" in Lódz. Andere fordern, unter Bezugnahme auf die *zwei* Strömungen der polnischen Arbeiterbewegung, die nationale und die internationalistische, eine *Neugründung* als ,,Sozialistische Arbeiterpartei Polens", um die Partei ,,radikal zu ändern".

Es gibt in Polen keinen Sozialismus zu verteidigen, allerdings die Einbindung in das ,,sozialistische Lager" zu sprengen. Es kann sich auch nicht so sehr um einen ,,Weg zurück" zum Sozialismus handeln; wirkliche gesellschaftliche Kontrolle über die Produktionsmittel, umfassende Demokratie hat die polnische Arbeiterklasse von Beginn an nicht gehabt. Der Sozialismus in Polen muß erst noch erkämpft werden; die erste Voraussetzung dazu ist die volle nationale Souveränität.

Polen gibt neue, spannende Fragen auf. Man lernt täglich wieder Lektionen. Ich fürchte, es wird in Polen noch weniger einen friedlichen Übergang zum Sozialismus geben können als seinerzeit bei der ,,Revolution der Nelken" in Portugal. Hier wie dort hat der Übergang zur großen Industrie doch auch große Ausbeuterinteressen geschaffen, die im äußersten Fall mithilfe der Verbündeten verteidigt werden. ,,Sozialismus" ist in Polen einstweilen nur verstaatlichte Industrie. Die Arbeiterklasse, die ganze produzierende Gesellschaft findet das von ihr geschaffene Mehrprodukt als eine fremde, sie bedrückende, ausbeutende Macht in den Händen einer anderen Klasse wieder, als staatliches Kapital und Staatsapparat – und sogar als eine noch konzentriertere Macht als im ,,freien Westen". *Einen* Vorteil hat aber dieser Sozialismus, der tatsächlich nur Sozialismus der neuen Bourgeoisie *unter sich* ist: jeder Kampfschritt, jeder Streik der Arbeiter ist hier ein politischer Akt. Alles wird hier konzentriert, also auch der Klassenkampf und die politische Auseinandersetzung. Grund zu hoffen, daß sich die Bildung eines revolutionären, linken Flügels der Arbeiterbewegung aus ,,katholischen", d.h. nationalen Elementen und Teilen der PVAP im Geschwindschritt vollzieht. Es ist auch dringend.

Neuer Anlauf für ein Krankenhausfinanzierungsgesetz

Ortskrankenkassen gegen ,,staatlichen Dirigismus" – Länder gegen ,,Mischfinanzierung"

hev. In seiner Regierungserklärung hatte Bundeskanzler Schmidt die am 4.7.80 vom Bundesrat nach mehreren mißglückten Vermittlungsversuchen gescheiterte Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes aus dem Jahre '72 mit bedrohlichem Unterton ins Gedächtnis zurückgerufen: ,,Die Bundesregierung wird das Krankhausfinanzierungsgesetz wieder einbringen, und zwar unter *Konzentration auf die Kostendämpfung!* Ich hoffe dabei auf die Mitwirkung der Bundesländer."

Die von der Mehrheit der CDU/CSU regierten Länder hatten die Novellierung, wie sie von der Bundesregierung vorgeschlagen worden war, aus der Absicht heraus abgelehnt, den Krankenhausbau und -betrieb wieder unter die alleinige Verantwortung der Länder zu stellen: ,,Abbau von Mischfinanzierung" nannte das die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 19.4.80, und der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht machte sich 2 Monate später laut ,,Westdeutscher Allgemeiner Zeitung" vom 16.6.80 für diese Forderung stark. Inzwischen haben die Ministerpräsidenten der Länder bereits einen Ausschuß eingerichtet, der Vorschläge für eine Entmischung machen soll, u.a. auch für das Krankenhauswesen.

Der Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen Alfred Schmidt hatte sich im Bericht an die Vertreterversammlung am 21./22. Mai '80 in Aachen recht eindeutig gegen diese Versuche der Länder gewandt. Wenn schon – so argumentierte er – die wenigen noch verbliebenen Mitwirkungsrechte der Krankenkassen bei der Pflegesatzgestaltung und der Krankenhausbedarfsplanung noch weiter geschmälert werden sollten, dann sei es besser, den Krankenkassen alle Rechte zu nehmen, damit die Verantwortung für Fehlentwicklungen dann ,,klarer zu Tage treten" würde. Es gehe um ,,Verbesserungen im Ausbau einer gemeinsamen Selbstverwaltung zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen". Als negatives Beispiel nannte er die Abmachungen zwischen den Universitätskliniken einerseits und den Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen andererseits, die der Bundesrat ,,durch staatlichen Dirigismus" ergänzt hat. Kommen Poliklinikverträge nicht nach den Vorstellungen der Universitäten und der zuständigen Landesbehörde zustande, kann an die Stelle von Entscheidungen der Selbstverwaltungen der Ärzte und Krankenkassen staatlicher Zwang gesetzt werden. Insgesamt müssen wir feststellen, daß nach den Vorstellungen des Deutschen Bundesrates den Krankenkassen und Krankenhäusern im Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht nur ein Mehr an gemeinsamer Selbstverwaltung verwehrt wird, es wird hier sogar ein bisheriger Selbstverwaltungsbereich zugunsten staatlicher Regelungsbefugnis beschränkt. Dies müssen wir energisch zurückweisen."

Die Ortskrankenkassen wehren sich zu Recht gegen solcherlei staatlichen Dirigismus, der zudem von immer geringeren Beiträgen der ,,öffentlichen Hände" zu den Ausgaben für die Gesundheit begleitet wird. 1970 finanzierten sie 14%, 1978 13,4% an den Gesamtausgaben, während die Kassen ihren Anteil von 34,7% auf 44,5% steigerten. Immer mehr zahlen müssen bei immer geringeren Einflußmöglichkeiten auf den Gang der Dinge wie hier bei der Krankenhausfinanzierung und -planung, so stellt sich die Auseinandersetzung um das Krankenhausfinanzierungsgesetz für die Krankenkassen dar. Daß sie unter den derzeitigen Bedingungen einer verkrüppelten ,,Selbstverwaltung" nicht nach der Schließung von Krankenhäusern gegen den Willen der Bevölkerung beteiligen, ist nicht ein Argument gegen größeren Einfluß der Kassen auf das Krankenhauswesen, sondern nur ein Argument für die Verwirklichung der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Versicherten.

Die Grünen wollen als Partei weiterarbeiten

bep. Wie der Bundesvorstand der Grünen laut dpa letzte Woche bekanntgab, wollen die Grünen trotz des schlechten Abschneidens bei den Bundestagswahlen als Partei weiterarbeiten. Die Zeit bis zu den nächsten Wahlen wollten sie nutzen, um ihre programmatischen Aussagen zu konkretisieren und ihre Organisation auszubauen. Bei den Kommunalwahlen 1981 in Hessen und Niedersachsen sollte der Versuch gemacht werden, außerparlamentarische Kräfte wie Bürgerinitiativen in den Bereichen Umwelt, Frieden, Dritte Welt, Menschenrechte und Frauen auf die Notwendigkeit einer parlamentarischen Alternative hinzuweisen. Intern gibt es allerdings nach wie vor heftige Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Strömungen und Fraktionen über die Abgrenzung nach links, die Konzentration auf Fragen der Ökologie oder das Aufgreifen auch anderer politischer Fragen. Auf einer Sitzung des Bundeshauptausschusses der Partei Ende November wurde mehrheitlich Beschluß gefaßt, die ,,Friedenspolitik" zu einem Schwerpunkt der Arbeit zu machen und eine Unterschriften- und Plakatkampagne zu den Nachrüstungsbeschlüssen zu beginnen. Die ,,Programmdebatte" soll auf Landes- und Kreisebene fortgesetzt und durch die Bundesgeschäftsstelle bloß koordiniert werden.

Rentenversicherung gegen Kürzung der Bundeszuschüsse

gkr. Der Verband der Rentenversicherungsträger (vdr) erwartet für das kommende Jahr geringere Einnahmen als erwartet in Höhe von 2 bis 2,5 Mrd. DM, wenn die Wirtschaftsdaten eintreten, wie die Bundesregierung sie als Eckdaten jetzt festgelegt hat. Rechnet man die Kürzung der Bundeszuschüsse um 3,5 Mrd. DM hinzu, so wird die Rentenversicherung schon im kommenden Jahr trotz Beitragssteigerung erneut ein Defizit aus den Rücklagen decken müssen. Der vdr forderte in einer Resolution den vollen gesetzlichen Beitrag von der Regierung. Ohnehin sei der Bundeszuschuß seit 1957 von damals 32% der Rentenausgaben auf 18% 1979 gesunken und werde bei einer Kürzung nur noch 15,2% (1981) betragen.

Keine Frauen in die Bundeswehr!

kln. Bei naßkaltem Wetter demonstrierten am Samstag, den 6.12., in Bonn knapp 2000 Menschen, in der Mehrzahl Frauen, gegen den von der Bundesregierung geplanten Dienst von Frauen in der Bundeswehr. Zur gleichen Zeit fanden parallele Demonstrationen in Hamburg und München statt. Die Demonstranten trugen auf Transparenten unter anderem folgende Losungen mit: ,,Frauen sagen nein zur Bundeswehr" – ,,Keine US-Atomraketen – Für die Kinder die Moneten" – ,,Kinder, Küche und Kaserne, so hätten es die Reichen gerne" – ,,Krieg dem Kriege" – ,,Arbeitsplätze her, Frauen nicht zum Militär" – ,,Frauen gegen den imperialistischen Krieg" – ,,Vernichtung der Atomwaffen" – ,,Frauen zum Bund, nein – BRD raus aus der NATO" – ,,Kein Kriegsdienst, keine Arbeitsdienst, keine Frauen zur Bundeswehr". Zu den drei Demonstrationen hatte die ,Demokratische Fraueninitiative' aufgerufen, beteiligt hatten sich vor allem ,DFG - Deutsche Friedensgesellschaft', SHB, MSB-Spartakus, SDAJ, DKP und einige lokale Frauengruppen. Auf der Demonstration wurde für eine Veranstaltung mit den ehemaligen NATO-Generälen Bastian und Pasti geworben: ,,Warum wir die Nachrüstung ablehnen".

Demonstration in Köln für Freilassung Kim Dae-jungs

wos. Mit einem Fackelzug demonstrierten am Freitag in Köln 450 Menschen für die sofortige Freilassung Kims. Das westdeutsche ,,Rettungskomitee für Kim Dae-jung" beschloß Schritte zur Entsendung einer Sofortdelegation, einschließlich Vertretern der Bundesregierung, nach Seoul. Durch zahlreiche Proteste, auch seitens der Kirchen, Amnesty International und Untergliederungen bürgerlicher Parteien, sah sich der Bundestag zu einer Resolution für Kim veranlaßt. Die Regierung verhält sich jedoch doppelzüngig: ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte, der westdeutsche Botschafter in Seoul, Eger, handele ,,nach den Weisungen der Bundesregierung". Eger hatte zu der Übergabe verschiedener Protestschreiben aus Bonn erklärt: ,,Ich mache mich ja schon lächerlich", und die Hauptvertreter der Generalsclique zu einem Empfang anläßlich des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr eingeladen.

Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk

lup. Aus Anlaß des von der UNO proklamierten Tages der Solidarität mit dem palästinensischen Volk am 29.11. gaben der Doyen der arabischen Botschafter in der BRD und der Vertreter der PLO bei der Arabischen Liga in Bonn am 3.12. einen Empfang, an dem zahlreiche Botschafter von Ländern der 3. Welt sowie die Presse teilnahmen. Der Doyen der arabischen Botschafter, Karim al-Atassi (Syrien) würdigte die Entwicklung des Kampfes des palästinensischen Volkes und erklärte, daß die PLO von der UNO und von über 100 Staaten diplomatisch anerkannt werde, und daß insgesamt mehr Staaten die PLO anerkennen als Israel, sei ein deutlicher Ausdruck der Erfolge des palästinensischen Volkes. A. Frangi, Vertreter der PLO, unterstrich die Notwendigkeit, daß die westeuropäischen Staaten die Rechte des palästinensischen Volkes respektieren und die PLO anerkennen.

Krisenhaushalte der Länder verschonen Kapitalisten

Zur Wirtschaftskrise folgt jetzt die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte. Die Krisen„lösung“ durch Staatsverschuldung rächt sich jetzt. Die Länderregierungen breschen vor, die gesellschaftlich organisierte Reproduktion einzuschränken und die Gebühren zu erhöhen. Gewerkschaften rufen zu Demonstrationen auf.



15000 bis 20000 demonstrierten letzte Woche am Sitz der hessischen Landesregierung gegen die Stellenstreichungen im Haushaltsplan und für bessere Bedingungen an den Schulen. Aufgerufen hatten GEW, Landesschülerrat, Elternbund, ASten. Auch in anderen Städten kommt es zu Demonstrationen und Kundgebungen. In Bremen ruft die GEW für 10.12. zur Demonstration auf. Zuvor schon hatte der Senat die Stellenkürzungen auf Verlangen der ÖTV abgemildert. (Über Demonstrationen der Studenten berichten wir auf Seite 10)

frb. In den meisten Bundesländern und Gemeinden finden gegenwärtig die Beratungen der öffentliche Haushalte für 1981 statt. Zu Beginn dieser Woche besprechen sich in Bonn zu diesem Thema die Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler. Am 12. Dezember koordiniert dann der Finanzplanungsrat von Bund und Ländern die „Lösungsversuche“.

Zunehmend hat sich die finanzielle Lage der öffentliche Haushalte verschlechtert. Mit der jüngsten Steuerschätzung ist dies endgültig offenbar geworden. Sie revidiert die Ergebnisse der Schätzung von Mai kräftig nach unten. Bund, Länder, und Gemeinden müssen noch für 1980 mit Einbußen gegenüber der Schätzung vom Mai von 3,1 Mrd. DM rechnen. Diese Minderung geht voll auf Kosten der Krise, in die die kapitalistische Wirtschaft Westdeutschlands erneut geraten ist. 16,5 Mrd. DM Einbußen gegenüber der Schätzung vom Mai werden für 1981 vorhergesagt. 10,6 Mrd. hiervon schreiben die Ministerialbeamten und Finanzwissenschaftler der Wirtschaftskrise zu, den anderen Teil Steuerrechtsänderungen, die seit Mai eingetreten sind.

Nach der Schätzung sollen die Steuereinnahmen im laufenden Jahr um 6,4% steigen, im kommenden Jahr wird noch eine Zunahme um 2,8% angenommen. (Der Sachverständigenrat rechnet in seinem Gutachten mit Preissteigerungen 1981 gegenüber 1980 von 4,4%.) Auf die einzelnen Gebietskörperschaften werden die Steuerausfälle 1981 wie folgt zugerechnet: Bund – 7,9 Mrd. DM, Länder – 7,5 Mrd. DM, Gemeinden – 1,8 Mrd. DM. Mehreinnahmen von 730 Mio. DM werden an die EG abgeführt.

Schon vor Veröffentlichung der neuen Steuerschätzung hatte die Bundesbank in einem Bericht über die Finanzlage der Länder festgestellt, daß diese sich mehr verschlechtert hat, als nach den Planungen für 1980 abzusehen war. Sie gab vor allem unerwarteten Ausgabenzuwächsen die Schuld. So stiegen die Ausgaben für Sachinvestitionen im ersten Halbjahr 1980 gegenüber dem Vorjahr um 16%, wobei die gestiegenen Baupreise zu Buche schlagen. Eingeschlossen in diese Steigerung ist eine Erhöhung der Investitionszuweisungen an die Gemeinden von Januar bis Juli um fast ein Drittel. Investitionszuschüsse und Darlehn der Länder an Private stiegen um 30%.

Schätzung vom Mai werden für 1981 vorhergesagt. 10,6 Mrd. hiervon schreiben die Ministerialbeamten und Finanzwissenschaftler der Wirtschaftskrise zu, den anderen Teil Steuerrechtsänderungen, die seit Mai eingetreten sind.

Nach der Schätzung sollen die Steuereinnahmen im laufenden Jahr um 6,4% steigen, im kommenden Jahr wird noch eine Zunahme um 2,8% angenommen. (Der Sachverständigenrat rechnet in seinem Gutachten mit Preissteigerungen 1981 gegenüber 1980 von 4,4%.) Auf die einzelnen Gebietskörperschaften werden die Steuerausfälle 1981 wie folgt zugerechnet: Bund – 7,9 Mrd. DM, Länder – 7,5 Mrd. DM, Gemeinden – 1,8 Mrd. DM. Mehreinnahmen von 730 Mio. DM werden an die EG abgeführt.

Schon vor Veröffentlichung der neuen Steuerschätzung hatte die Bundesbank in einem Bericht über die Finanzlage der Länder festgestellt, daß diese sich mehr verschlechtert hat, als nach den Planungen für 1980 abzusehen war. Sie gab vor allem unerwarteten Ausgabenzuwächsen die Schuld. So stiegen die Ausgaben für Sachinvestitionen im ersten Halbjahr 1980 gegenüber dem Vorjahr um 16%, wobei die gestiegenen Baupreise zu Buche schlagen. Eingeschlossen in diese Steigerung ist eine Erhöhung der Investitionszuweisungen an die Gemeinden von Januar bis Juli um fast ein Drittel. Investitionszuschüsse und Darlehn der Länder an Private stiegen um 30%.
Personalausgaben stiegen um 8%, der Sachaufwand um 11,6%, die Zinsausgaben um 15,5%. Letztere erreichten dem Umfang nach 4/5 der Investitionszuweisungen an die Gemeinden und übertrafen die eigenen Sachinvestitionen der Länder bei weitem.

So sieht denn die Bundesbank ein Defizit der Länderhaushalte von 22 Mrd. DM gegenüber geplanten 19,5 Mrd. DM im laufenden Jahr voraus. Damit wäre das Rekordniveau des Krisenjahres 1975 trotz aller anderslautenden Beteuerungen übertroffen. Die Bundesbank folgert daraus „die Notwendigkeit, alles zu tun, um ein weiteres Ausufern des Defizits zu verhindern“. Dazu sei vor allem „Zurückhaltung auf der Ausgabenseite“ angebracht. Und es folgt der Rat, dessen Wiederholgung mittlerweile fester Bestandteil der Lithurgie bürgerlicher Wirtschaftsforscher ist: „Die Personalausgaben bilden hier eine Art Schlüsselgröße“.

In ihren Haushaltsvorlagen haben die Länder erste Konsequenzen schon gezogen. Weitere werden nach der jetzt vorliegenden neuen Steuerschätzung folgen. Glaubt man der Einsicht der Presse-Auguren, so lebt Westdeutschland „von der Substanz“. Was jetzt wirklich geschieht ist, daß die Länderregierungen an die Substanz dessen gehen, was fester Bestandteil der Reproduktion der arbeitenden Bevölkerung ist. Dabei eilen sie der Bundesregierung eher voraus, denn in den öffentlichen Haushalten der Länder finden sich Ausgaben für die vergesellschaftete Reproduktion in größerem Umfang. Dies auch gerade deshalb, weil die Gemeinden laut Grundgesetz zum Aufgabenbereich der Länder gehören und an deren Leine hängen. Die Volksmassen haben ein Interesse an umfassender Ausbildung, sie können Streichungen bei Schulbauten und Lehrpersonal, beides ohnehin zu wenig, nicht hinnehmen. Mütter, die arbeiten, können auf den Kindergartenplatz – in den meisten Ländern teuer zu bezahlen – nicht verzichten. Banken, Kaufhäuser, Verwaltungen und Spekulanten haben die Arbeiter von ihrem alten Wohnort vertrieben. Ohne Zuschüsse ist die Wohnungsnot nicht zu lindern, ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr ist notwendig. Man könnte die Liste fortsetzen.

Nordrhein-Westfalen, das größte Bundesland, plant einen Ausgabenzuwachs von 4,6%. „Eckwerte“ sind: Keine Stellenvermehrung, scharfe Restriktion bei den gesetzlich nicht festgelegten Aufgaben, Einbeziehung der Leistungen an die Gemeinden in die Politik der „knappen Ausgabensteigerung“ (– 317 Mio. DM). Neubaumaßnahmen werden 1981 nicht begonnen.

Hessen plant eine Steigerung der Ausgaben um 2,7%. Freiwerdende Stellen sollen drei Monate unbesetzt bleiben, dann zu 60% wieder besetzt, zu weiteren 30% nur mit Zustimmung des Ministers wieder besetzt und zu 10% überhaupt nicht wieder besetzt werden. Gekürzt wird inbesondere im Schul- und Hochschulbereich sowie an den Zuweisungen an die Gemeinden (140 Mio. DM). Bis 1985 sollen 4300 Lehrerstellen gestrichen, die 1978 beschlossenen weiteren 1000 Polizeistellen aber aufgestockt werden.

Bremen will ebenfalls eine 9monatige Wiederbesetzungssperre durchführen. Senator Franke hat ein 8-Punkte-Streichprogramm für die Hochschule verkündet. Gebührenerhöhung bei der Straßenbahn (10–17%), Müllabfuhr und Abwasser ist, wie in zahlreichen anderen Städten ebenfalls, vorgesehen.

Das Saarland will die Stellen 6 Monate unbesetzt lassen. Die Verbundquote der Gemeinden im Kommunalen Finanzausgleich soll von 24,5 auf 22,5% gekürzt werden (37 Mio. DM). Das Gesamtvolumen des Haushaltes steigt um 5,3%, der Schuldendienst um 17,8%.

In keinem Land hat die Landesregierung so selbstherrlich die Zuwendungen an die Gemeinden gekürzt wie in

Leistungen an die Gemeinden in die Politik der „knappen Ausgabensteigerung“ (– 317 Mio. DM). Neubaumaßnahmen werden 1981 nicht begonnen.

Hessen plant eine Steigerung der Ausgaben um 2,7%. Freiwerdende Stellen sollen drei Monate unbesetzt bleiben, dann zu 60% wieder besetzt, zu weiteren 30% nur mit Zustimmung des Ministers wieder besetzt und zu 10% überhaupt nicht wieder besetzt werden. Gekürzt wird inbesondere im Schul- und Hochschulbereich sowie an den Zuweisungen an die Gemeinden (140 Mio. DM). Bis 1985 sollen 4300 Lehrerstellen gestrichen, die 1978 beschlossenen weiteren 1000 Polizeistellen aber aufgestockt werden.

Bremen will ebenfalls eine 9monatige Wiederbesetzungssperre durchführen. Senator Franke hat ein 8-Punkte-Streichprogramm für die Hochschule verkündet. Gebührenerhöhung bei der Straßenbahn (10–17%), Müllabfuhr und Abwasser ist, wie in zahlreichen anderen Städten ebenfalls, vorgesehen.

Das Saarland will die Stellen 6 Monate unbesetzt lassen. Die Verbundquote der Gemeinden im Kommunalen Finanzausgleich soll von 24,5 auf 22,5% gekürzt werden (37 Mio. DM). Das Gesamtvolumen des Haushaltes steigt um 5,3%, der Schuldendienst um 17,8%.

In keinem Land hat die Landesregierung so selbstherrlich die Zuwendungen an die Gemeinden gekürzt wie in
Baden-Württemberg. 1981 werden 300 Mio. DM gestrichen, 1982 weitere 500 Mio. DM. Dorf- und Stadtentwicklung sollen ganz die Gemeinden zahlen, 100 Mio. aus dem fakultativen Steuerverbund werden gestrichen, selbst die Schlüsselzuweisungen werden gekürzt. Der Gesamthaushalt steigt um 3,6%. Eingespart wird bei den Personalstellen, Familiengeld und -darlehen werden gekürzt, im Hochbau wird 16 Monate kein Neubau begonnen, große Summen werden gekürzt bei Wohnungsbau, Schulhausbau, Straßenbau.

Es ist wahr, daß die öffentlichen Haushalte in der Klemme sind, und es ist auch sehr wohl wahr, daß der wesentliche Grund hierfür die Krise der kapitalistischen Wirtschaft ist, auf die die Regierungen keinen Einfluß haben, sondern deren Spielball sie sind und auf die sie bloß reagieren. Sie suchen die Lösung, indem sie die Mittel für die Reproduktion der Volksmassen kürzen und den Profitjägern Raum verschaffen. Der Kampf gegen diese Lösung wirft einige Fragen auf.

Verschiedentlich wird ein Konjunkturprogramm verlangt, der DGB fordert eine zusätzliche Staatsverschuldung von 5 bis 6 Mrd. DM. Auch als Mittel gegen die Haushaltskürzungen wird zusätzliche Staatsverschuldung gefordert. Dies aber wäre ganz falsch. Der größte Teil der gegenwärtigen Staatsverschuldung stammt aus den Anti-Krisen-Programmen des Jahres 1975. Sowenig damit die Krisenhaftigkeit der westdeutschen Wirtschaft beseitigt oder auch nur gedämpft wurde, so sehr wurde mit dieser Methode der Krisenbekämpfung die jetzige Finanzkrise der öffentlichen Haushalte vorprogrammiert. Die Neuverschuldung ging damals zunächst hauptsächlich vom Bundeshaushalt, in zweiter Linie auch von den Länderhaushalten aus. Zins und Tilgung sind heute die Ausgabenposten mit der höchsten Steigerungsrate und nähren sich selbst. Nicht weitere Verschuldung, sondern Rückzahlung der Staatsschulden durch Besteuerung der Kapitalisten muß gefordert werden.

Einen großen Teil der Haushaltskürzungen schieben die Länder auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden nehmen ⅔ aller öffentlichen Sachinvestitionen vor, sie tätigen 27% der Ausgaben, aber sie verfügen nur über 13% der gesamten Steuereinnahmen. Sie sind abhängig von den Zuweisungen, von Gesetzen, Verordnungen und der Rechtsaufsicht der Länder. Nach der Reform des Finanzausgleichs 1969 hatte sich die finanzielle Lage, auf Kosten stärkerer Bevormundung, vorübergehend gebessert. Seit 1977 aber verschlechtert sie sich wieder. Dieses Jahr hatte der Bundestag den Wegfall der Lohnsummensteuer, höhere Freibeträge bei der Gewerbesteuer verordnet, zusammen ein Geschenk von 3,9 Mrd. DM an die Kapitalisten. Die eigenen Steuereinnahmen der Gemeinden sind damit weiter geschrumpft. Notwendig ist volle Finanzhoheit (nicht die Feigenblatt-Hoheit des Grundgesetzes) für die Kommunen, progressive Besteuerung von Vermögen, Erbschaft und Einkommen, nicht Entlastung für Profite und Vermögen, wie es derzeit ständig geschieht.

Die Kürzungen der Personalstellen entsprechen den lauthals vorgetragenen Forderungen der Kapitalisten. Sie haben damit Absichten, die über die Haushaltskonsolidierung hinausgehen. Das Wachstum der Dienstleistungen soll aufgehalten werden zugunsten der Industrieproduktion. Die Mehrwertproduktion findet im wesentlichen in der Industrie statt. Das spüren die Kapitalisten auch. Gerade bei den Personalstellen aber treffen die Streichpläne auf die entschiedenste Ablehnung. Denn damit treffen die Länderregierungen unmittelbar auf die gewerkschaftliche Organisation, und verschiedene Gewerkschaften haben bereits den Kampf organisiert. Nicht nur gegen Streichungen, sondern für die Durchsetzung längst aufgestellter Forderungen.

krise der öffentlichen Haushalte vorprogrammiert. Die Neuverschuldung ging damals zunächst hauptsächlich vom Bundeshaushalt, in zweiter Linie auch von den Länderhaushalten aus. Zins und Tilgung sind heute die Ausgabenposten mit der höchsten Steigerungsrate und nähren sich selbst. Nicht weitere Verschuldung, sondern Rückzahlung der Staatsschulden durch Besteuerung der Kapitalisten muß gefordert werden.

Einen großen Teil der Haushaltskürzungen schieben die Länder auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden nehmen ⅔ aller öffentlichen Sachinvestitionen vor, sie tätigen 27% der Ausgaben, aber sie verfügen nur über 13% der gesamten Steuereinnahmen. Sie sind abhängig von den Zuweisungen, von Gesetzen, Verordnungen und der Rechtsaufsicht der Länder. Nach der Reform des Finanzausgleichs 1969 hatte sich die finanzielle Lage, auf Kosten stärkerer Bevormundung, vorübergehend gebessert. Seit 1977 aber verschlechtert sie sich wieder. Dieses Jahr hatte der Bundestag den Wegfall der Lohnsummensteuer, höhere Freibeträge bei der Gewerbesteuer verordnet, zusammen ein Geschenk von 3,9 Mrd. DM an die Kapitalisten. Die eigenen Steuereinnahmen der Gemeinden sind damit weiter geschrumpft. Notwendig ist volle Finanzhoheit (nicht die Feigenblatt-Hoheit des Grundgesetzes) für die Kommunen, progressive Besteuerung von Vermögen, Erbschaft und Einkommen, nicht Entlastung für Profite und Vermögen, wie es derzeit ständig geschieht.

Die Kürzungen der Personalstellen entsprechen den lauthals vorgetragenen Forderungen der Kapitalisten. Sie haben damit Absichten, die über die Haushaltskonsolidierung hinausgehen. Das Wachstum der Dienstleistungen soll aufgehalten werden zugunsten der Industrieproduktion. Die Mehrwertproduktion findet im wesentlichen in der Industrie statt. Das spüren die Kapitalisten auch. Gerade bei den Personalstellen aber treffen die Streichpläne auf die entschiedenste Ablehnung. Denn damit treffen die Länderregierungen unmittelbar auf die gewerkschaftliche Organisation, und verschiedene Gewerkschaften haben bereits den Kampf organisiert. Nicht nur gegen Streichungen, sondern für die Durchsetzung längst aufgestellter Forderungen.

Kommunalwahlen in Hessen

Bündnisse aufgrund von Aktionsprogrammen werden angestrebt

anm. Im März 81 sind in Hessen Kommunalwahlen. In verschiedenen Städten und Gemeinden hat der KBW Aktionsprogramme ausgearbeitet und schlägt die Bildung von Wahlbündnissen aufgrund von Aktionsprogrammen vor, die öffentlich diskutiert werden sollen.

Diese Aktionsprogramme und die angestrebten Bündnisse haben unterschiedlichen Charakter. Entweder es bilden sich Bündnisse von bekannten Vertretern aus der Arbeiterbewegung

den Gewerkschaftskörperschaften vertreten.

Zur Wohnungsnot steht im Aktionsprogramm: „Beschlagnahme von leeren Häusern und zur Verfügungstellung als Wohnraum. Räumung von Wohnhäusern die zweckentfremdet werden, Verfügungstellung als Wohnraum. Einspruchsrecht von Mieterbeiräten bei gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. Unterbindung der Spekulation durch Überführung des Grund und Bodens in Gemeineigen-

nungsfrage, zur Grundsatzerklärung, zum Umweltschutz von einzelnen und Gruppierungen innerhalb dieses Bündnisses.

Daß es ein starkes Interesse gibt, sich auf Grund klarer sachlicher Interessen zusammenzuschließen und die Kommunalwahl zu nutzen, um eine Verbindung der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung voranzubringen, ist daran ersichtlich, daß da, wo die Diskussion aufgenommen wird, es schwierig für die verschiedenen Kräfte

Kommunalwahlen in Hessen

Bündnisse aufgrund von Aktionsprogrammen werden angestrebt

anm. Im März 81 sind in Hessen Kommunalwahlen. In verschiedenen Städten und Gemeinden hat der KBW Aktionsprogramme ausgearbeitet und schlägt die Bildung von Wahlbündnissen aufgrund von Aktionsprogrammen vor, die öffentlich diskutiert werden sollen.

Diese Aktionsprogramme und die angestrebten Bündnisse haben unterschiedlichen Charakter. Entweder es bilden sich Bündnisse von bekannten Vertretern aus der Arbeiterbewegung oder Bündnisse, die in einem bestimmten Kampf entstanden sind, oder es werden Bündnisse der Kräfte links neben der SPD angestrebt.

In Frankfurt hat sich der KBW mit folgendem Vorschlag an verschiedene Organisationen gewandt, die sich bereits in der Diskussion um ein Wahlbündnis zu den Kommunalwahlen befinden:

„Der Kommunistische Bund Westdeutschland, Bezirk Frankfurt Südhessen, schlägt vor, die Kommunalwahlen zu nutzen, um eine Vereinheitlichung über ein Aktionsprogramm, das die Interessen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung repräsentiert, voranzubringen. Mit diesem Vorschlag zu einem Aktionsprogramm wenden wir uns an alle Kräfte, die der Auffassung sind, daß die Interessen der Arbeiterbewegung, der demokratischen Bewegung von den bürgerlichen Parteien nicht vertreten werden und es daher notwendig ist, diese Interessen zu formulieren und diese Kräfte, indem sie sich auf ein Aktionsprogramm einigen, zusammenzuschließen.
einigen, zusammenzuschließen.“

Das Frankfurter Programm enthält folgende Elemente: In der Präambel wird prinzipiell für eine demokratische Kommunalverfassung eingetreten. Im Aktionsprogramm selber sind zu den Bereichen Schulen, Kinderversorgung, Jugendeinrichtungen, Altenversorgung, Verkehr, Krankenhäuser, Umweltschutz demokratische Forderungen enthalten sowie Forderungen, die die materielle Versorgung in diesen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion betreffen. Viele der Forderungen werden auch von den entsprechenden Gewerkschaftskörperschaften vertreten.

Zur Wohnungsnot steht im Aktionsprogramm: „Beschlagnahme von leeren Häusern und zur Verfügungstellung als Wohnraum. Räumung von Wohnhäusern die zweckentfremdet werden, Verfügungstellung als Wohnraum. Einspruchsrecht von Mieterbeiräten bei gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. Unterbindung der Spekulation durch Überführung des Grund und Bodens in Gemeineigentum.“

Was hat sich bisher in der Auseinandersetzung um Wahlbündnisse auf Grund eines Aktionsprogramms entwickelt?

In mehreren Städten in Hessen haben sich bereits solche Initiativen zur Bildung von Listen links neben der SPD gebildet, oder der KBW trägt mit dazu bei, daß solche Initiativen entstehen.

In Frankfurt, wo sich seit mehreren Wochen Kräfte der Grünen, der GLH (Grüne Liste Hessen), der Spontiszene, einzelner Leute aus Bürgerinitiativen, einzelnen Kommunisten, KB Nord an einer Diskussion um ein Wahlbündnis beteiligten, kam es aufgrund der Beteiligung des KBW an diesen Verhandlungen zu Auseinandersetzungen. Grüne und Pflasterstrand (Cohn-Bendit/J. Fischer) erklärten, für sie sei ein Bündnis mit Kräften wie mit dem KBW ausgeschlossen, da diese ein „taktisches“ Verhältnis zur Ökologie hätten. Notwendig sei es, den Führungsanspruch der Grünen anzuerkennen, die bisher als einzige den Durchbruch ins Parlament geschafft hätten. Ihr Versuch, aus dem Bündnis auszusteigen, keine Diskussion mehr zu führen und eine sogenannte offene Liste der Grünen zu machen, scheiterte vorerst. Vereinbart wurde eine gemeinsame Veranstaltung aller an einer Liste Interessierten im Januar durchzuführten, wo über Programm und Liste diskutiert werden soll. Die Auseinandersetzung um das Programm ist noch recht unterentwickelt, obgleich außer dem Aktionsprogramm des KBW einige Diskussionsbeiträge in schriftlicher Form vorliegen. So gibt es Beiträge zur Wohnungsfrage, zur Grundsatzerklärung, zum Umweltschutz von einzelnen und Gruppierungen innerhalb dieses Bündnisses.

Daß es ein starkes Interesse gibt, sich auf Grund klarer sachlicher Interessen zusammenzuschließen und die Kommunalwahl zu nutzen, um eine Verbindung der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung voranzubringen, ist daran ersichtlich, daß da, wo die Diskussion aufgenommen wird, es schwierig für die verschiedenen Kräfte ist, sich der Auseinandersetzung zu entziehen.

In Mörfelden-Walldorf, der Stadt, die am weitestgehenden vom Bau der Startbahn West betroffen ist, hat sich eine Initiative gebildet, die sowohl die Ablehnung des Baus der Startbahn zur Grundlage hat wie jedoch auch andere demokratische Forderungen. Diese Initiative ist sowohl an die Kräfte, die aus der SPD ausgetreten sind, herangetreten, wie auch an die DKP, die in Mörfelden Walldorf im Stadtparlament vertreten ist.

Relativ entscheidend ist es, ob es gelingt, möglichst alle Kräfte links neben der SPD zusammenzufassen, und ob es gelingt, in diesen Bündnissen Programme zur Grundlage zu machen, die sich eindeutig auf die Interessen der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung beziehen. In dieser Auseinandersetzung sind gegenwärtig Prinzipienlosigkeit bei gleichzeitigem Tönen mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen das größte Hindernis. Die Grünen schwingen sich zum Vertreter der Basis an sich auf und erklären gleichzeitig die „Ökologie-Frage“ als die Hauptfrage. In der Praxis stellt sich allerdings heraus, daß sie weder den ersten Anspruch einlösen können, noch läßt sich die Bewegung nach ihrem Prinzip modeln. Die Aussichten, durch eine intensive Beratung der Kommunalwahlen gerade in Vertretungskörperschaften und Organen der Gewerkschaften und die Formulierung von Interessen z.B. in Form von Prüfsteinen zu den Kommunalwahlen, eine Einigung auf die entscheidenden Inhalte zu erreichen, sind zumindest in einigen Orten so schlecht nicht.

VR China: Was eine Umfrage alles bewirkt

thh.Peking. Auf verschiedenste Weise wird heute in China versucht, die Demokratie auszuweiten und die Tradition der „Massenlinie" wiederherzustellen. Die Pekinger Tageszeitung „Beijing Ribao" brachte jüngst ein Beispiel dafür: eine Umfrage unter der Bevölkerung, in China etwas Neues.

Im Bereich des Einwohnerkomitees Songshu des westlichen Stadtbezirks von Peking wohnen 778 Haushalte mit 3121 Personen. Ende August beschloß das dortige Einwohnerkomitee (das von den Massen gewählte Verwaltungsorgan des Wohnviertels), an jeden Haushalt Fragebogen zu verteilen, um einen besseren Überblick über die Probleme und Forderungen der Bevölkerung zu bekommen. 628 der ausgegebenen Fragebogen wurden innerhalb von einigen Tagen wieder zurückgegeben, 132 Haushalte hatten darauf Forderungen vermerkt, die sich wie folgt gliedern: 33 Haushalte forderten Wäschereien und Nähbetriebe in ihrem Wohnviertel, 28 Schneidereien, 25 erbaten Hilfe beim Transport von Gasflaschen, sechs wollten ihre Wohnungen neu verputzt haben, neun forderten eine Reparatur ihrer Häuser, 21 verlangten die Bereitstellung von Mittagessen für Grundschüler, fünf eine größere Fürsorge für Kranke und Behinderte, 25 erbaten Hilfe beim Kauf von knappem Gas für ihren Herd, elf wollten einen Kindergartenplatz, fünf forderten eine Vorschulerziehung im Wohnviertel, vier eine bessere Gemüseversorgung, 26, daß die Kohle künftig in die Wohnung gebracht wird, fünf eine bessere Gasversorgung, zehn eine Lösung ihres Wohnungsproblems, neun eine Beendigung der Umweltverschmutzung benachbarter Fabriken, zwei eine Verbesserung der Hygieneverhältnisse im Viertel, ein Haushalt die Schlichtung eines Familienstreits, einer die Reparatur der Haustoilette, einer einen neuen Ofen, einer die Abstellung des Maschinenlärms einer benachbarten Fabrik und einer Lehrbücher für sein Kind.

Das Einwohnerkomitee wertete das Ergebnis aus und teilte die Forderungen in drei Kategorien: sofort lösbare; Probleme, deren Lösung einiger Anstrengungen bedarf; und Probleme, die nur von höheren Stellen gelöst werden können. Nach nur einem Monat war ein Großteil der Probleme gelöst, wie: Kindergartenplätze, Wäschereien, Schneidereien, Nähstuben, Wohnungsreparatur, Beschaffung von Gas und eines neuen Ofens, Mittagessen für die Grundschüler usw. Auch der Familienstreit wurde geschlichtet. Zum Verputzen der Wohnungen und für die Wäschereien, Schneidereien wurde z.B. eine Gruppe aus Rentnern und Jugendlichen ohne Arbeitsplatz gebildet.

Ein Leitartikel der „Beijing Ribao" dazu schrieb, die praktischen Probleme der Massen zu lösen, sei die grundlegende Aufgabe der Kommunisten. Manche Kader machten nur ihre vorgeschriebene Arbeit, hätten aber keine Ahnung von den brennenden Problemen der Massen. Heute müßten die Kommunisten endlich die angehäuften Probleme der Massen untersuchen, anpacken und lösen. Bürokratische Ausreden wie „Es gibt zu viele Probleme und man kann sie nicht lösen", dürften nicht mehr geduldet werden.

„Stärkung der Staates", „Bündnis mit der SU"
Die SED erinnert an das politische Strafrecht

hku. Nach den jetzt vorliegenden Berichten wird der Wirtschaftsplan der DDR 1980 erfüllt werden. Durch die Mobilisierung von Reserven in der Rationalisierung und durch Einsparungen beim bisher überhöhten Energie- und Materialverbrauch sind offensichtlich die Mittel erwirtschaftet worden, die für die erhöhten Rüstungsausgaben und die Exportverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion – die für gleichbleibende Mengen Rohstoffe mehr Rubel sehen will – wie gegenüber den imperialistischen Ländern (Schuldenrückzahlung) gebraucht werden. Trotz zeitweiliger und regionaler Engpässe scheint die Versorgung jetzt vor Weihnachten gesichert und das Niveau gehalten zu werden. Die erfüllten Pläne garantieren außerdem die Zahlung der vollen Jahresprämie Anfang des nächsten Jahres. Insofern hat sich die SED Entlastung verschaffen können.

Die SED bringt untergründig bestehende Engpässe mit den Streiks der polnischen Arbeiter in Verbindung, die zu Importausfällen und zu zusätzlichen Lieferungen von Lebensmitteln ge-

digen Versorgungsprobleme geben wird, werden zielstrebig zu chauvinistischen Auffassungen zu verdrehen gesucht. Die SED will ihre Hetzkampagne gegen die Umwälzungen in Polen absichern und Verwirrung schaffen.

Aber darauf verläßt sie sich nicht: „Ein entscheidendes Anliegen besteht darin, im politischen Gespräch mit den Werktätigen, besonders der Jugend, die Vorzüge und Werte des Sozialismus und seine Überlegenheit über das menschenfeindliche System des Kapitalismus bewußter zu machen. Noch überzeugender gilt es den Nachweis zu führen, daß die unablässige Stärkung der politischen Macht der Arbeiterklasse die Kernfrage der sozialistischen Revolution ist und bleibt, daß dabei die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei unverzichtbare Bedingung ist. Das Klassenbündnis mit der Sowjetunion als sicheres Unterpfand für die weitere Entwicklung der DDR, ... ist noch tiefer im Bewußtsein der Massen zu verankern. Diese Grundpositionen gilt es offensiv gegen alle Anschläge des Feindes zu verteidigen.

Israel: Vorzeitige Wahlen erwogen

Mehrere Rezepte liegen vor / Die Haltung zum palästinensischen Volk bleibt entscheidend

chm. Am 24.11. beschloß das Parteisekretariat der Herut, der stärksten Formation der regierenden Likudkoalition, den Ausschluß Chaim Weizmanns aus der Partei. Eine Woche vorher hatte Weizmann nicht nur für den Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Regierung gestimmt, er hatte zu ihrem Sturz aufgerufen. Kurz nach der Veröffentlichung des Beschlusses erklärte Weizmann, daß er eine neue Partei gründen wolle, eine „Massenpartei der Mitte". Weizmann, bis Mai Verteidigungsminister, genießt ein gewisses Ansehen unter den jüdischen Massen als Frontkämpfer und seit Camp-David als „Taube" unter Begins „Falken". Von Bedeutung ist deshalb seine Programmskizze: Er nimmt Stellung gegen Enteignungen in den besetzten Gebieten für den Bau neuer Siedlungen, tritt ein für eine selbständige „palästinensische Existenz" in den besetzten Gebieten und für eine stärkere Integration Israels in den wirtschaftlichen und politischen Rahmen des Nahen Osten. Handel will er lieber mit Jordanien und Irak treiben als mit den USA. Mit Syrien will er Verhandlungen führen, Frieden mit Jordanien schließen und sogar mit dem Irak. Dayan, ehemaliger Außenminister der Likudregierung, bot er an, sich an der Parteigründung zu beteiligen. Ein weiteres Angebot erging an Rabin. Beide reagierten abwartend. Schwer vorstellbar ist allerdings, wie die programmatischen Vorstellungen von Weizmann und Rabin unter einen Hut zu bringen sein werden: Rabin vertritt eine Linie, die sich kaum von der Linie der Likud unterscheidet. Er lehnt alle Verhandlungslösungen ab, ist gegen jegliche Gebietskonzessionen, gegen die Anerkennung der PLO und gegen die Rücknahme des Jerusalemgesetzes.

Die Mehrheit der Arbeiterpartei, der Mapai, hat sich für Peres entschieden, weil er zwar für die Abkommen von Camp-David ist, sich jedoch nicht scheut, von ihnen abzurücken für eine sogenannte „jordanische Option". Die Programmkommission der Mapai bereitet einen Entwurf für den Parteitag vor, der zwar Camp-David hochhält, aber folgende Lösungsvorschläge für die Palästinafrage entwickelt: Die Palästinafrage muß im Rahmen zweier Staaten, einem arabischen und einem jüdischen Staat, die sich beide auf dem Gebiet von Mandatspalästina befinden (dem heutigen Israel + Jordanien einschließlich Westufer und dem Gazastreifen), gelöst werden. Der zu bildende arabische Staat kann aus Jordanien und den abgetretenen Territorien gebildet werden. Das Staatsoberhaupt dieses Staates kann Hussein, kann aber auch Arafat heißen. Für einen dritten Staat gibt es keinen Platz. Er wäre nicht lebensfähig und daher zur Expansion gezwungen.

Der Koalitionspartner der Mapai, die Mapam, hat ebenfalls in ihren programmatischen Erklärungen für die „jordanische Option" votiert. Allerdings haben 25% der Delegierten für eine Resolution gestimmt, die von der Existenz zweier Völker, des jüdischen und des palästinensischen Volkes auf dem Territorium des biblischen Eretz Israel ausgeht, die jedes das Recht auf Selbstbestimmung hat, und das Recht, die eigenen Vertreter zu wählen. Beide sollten in direkten Verhandlungen über ihre Zukunft entscheiden.

Beide Parteien haben bisher allerdings geschlossen für alle Maßnahmen der Regierung gestimmt, die die Annexion des besetzten arabischen Bodens festigen: für das Jerusalem-Gesetz, für die Siedlungsprojekte, die Mapai hat sogar das Staatsbürgerschaftsgesetz, das die Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Jurisdiktion Israels unterwirft, indem es ihnen die israelische Staatsbürgerschaft verleiht, eingebracht.

Der Likud-Block hält fest an dem Kurs der Konfrontation, wie ihn das Konzept des „reinjüdischen Staates" erfordert: Die Siedlungstätigkeit soll bis Ende der Legislaturperiode November 1981 um 60% gesteigert werden, den Bürgermeistern von Hebron und Halhul verweigert er die Rückkehr in ihre Heimat trotz Urteil des Obersten Gerichts, der geplante Kongreß der palästinensischen Minderheit in den Gebieten von 1948, der eine Nationalcharta verabschieden sollte, ist verboten worden. Wer sich am Versammlungsort einfindet, wird als Mitglied einer terroristischen Vereinigung verhaftet, da der Kongreß die PLO als Vertreterin der Palästinenser in Israel betrachtet; mehrere Tote und Verletzte verursachten die wilden Schießereien der Besatzerarmee gegen die palästinensischen Demonstranten im Westufer; ein (noch umstrittenes) Gesetz zur Annexion der Golanhöhen ist mit stillschweigender Zustimmung der Likud von der Tehiya-Partei vorbereitet worden.

Die Meinungsumfragen zeigen einen Sieg der Koalition aus Mapam und Mapai an, falls jetzt Wahlen stattfinden sollten. Sie zeigen aber auch, daß 50% der Wähler noch unentschlossen sind, weil sie weder von der jetzigen noch von der kommenden Koalition etwas erwarten. (Auffallend dürftig sind auch die programmatischen Aussagen zur Innen- und Wirtschaftspolitik.) Weizmanns Parteigründungsprojekt spekuliert auf diesen Unmut. Wichtig ist, daß eine große Mehrheit für ein Zusammenleben mit den Arabern inner- und außerhalb des Landes ist. Mehrere Organisationen, die den zionistischen Charakter des Staates noch nicht in Frage stellen und nur teilweise die PLO anerkennen, fordern das Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk, so z.B. die Organisation der orientalischen Juden, die Black Panther, die Peace now-Bewegung und Splitterparteien wie die Sheli oder die Matzpen. Die Umfrageergebnisse zeigen, daß das Gebäude der rassistischen Ideologie des Zionismus Risse bekommt unter dem Druck der ökonomischen Krise, der internationalen Isolierung, des hartnäckigen Widerstands in den besetzten Gebieten und nicht zuletzt des Friedensangebots Sadats: 40% der Israelis jüdischen Glaubens wollen mit Arabern im selben Haus wohnen, 60% wollen mit ihnen zusammenarbeiten an einem Arbeitsplatz und über die Hälfte hätten gern arabische Freunde.



Wohnviertel, vier eine bessere Gemüseversorgung, 26, daß die Kohle künftig in die Wohnung gebracht wird, fünf eine bessere Gasversorgung, zehn eine Lösung ihres Wohnungsproblems,

Probleme der Massen untersuchen, anpacken und lösen. Bürokratische Ausreden wie „Es gibt zu viele Probleme und man kann sie nicht lösen", dürften nicht mehr geduldet werden.

„Stärkung der Staates", „Bündnis mit der SU"
Die SED erinnert an das politische Strafrecht

hku. Nach den jetzt vorliegenden Berichten wird der Wirtschaftsplan der DDR 1980 erfüllt werden. Durch die Mobilisierung von Reserven in der Rationalisierung und durch Einsparungen beim bisher überhöhten Energie- und Materialverbrauch sind offensichtlich die Mittel erwirtschaftet worden, die für die erhöhten Rüstungsausgaben und die Exportverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion – die für gleichbleibende Mengen Rohstoffe mehr Rubel sehen will – wie gegenüber den imperialistischen Ländern (Schuldenrückzahlung) gebraucht werden. Trotz zeitweiliger und regionaler Engpässe scheint die Versorgung jetzt vor Weihnachten gesichert und das Niveau gehalten zu werden. Die erfüllten Pläne garantieren außerdem die Zahlung der vollen Jahresprämie Anfang des nächsten Jahres. Insofern hat sich die SED Entlastung verschaffen können.

Die SED bringt untergründig bestehende Engpässe mit den Streiks der polnischen Arbeiter in Verbindung, die zu Importausfällen und zu zusätzlichen Lieferungen von Lebensmitteln ge-führt hätten. Solche Meldungen werden unaufdringlich, aber gekonnt plaziert. Über die Maßnahmen der *CSSR* zur Behinderung des Grenzverkehrs mit Polen schrieb die DDR-Presse, was sie von den DDR-Maßnahmen schlecht schreiben konnte: daß sie der Unterbindung von „Hamsterfahrten" der Polen dienten. Spontane Meinungen der Arbeiter, die es aufgrund der stän-

digen Versorgungsprobleme geben wird, werden zielstrebig zu chauvinistischen Auffassungen zu verdrehen gesucht. Die SED will ihre Hetzkampagne gegen die Umwälzungen in Polen absichern und Verwirrung schaffen.

Aber darauf verläßt sie sich nicht: „Ein entscheidendes Anliegen besteht darin, im politischen Gespräch mit den Werktätigen, besonders der Jugend, die Vorzüge und Werte des Sozialismus und seine Überlegenheit über das menschenfeindliche System des Kapitalismus bewußter zu machen. Noch überzeugender gilt es den Nachweis zu führen, daß die unablässige Stärkung der politischen Macht der Arbeiterklasse die Kernfrage der sozialistischen Revolution ist und bleibt, daß dabei die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei unverzichtbare Bedingung ist. Das Klassenbündnis mit der Sowjetunion als sicheres Unterpfand für die weitere Entwicklung der DDR, ... ist noch tiefer im Bewußtsein der Massen zu verankern. Diese Grundpositionen gilt es offensiv gegen alle Anschläge des Feindes zu verteidigen. Entschieden ist jenen entgegenzutreten, die geringschätzig über die Errungenschaften des Sozialismus urteilen oder sie verleumden." (Beschluß des Politbüros) Präsident des Obersten Gerichts und Generalstaatsanwalt haben bereits Gerichte und Staatsanwälte auf die gestiegenen Anforderungen hingewiesen und sie an das 1979 verschärfte politische Strafrecht erinnert.

reagierten abwartend. Schwer vorstellbar ist allerdings, wie die programmatischen Vorstellungen von Weizmann und Rabin unter einen Hut zu bringen sein werden: Rabin vertritt eine Linie, die sich kaum von der Linie der Likud unterscheidet. Er lehnt alle Verhandlungslösungen ab, ist gegen jegliche Gebietskonzessionen, gegen die Anerkennung der PLO und gegen die Rücknahme des Jerusalemgesetzes.

Die Mehrheit der Arbeiterpartei, der Mapai, hat sich für Peres entschieden, weil er zwar für die Abkommen von Camp-David ist, sich jedoch nicht scheut, von ihnen abzurücken für eine sogenannte „jordanische Option". Die Programmkommission der Mapai bereitet einen Entwurf für den Parteitag vor, der zwar Camp-David hoch-

nexion des besetzten arabischen Bodens festigen: für das Jerusalem-Gesetz, für die Siedlungsprojekte, die Mapai hat sogar das Staatsbürgerschaftsgesetz, das die Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Jurisdiktion Israels unterwirft, indem es ihnen die israelische Staatsbürgerschaft verleiht, eingebracht.

Der Likud-Block hält fest an dem Kurs der Konfrontation, wie ihn das Konzept des „reinjüdischen Staates" erfordert: Die Siedlungstätigkeit soll bis Ende der Legislaturperiode November 1981 um 60% gesteigert werden, den Bürgermeistern von Hebron und Halhul verweigert er die Rückkehr in ihre Heimat trotz Urteil des Obersten Gerichts, der geplante Kongreß der palästinensischen Minderheit in den Ge-

weise die PLO anerkennen, fordern das Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk, so z.B. die Organisation der orientalischen Juden, die Black Panther, die Peace now-Bewegung und Splitterparteien wie die Sheli oder die Matzpen. Die Umfrageergebnisse zeigen, daß das Gebäude der rassistischen Ideologie des Zionismus Risse bekommt unter dem Druck der ökonomischen Krise, der internationalen Isolierung, des hartnäckigen Widerstands in den besetzten Gebieten und nicht zuletzt des Friedensangebots Sadats: 40% der Israelis jüdischen Glaubens wollen mit Arabern im selben Haus wohnen, 60% wollen mit ihnen zusammenarbeiten an einem Arbeitsplatz und über die Hälfte hätten gern arabische Freunde.



Eban und Peres, Ministerpräsident und Außenminister einer Regierungskoalition zwischen der Arbeiterpartei und der Mapam, bei ihrem Besuch vergangenen Oktober in Ägypten

Staaten des Südlichen Afrika stärken Zusammenschluß

chm. Am 27. und 28.11. fand in Maputo, der Hauptstadt Mozambiques, eine Konferenz zur wirtschaftlichen Entwicklung des südlichen Afrika statt, an der auch die westeuropäischen Staaten und verschiedene internationale Organisationen teilgenommen haben. Die neun südafrikanischen Staaten, darunter auch Zimbabwe, hatten einen Vorschlag für 97 Projekte vorgelegt. Es wurde beschlossen, das Straßen- und Schienennetz und die Häfen zu entwickeln. 650 Mio. $ stehen zur Verfügung, von denen die Afrikanische Entwicklungsbank 20% aufbringt. 10% ihres Budgets für die nächsten fünf Jahre werden ebenfalls für dieses Vorhaben bereitgestellt.

Syrien – Jordanien: Es ist beim Säbelrasseln geblieben

chm. Nach Meldungen Beiruter Zeitungen hat Syrien erklärt, daß es sich in keinen Krieg hineinziehen lassen werde, „der nur dem zionistischen Feind nützen würde". Syrien hat seit Ende November bis Mitte letzter Woche 60000 Soldaten und 1200 Panzer an der syrisch-jordanischen Grenze massiert und als Bedingung für den Truppenabzug an Jordanien gestellt, die Unterstützung der „Muslimbruderschaft", die seit Jahren Terrorakte gegen Syrien begeht, einzustellen und den Anspruch aufzugeben, für die Palästinenser zu sprechen. Jordanien, dem die USA Waffenlieferungen zugesagt hatten, hat sich auf die Bedingungen nicht eingelassen. Jordanien unterstützt den Irak im Krieg gegen den Iran, Syrien den Iran. Saudi-Arabien und die PLO hatten in dem Konflikt vermittelt.

Diplomatische Erfolge des Demokratischen Kampuchea

coi. Im November hat eine Delegation des Demokratischen Kampuchea unter Leitung von Thiounn Mumm, Präsident des Nationalen Komitees für Wissenschaft und Technik, Spanien einen Besuch abgestattet. Die Delegation traf mit dem Präsidenten des Senats, den Vorsitzenden der Außenpolitischen Ausschüsse beider Häuser sowie dem Bürgermeister von Madrid zusammen. – Etwa zur gleichen Zeit gab die indonesische Regierung die vollständige Schließung ihrer Botschaft in Phnom Penh bekannt, deren Personal bereits nach der vietnamesischen Invasion stark reduziert worden war.

Nach Gewerkschaftsdemonstrationen Putsch in Obervolta

wos. Ein „Militärausschuß der nationalen Wiederaufrichtung" unter Oberst S. Zerbo hat am 25.11. Präsident Lamizana gestürzt, Regierungsmitglieder festgenommen, die Verfassung außer Kraft gesetzt und die Nationalversammlung aufgelöst. Zerbo war als Fallschirmjäger der französischen Kolonialarmee in Indochina und Algerien eingesetzt; 1973 graduiert von der französischen Kriegsakademie, 1974 bis 76 Außenminister. – Unmittelbarer Anlaß für den Putsch war ein fehlgeschlagenes Mißtrauensvotum der Oppositionsparteien am 11.11. Damit sollte die für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemachte Regierung abgelöst werden. Mehr als die Hälfte der ausländischen Finanzhilfe für Obervolta (in der Sahelzone Westafrikas) kommt von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Als Antwort auf die Inflation forderten die Gewerkschaften mit den Lehrerverbänden an der Spitze Lohnerhöhungen und ein Ende der Korruption. Am 4. und 5.11. legte ein Generalstreik die Hauptstadt lahm. Am 13. löste die Polizei eine Gewerkschaftsdemonstration gewaltsam auf. Zerbo spricht jetzt davon, daß eine „Regierung der nationalen Einheit und Wiederaufrichtung" gebildet werde. Die Gewerkschaften warten ab, welche konkreten Pläne dahinter stehen.

Uruguay: Das Volk lehnt Verfassungsentwurf der Militärs ab

bew. Mit einer Mehrheit von 54% Neinstimmen gegenüber 39% Jastimmen hat die Bevölkerung von Uruguay den Verfassungsentwurf der herrschenden Militärs und der von ihnen eingesetzten Regierung am vergangenen Sonntag abgelehnt. In der Hauptstadt Montevideo lag die Ablehnung bei über 66%. Mit der neuen Verfassung sollte die weitere Beteiligung der Armeeführung an der Regierung und damit die Fortsetzung der Militärdiktatur verfassungsmäßig abgesichert werden. Seit 1973, als auf Druck der Militärs das Parlament aufgelöst wurde, herrscht in Uruguay eine der härtesten Militärdiktaturen Lateinamerikas. Alle Parteien links der Mitte und der nationale Gewerkschaftsbund wurden verboten und blutig verfolgt, den bürgerlichen Parteien ein Betätigungsverbot auferlegt und über das ganze Land der Ausnahmezustand verhängt. Nach ihrer Niederlage haben die Militärs sofort das Verbot jeglicher politischer Betätigung verschärft.

Berichtigung. Auf zwei Fehler beim Abdruck des Artikels: „Initiativen für Zusammenschluß im Südpazifik" (KVZ 48/80, S.5) weist uns der Autor hin: In der Tabelle sind die Angaben der Spalten II und III durcheinandergeraten. Die Bezeichnung „M" für Mitglieder des SPF steht teilweise in Spalte II, teilweise in Spalte III. Sie gehört überall in Spalte III; die Spalte II bleibt für die betreffenden Länder leer, da es sich bei ihnen um unabhängige Staaten handelt. – Statt OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) muß es natürlich OAU heißen für „Organisation für Afrikanische Einheit".

Sollen wir unsere Stellung zur kampucheanischen Revolution ändern?

ges. Bei verschiedenen Gelegenheiten haben Mitglieder der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu Fragen der Geschichte der kampucheanischen Revolution Stellung genommen und dabei erklärt, im Verlauf des Aufbaus des Landes nach der Befreiung seien Fehler vorgekommen. Die KVZ hat in Nr. 41 Auszüge aus Interviews der Xinhua mit Ministerpräsident Khieu Samphan und mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Ieng Sary veröffentlicht, in deren Verlauf Khieu Samphan unter anderem erklärte: ,,Wir haben Übertreibungen begangen und schwere Fehler gemacht''. Die Übernahme des französischen excès ins Deutsche als ,,Exzesse'' bedeutet eine völlige Entstellung des Sinns der Äußerung Khieu Samphans. Leider wurde sowohl in der KVZ als in der Beijing-Rundschau dieser Übersetzungsfehler gemacht. Ieng Sary erklärte unter anderem: ,,Wir haben politische Fehler begangen, da es Mangel an Erfahrung in der Leitung des Staates gegeben hat und ungestüme Forderungen. Die Umsiedlung der Stadtbewohner ist für zahlreiche Menschen verhängnisvoll gewesen. Die Regierung hätte besser daran getan, wenn sie den Familien erlaubt hätte zusammenzuleben, anstatt die Familien auseinanderzureißen. Es wäre besser gewesen, wenn die Schulen wie üblich weitergeführt worden wären. Man hätte das private Eigentum nicht abschaffen sollen. Die Währung hätte in Umlauf bleiben sollen, und man hätte Religionsfreiheit gewähren sollen. Für all diese Dinge ist die Zentralregierung verantwortlich.'' Im Zusammenhang mit diesen Äußerungen sind an die Redaktion der KVZ oder das Zentrale Komitee einige Briefe geschickt worden, um die Frage zu klären, wie der Kampf des kampucheanischen Volkes weiter unterstützt werden solle und wie Hindernisse für diese Unterstützung aus dem Weg geräumt werden könnten. Der KBW führt gegenwärtig eine Geldsammlung durch, mit der weitere 120000 DM für die Unterstützung des Befreiungskampfes des kampucheanischen Volkes und des Demokratischen Kampuchea aufgebracht werden sollen. Im Gegensatz zu früheren Sammlungen kommt diese Sammlung allgemein schwer voran. Die Genossen glauben den Grund dafür gefunden zu haben:

,,Durch die eingeleitete Selbstkritik der kampucheanischen Genossen muß der KBW von der Vorstellung Abschied nehmen, die KP Kampucheas habe eine in jeder Beziehung ,saubere Weste'. Durch die KVZ 41/80 (übrigens recht überfallartig!) bekanntgemacht, sind die Fehler, die in der neudemokratischen Revolution vorgekommen sind, doch von erheblicher Natur, die der Klärung in der kommunistischen Weltbewegung bedürfen. Wir möchten deshalb die Frage aufwerfen, ob nicht unsererseits Unklarheiten bezüglich der neudemokratischen Revolution vorliegen, die es uns erschwert haben, Aktionseinheiten zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea zu schließen, weil wir stets auf einer lupenreinen KPK-Politik bestan-

sammenhang mit diesen Äußerungen sind an die Redaktion der KVZ oder das Zentrale Komitee einige Briefe geschickt worden, um die Frage zu klären, wie der Kampf des kampucheanischen Volkes weiter unterstützt werden solle und wie Hindernisse für diese Unterstützung aus dem Weg geräumt werden könnten. Der KBW führt gegenwärtig eine Geldsammlung durch, mit der weitere 120000 DM für die Unterstützung des Befreiungskampfes des kampucheanischen Volkes und des Demokratischen Kampuchea aufgebracht werden sollen. Im Gegensatz zu früheren Sammlungen kommt diese Sammlung allgemein schwer voran. Die Genossen glauben den Grund dafür gefunden zu haben:

,,Durch die eingeleitete Selbstkritik der kampucheanischen Genossen muß der KBW von der Vorstellung Abschied nehmen, die KP Kampucheas habe eine in jeder Beziehung ,saubere Weste'. Durch die KVZ 41/80 (übrigens recht überfallartig!) bekanntgemacht, sind die Fehler, die in der neudemokratischen Revolution vorgekommen sind, doch von erheblicher Natur, die der Klärung in der kommunistischen Weltbewegung bedürfen. Wir möchten deshalb die Frage aufwerfen, ob nicht unsererseits Unklarheiten bezüglich der neudemokratischen Revolution vorliegen, die es uns erschwert haben, Aktionseinheiten zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea zu schließen, weil wir stets auf einer lupenreinen KPK-Politik bestan-

den. Heute wissen wir, daß es Ansatzpunkte für die bürgerlich/revisionistische Hetze gegeben hat. Insofern können wir da jetzt besser darauf eingehen.''

In einer anderen Stellungnahme heißt es: ,,Der Fehler der Linie war, daß die KP Kampucheas die Aufgaben der Etappe der neudemokratischen Revolution nicht gesehen hat und überspringen wollte, und daher keine Politik der Einheit der verschiedenen Klassen des kampucheanischen Volkes machen konnte. Dies hat den Aufbau des Landes nach dem Sieg über den US-Imperialismus sicher behindert und hat die Interventionsmöglichkeiten der vietnamesischen Hegemonisten begünstigt. Die Korrektur dieser falschen Linie ist die wesentliche Bedingung für den Sieg des kampucheanischen Volkes über die vietnamesischen Aggressoren. Wir unsererseits haben in der Unterstützung des Demokratischen Kampuchea selbst den Fehler gemacht, die Politik des Demokratischen Kampuchea nicht auf Grund unserer eigenen Stellung und Kenntnis des Werdegangs der Kämpfe der Länder der Dritten Welt zu untersuchen, sondern haben, begründet mit der erheblichen Isolierung des Demokratischen Kampuchea in den imperialistischen Ländern, das Demokratische Kampuchea umso heftiger verteidigt. Wir haben damit leider wenig beigetragen zu einer theoretischen Klärung des Werdegangs der kampucheanischen Revolution.''

In einer dritten Stellungnahme schreibt ein Genosse: ,,Unsere Argumente waren immer logisch und einsichtig, gerade bei Kampuchea, teilweise bleiben sie auch noch gültig. Dennoch lagen wir mit den kampucheanischen Genossen in vielem falsch. Die Argumente haben im KBW ausgereicht, nicht aber zur breiten Gewinnung der Massen. Wir haben die Hetze als erfundene Propaganda der Bourgeoisie abgetan. Jetzt sehen wir, daß auch eine 3., 4. und 5. Flugschrift zu Kampuchea nicht hätte eine Wende erreichen können, denn sie hätten nicht völlig auf Tatsachen beruht. Man sollte davon lernen, daß die Hetze der Bourgeoisie in einer Reihe von Fragen gegen den KBW, die frühere VR China der Kulturrevolution und Kampuchea jeweils eine reale Grundlage hatte. Es ist unklug und widerspricht der neu gewonnen Bedeutung der Selbstkritik innerhalb des KBW, wenn wir hier nur langsam die Fehler in Kampuchea ,zugestehen', wenn die Tatsachen sie uns nur widerwillig herauslocken. Die eine Konsequenz ist also, die Fehler nicht herunterzuspielen, die in Kampuchea geschehen sind, zumal sie ja teils prinzipieller Art waren (völlige Abschaffung von Privatparzellen). Die andere Konsequenz muß aber sein, auch in noch schwierigen Beurteilungen von etwas verschlossenen Ländern, wie es Kampuchea war, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben und ein selbständiges Denken zu sichern, ohne alles zu übernehmen, das ist nie richtig und hat uns viele Probleme gebracht. So was ist schwierig, wenn in diesen Ländern selbst keine offene Atmosphäre, letztlich große Demokratie herrscht, was sich zwar in Kampuchea sehr geändert hat, aber beispielsweise in der VR Korea noch anders ist oder erscheint.''

Die wichtigsten Punkte der Kritik sind wohl: Die KP Kampucheas hätte die Aufgaben der neudemokratischen Revolution übersehen und sei zu schnell zur sozialistischen Etappe der Revolution übergegangen. Das habe die Volksmassen in Kampuchea gespalten und die Aggression Vietnams erleichtert.

Der KBW habe diese Politik der KP Kampucheas nachgebetet und müsse jetzt erkennen, daß die KP Kampucheas auch keine ,saubere Weste' habe und daß an der Hetze der Bourgeois und der Revisionisten etwas dran sei, wie die Führer der Regierung des Demokratischen Kampuchea inzwischen selber eingestehen würden.

Der KBW hätte aus den genannten Gründen bei der Unterstützung des Demokratischen Kampuchea keine erfolgreiche Politik der Aktionseinheit machen können. Die Sache werde nur noch schlimmer, wenn die Fehler der KP Kampucheas und die eigenen Fehler heruntergespielt und nur nach und nach eingestanden würden.

Ich sehe die Sache anders und vor allem nicht als Kleiderfrage. In der Flugschrift vom 15.1.1979 ist als erstes geklärt worden, daß es sich bei der Invasion des Demokratischen Kampuchea nicht um einen Bürgerkrieg handelt, sondern um einen Annexionskrieg Vietnams, hinter dem die Sowjetunion steckt. Es wurde untersucht, wie es dazu kommen konnte, daß Vietnam, das erst vier Jahre vorher den nationalen Befreiungskrieg gegen den US-Imperialismus erfolgreich beendet hatte, selber zur expansionistischen Macht geworden ist. Schließlich und zuletzt wurden die Errungenschaften der kampucheanischen Revolution gegen die Hetze der Revisionisten und Bourgeois verteidigt, indem vor allem nachgewiesen wurde, daß es dem Demokratischen Kampuchea vier Jahre nach Ende eines blutigen und zerstörerischen Aggressionskrieges gelungen war, unter extrem schwierigen Bedingungen die Ernährungsfrage zu lösen. Nach wie vor bleiben demgegenüber eventuelle Fehler, über die man verschiedener Meinung sein kann, von untergeordneter Bedeutung. Sicherlich hatte der kampucheanische Sozialismus Züge von ,Kriegskommunismus', aber daß der kampucheanische Sozialismus aus dem Kampf gegen einen Aggressionskrieg hervorging, immer noch von US-Intervention bedroht war, während sich Vietnam und die Sowjetunion bereits daran machten, ihren Überfall vorzubereiten, – das haben nicht die kampucheanischen Kommunisten zu verantworten. Sicherlich hatte der kampucheanische Sozialismus Züge eines Bauernsozialismus, aber Kampuchea war ein vom Imperialismus zugrundegerichtetes Bauernland. Vielleicht waren einige Schritte überstürzt, doch drängte auch die Zeit, wenn 1975 nicht ruhig dem Hungertod von Millionen ins Auge gesehen werden sollte. Vielleicht waren einige Schritte fehlerhaft, aber richtig war, daß sich das kampucheanische Volk kollektiv und kooperativ auf die Lösung der dringlichsten Produktionsaufgaben warf, Reisanbau und Bewässerung. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea war 1978 bereits dabei, Korrekturen vorzunehmen. Familien wurden gefördert, die Wiederzulassung von Geld wurde vorbereitet. Die Städte wurden wieder bevölkert. Eine Einschätzung haben wir allerdings korrigieren müssen: daß der Verteidigungskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren nach der Besetzung des Landes als sozialistischer Verteidigungskrieg geführt werden könnte. Die Produktionsweise des Demokratischen Kampuchea wurde durch den Aggressionskrieg und die Vernichtungsmaßnahmen der Aggressoren zerschlagen und der Widerstandskrieg muß mit dem unmittelbaren Ziel der Verteidigung der Existenz der Nation und der Vertreibung der Aggressoren geführt werden. Nur so können unter den durch die Aggression selber geschaffenen Bedingungen alle Kräfte der Nation, einschließlich früherer Konterrevolutionäre, mobilisiert werden. Die Verfassung des Demokratischen Kampuchea von 1976 wurde suspendiert und statt dessen das neuaufgestellte Programm der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Einheit zur Grundlage der Tätigkeit der Regierung des Demokratischen Kampuchea gemacht. Im übrigen stimmt es meiner Ansicht nach nicht mit den Tatsachen überein, daß wir jemals mehr als die Unterstützung des Widerstandskrieges und die Anerkennung der legitimen Regierung Kampucheas zur Bedingung der Aktionseinheit gemacht hätten.



Pol Pot, Vorsitzender der Militärkommission der Regierung des Demokratischen Kampuchea, im Oktober 1980

Wie steht jetzt das Problem? Müssen wir wesentliche Teile unserer bisherigen Einschätzung der kampucheanischen Revolution über Bord werfen, um den Widerstandskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression wirksam unterstützen zu können und dafür möglichst große Kräfte mobilisieren und zusammenschließen zu können? Es scheint, daß manche Genossen dieser Auffassung sind. Darüber kann man sich auseinandersetzen. Man braucht keine vollständige Einheit in dieser Frage und kann sie vielleicht auch nicht erreichen, jedenfalls nicht schnell. Zweierlei müssen wir gleich anstreben: in der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung größtmögliche Einheit über die Forderungen nach Abzug der Aggressionstruppen und nach Anerkennung des Rechts der kampucheanischen Nation, ihre Angelegenheiten ohne jegliche äußere Einmischung selber zu regeln. Das Programm der Patriotischen und Demokratischen Front enthält dafür Richtlinien, über die das kampucheanische Volk entscheiden wird. Triebkraft im Kampf für die genannten Forderungen ist das Interesse an Frieden und an der Gültigkeit demokratischer Normen in den Beziehungen zwischen den Nationen. Mehr ist nicht Voraussetzung für diese Einheit. Unter den Revolutionären müssen wir Einheit darüber anstreben, daß die nachweislichen Errungenschaften der kampucheanischen Revolution unabhängig von dieser oder jener Differenz über den Charakter dieser Revolution gegenüber der Hetze der Sozialimperialisten und der Bourgeoisie weiterhin verteidigt werden. Die Revolution hat vor allem Leben gesichert, nicht gekostet. Der Aggressionskrieg stellt dem kampucheanischen Volk die Existenzfrage, die Revolution hatte sie gelöst. Wird das vergessen, dann können die Hindernisse schwerlich beseitigt werden, die Revisionisten und Bourgeoisie der Einheit in Fragen der Demokratie in den Weg legen, um die es bei der Geldsammlung allein geht. Sie sind nicht nur für das kampucheanische Volk Existenzfragen. Der sowjetische Sozialimperialismus bereitet schon die nächsten Aggressionen vor.

Ursachen für den Staatsstreich in Guinea-Bissau

Spannungen zwischen Guinea-Bissau und Kapverden / Kritische Versorgungslage

gramm der Patriotischen und Demokratischen Front enthält dafür Richtlinien, über die das kampucheanische Volk entscheiden wird. Triebkraft im Kampf für die genannten Forderungen ist das Interesse an Frieden und an der Gültigkeit demokratischen Normen in den Beziehungen zwischen den Nationen. Mehr ist nicht Voraussetzung für diese Einheit. Unter den Revolutionären müssen wir Einheit darüber anstreben, daß die nachweislichen Errungenschaften der kampucheanischen Revolution unabhängig von dieser oder jener Differenz über den Charakter dieser Revolution gegenüber der Hetze der Sozialimperialisten und der Bourgeoisie weiterhin verteidigt werden. Die Revolution hat vor allem Leben gesichert, nicht gekostet. Der Aggressionskrieg stellt dem kampucheanischen Volk die Existenzfrage, die Revolution hatte sie gelöst. Wird das vergessen, dann können die Hindernisse schwerlich beseitigt werden, die Revisionisten und Bourgeoisie der Einheit in Fragen der Demokratie in den Weg legen, um die es bei der Geldsammlung allein geht. Sie sind nicht nur für das kampucheanische Volk Existenzfragen. Der sowjetische Sozialimperialismus bereitet schon die nächsten Aggressionen vor.



Pol Pot, Vorsitzender der Militärkommission der Regierung des Demokratischen Kampuchea, im Oktober 1980

gegen den KBW, die frühere VR China der Kulturrevolution und Kampuchea jeweils eine reale Grundlage hatte. Es ist unklug und widerspricht der neu gewonnen Bedeutung der Selbstkritik innerhalb des KBW, wenn wir hier nur langsam die Fehler in Kampuchea ,zugestehen', wenn die Tatsachen sie uns nur widerwillig herauslocken. Die eine Konsequenz ist also, die Fehler nicht herunterzuspielen, die in Kampuchea geschehen sind, zumal sie ja teils prinzipieller Art waren (völlige Abschaffung von Privatparzellen). Die andere Konsequenz muß aber sein, auch in noch schwierigen Beurteilungen von etwas verschlossenen Ländern, wie es Kampuchea war, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben und ein selbständiges Denken zu sichern, ohne alles zu übernehmen, das ist nie richtig und hat uns viele Probleme gebracht. So was ist schwierig, wenn in diesen Ländern selbst keine offene Atmosphäre, letztlich große Demokratie herrscht, was

tuelle Fehler, über die man verschiedener Meinung sein kann, von untergeordneter Bedeutung. Sicherlich hatte der kampucheanische Sozialismus Züge von ,Kriegskommunismus', aber daß der kampucheanische Sozialismus aus dem Kampf gegen einen Aggressionskrieg hervorging, immer noch von US-Intervention bedroht war, während sich Vietnam und die Sowjetunion bereits daran machten, ihren Überfall vorzubereiten, – das haben nicht die kampucheanischen Kommunisten zu verantworten. Sicherlich hatte der kampucheanische Sozialismus Züge eines Bauernsozialismus, aber Kampuchea war ein vom Imperialismus zugrundegerichtetes Bauernland. Vielleicht waren einige Schritte über-

lassung von Geld wurde vorbereitet. Die Städte wurden wieder bevölkert. Eine Einschätzung haben wir allerdings korrigieren müssen: daß der Verteidigungskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren nach der Besetzung des Landes als sozialistischer Verteidigungskrieg geführt werden könnte. Die Produktionsweise des Demokratischen Kampuchea wurde durch den Aggressionskrieg und die Vernichtungsmaßnahmen der Aggressoren zerschlagen und der Widerstandskrieg muß mit dem unmittelbaren Ziel der Verteidigung der Existenz der Nation und der Vertreibung der Aggressoren geführt werden. Nur so können unter den durch die Aggression selber geschaffenen Bedingungen

Ursachen für den Staatsstreich in Guinea-Bissau

Spannungen zwischen Guinea-Bissau und Kapverden / Kritische Versorgungslage

dog. Drei Stunden hatte der Staatsstreich des Ministerpräsidenten Vieira gegen den Staatspräsidenten Cabral in Guinea-Bissau am 14. November gedauert. Cabral wurde unter Hausarrest gestellt, Ministerrat, Staatsrat und Nationalversammlung für aufgelöst erklärt und ein neunköpfiger Revolutionsrat mit Vieira an der Spitze gebildet. Cabral soll wegen Korruption und anderer Vergehen vor Gericht gestellt werden.

Vieira ist ein Vertreter der schwarzen Bevölkerungsmehrheit von Guinea-Bissau, Cabral stammt, wie der größte Teil der vormaligen Regierung, von den Kapverden, wo die Mehrheit der Bevölkerung Kreolen sind. Sowohl in Kapverden, einer Inselgruppe etwa 800 km nordwestlich von der Küste Guinea-Bissaus, als auch in Guinea-Bissau ist die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Kapverde) seit der Befreiung von der portugiesischen Kolonialmacht die regierende Partei. Während des Unabhängigkeitskampfes und auf dem 3. Parteitag 1977 ausdrücklich zum Ziel erhoben, kämpft sie für die Vereinigung der beiden Staaten, die vorher unter der portugiesischen Verwaltung zusammengefaßt waren. Für die Portugiesen war die Inselgruppe der Kapverden bei ihrer Eroberung Zwischenstation beim Sklavenhandel, ihre strategisch günstige Lage nutzte Portugal im Rahmen der NATO für die Einrichtung von Luftwaffen-und Marinestützpunkten. Nach mehr als zehnjährigem Kampf proklamierte die PAIGC 1973 Guinea-Bissau als unabhängigen Staat. 1975 entließ Portugal die Kapverden nach einer Volksabstimmung in die Unabhängigkeit.

Vor drei Monaten, im September war auf den Kapverden eine Verfassung verabschiedet worden, in der festgelegt wurde, daß nur auf Kapverden Geborene Zugang zu Partei- und zu Staatsfunktionen haben sollten. Für die schwarze Bevölkerung in Guinea-Bissau mußte diese Bestimmung in der Vorbereitung der Vereinigung wie ein Schlag ins Gesicht wirken. In der für Guinea-Bissau geplanten Verfassungsänderung war eine solche Einschränkung nicht vorgesehen.

Die Vereinigung der beiden Staaten unter einer einheitlichen Regierung ist erstmal auf Eis gelegt, die Regierung von Kapverden, wo der Vorsitzende der PAIGC Ministerpräsident ist, hat den Putsch in Bissau verurteilt. Nach Angaben Vieiras soll an der einheitlichen Partei aber festgehalten werden. Der Nachbarstaat Guinea-Conakry war der erste, der die neue Regierung in Bissau anerkannt hat.

In der Außenpolitik soll keine Änderung vorgenommen werden. Guinea-Bissau hat mit der Sowjetunion ein Abkommen über Fischereirechte und Handels- und Luftfahrtvereinbarungen, ein Fischereiabkommen mit der EG ist wegen der Ablehnung Englands noch nicht in Kraft. In der Hauptsache wickelt Guinea-Bissau seinen Handel mit der ehemaligen Kolonialmacht ab, portugiesisch ist auch die Amtssprache. Das Land hat große wirtschaftliche Probleme. Schon im November 1979 hatte die Regierung angekündigt, daß die Getreideversorgung 1980 nicht einmal für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung gesichert sei. Guinea-Bissau hat 778000 Einwohner, 110000 davon leben in der Hauptstadt Bissau. Von den 3500 km Straße, die von den Portugiesen für den Kolonialkrieg gebaut wurden, sind gerade 370 km geteert. Von ungarischen und französischen Geologen erforschte Phosphat- und Manganvorkommen sind noch nicht erschlossen, Wasserkraftreserven für die Beseitung des Mangels an Elektrizität noch nicht genutzt. Die Industrie ist wenig entwickelt. Guinea-Bissau importiert dreimal soviel wie es ausführt. Wichtigstes Exportgut sind Erdnüsse, Palmöl und andere landwirtschaftliche Produkte sowie Holz. Die wichtigsten Einfuhrgüter sind Nahrungsmittel, Maschinen und Maschinenteile und Textilien.

Die sowjetischen Militärberater, die von Cabral ins Land geholt wurden, sollen unter der neuen Regierung bleiben. Die DDR betreibt in der einzigen beruflichen Ausbildungsstätte des Landes die Ausbildung von Maurern, Schlossern und Elektrikern.

In der vergangenen Woche fand in Luanda, der Hauptstadt Angolas, eine Konferenz der Ministerpräsidenten der ehemals portugiesischen Kolonien Angola, Mozambique, Sao Tome, Principe und der Kapverdischen Inseln statt. Guinea-Bissau war dort nicht vertreten. Die Ministerpräsidenten bezeichneten den Sturz Cabrals als einen Angriff auf das Ansehen der Befreiungsbewegungen und beschlossen die Entsendung einer Delegation nach Guinea-Bissau.

DIW für schärferes Durchgreifen gegen die Bauern

doj. Nach dem Sachverständigenrat hat jetzt auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, DIW, Vorschläge zur Senkung der Agrarkosten in der EG gemacht. DIW vertritt, man solle ,,nicht länger der Tatsache ausweichen, daß ohne eine verstärkte Aufgabe unrentabler Klein- und Mittelbetriebe eine erfolgversprechende landwirtschaftliche Struktur- und Subventionspolitik nicht möglich sein wird". Es tritt für die Aufgabe der Interventionspreise bei den meisten Agrarerzeugnissen ein, die bisher den Bauern feste Erzeugerpreise innerhalb der EG auch bei Überproduktion sicherten. Das würde die Erzeugerpreise noch mehr unter Druck setzen. DIW will damit die Überproduktion drosseln, erreicht aber nur, daß noch mehr Bauern zur Aufgabe gezwungen werden bei Überproduktion eben nur noch der Großbauern. Gleichzeitig will DIW – wie jetzt schon bei der Milch – die Bauern für die kapitalistische Überproduktion in der Landwirtschaft nochmal mit Mitverantwortungsabgaben draufzahlen lassen. Auch diese Abgabe wirkt praktisch wie eine Erzeugerpreissenkung.

Norwegen verbietet EG Dorsch- und Schellfischfang

ref. Lillehammer. Mit Wirkung vom 2.12. haben die norwegischen Behörden den Fischereifahrzeugen der EG den Fang von Dorsch- und Schellfisch in norwegischen Gewässern verboten. Dieses Verbot wurde ausgesprochen, nachdem die Vertreter der EG-Kommission in den Verhandlungen über ein neues Fischereiabkommen Zahlen vorgelegt hatten, nach denen die Quoten für Dorsch und Schellfisch bereits am 1.11. überschritten waren. Die Zahlen waren überhaupt nur vorgelegt worden, nachdem Norwegen mit Verhandlungsabbruch gedroht hatte, wenn die EG nicht Fangrapporte vorlegt. Bereits im Herbst hatte Norwegen das Makrelen-Abkommen gekündigt wegen Überfischens. Auch jetzt ist noch nicht sicher, ob ein Abkommen zustandekommt. Den EG-Fischern wurden 4–5 Tage Zeit gegeben, die norwegischen Gewässer zu verlassen. Danach könne es dazu kommen, daß Fischereiboote aufgebracht und mit Strafen belegt werden.

Steigende Futtermittelpreise erhöhen Druck auf Viehhalter

doj. Der Anstieg der Futtermittelpreise – Getreide wie Eiweißfutter – treibt die Betriebskosten der Viehzüchter und -mäster in die Höhe. Weltweit lag die Erntemenge der Ölsaaten und Getreide unter den Schätzungen, v.a. in den USA, der UdSSR, in China, Indien und Australien. In den EG-Staaten ändern sich die durch Intervention festgelegten Getreidepreise zunächst nicht sehr, jedoch die Eiweißfutterpreise. Insgesamt wirkt der erhöhte

nachdem die Vertreter der EG-Kommission in den Verhandlungen über ein neues Fischereiabkommen Zahlen vorgelegt hatten, nach denen die Quoten für Dorsch und Schellfisch bereits am 1.11. überschritten waren. Die Zahlen waren überhaupt nur vorgelegt worden, nachdem Norwegen mit Verhandlungsabbruch gedroht hatte, wenn die EG nicht Fangrapporte vorlegt. Bereits im Herbst hatte Norwegen das Makrelen-Abkommen gekündigt wegen Überfischens. Auch jetzt ist noch nicht sicher, ob ein Abkommen zustandekommt. Den EG-Fischern wurden 4–5 Tage Zeit gegeben, die norwegischen Gewässer zu verlassen. Danach könne es dazu kommen, daß Fischereiboote aufgebracht und mit Strafen belegt werden.

Steigende Futtermittelpreise erhöhen Druck auf Viehhalter

doj. Der Anstieg der Futtermittelpreise – Getreide wie Eiweißfutter – treibt die Betriebskosten der Viehzüchter und -mäster in die Höhe. Weltweit lag die Erntemenge der Ölsaaten und Getreide unter den Schätzungen, v.a. in den USA, der UdSSR, in China, Indien und Australien. In den EG-Staaten ändern sich die durch Intervention festgelegten Getreidepreise zunächst nicht sehr, jedoch die Eiweißfutterpreise. Insgesamt wirkt der erhöhte
Dollarkurs als Preisanstieg, da die meisten Futtermittel in Dollar gehandelt werden. Eiweißfutter wie Ölkuchen (z.B. Sojaschrot stieg um fast 10 DM/dt) und Mais werden zur Herstellung von Eiweißkonzentraten und Mischfutter verwandt, auf die fast jeder Viehhalter angewiesen ist. Vor allem die Schweinehalter werden die Preiserhöhungen bei seit 1979 laufend sinkenden Schweinepreisen spüren.

Maßnahmen Irans für Unabhängigkeit bei Agrarversorgung

frb. Die Agrarproduktion Irans habe 1980 einen großen Aufschwung genommen und reiche nun nahezu zur Selbstversorgung, hat der stellvertretende Landwirtschafminister Haschemi Rafsandjani in Paris erklärt. Was den Besitz angehe, so gehöre das ,,Land dem, der es bebaut". Es gehe aber nicht nur um die Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer und Verbrecher des alten Regimes, sondern auch um Tausende Hektar Land, das wegen fehlender Bewässerung oder Bearbeitung brach liegt. Die Landverteilung werde durch eine 7köpfige Kommission auf Kreisebene durchgeführt. Ihr gehören zwei Vertreter des Agrarministeriums, je einer der religiösen Hierarchie, des Innen- und Justizministeriums sowie zwei örtliche Honoratioren an. Im Zwischenhandel will die Regierung die Zwischenhändler nach und nach ausschalten. Ländliche Dienstleistungszentren, wovon es bisher 60 gibt, kaufen die Erzeugnisse auf und bringen sie auf regionaler oder lokaler Ebene in den Handel. Außerdem vergeben diese Zentren Finanzhilfen und geben Beratungen.

Hohe Konzentration in der französischen Landwirtschaft

Nettoeinkommen sinken um 10% / Banken kassieren die Hälfte des Bruttoeinkommens

pem. Mindestens um 5% wird das Bruttoeinkommen der Bauern in Frankreich in diesem Jahr sinken. Das Nettoeinkommen sogar vorraussichtlich um 10%, trotz einer Produktionssteigerung von etwa 4%. Nach Angaben des M.O.D.E.F. (Bewegung zum Schutz der Familienbetriebe) handelt es sich um die siebente Einkommenssenkung hintereinander. Besonders trifft es die Bewohner der Regionen Frankreichs, in denen nach dem 2. Weltkrieg die landwirtschaftliche Produktion konzentriert wurde. Eine dieser Regionen ist die Bretagne.

Die Bretagne wurde nach dem 2. Weltkrieg von einer Region, in der die Landwirtschaft in der Hauptsache zur Selbstversorgung der Bauern diente und nur der Überschuß auf den lokalen Märkten verkauft wurde, zu einer Region entwickelt, die heute mit einem Anteil von 7,7% an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Frankreichs z.B. 17% der gesamten Milchproduktion, 30% des Schweinefleisches, 34% der Eier, 30% der Hähnchen produziert.

Erreicht wurde diese Entwicklung durch ein großangelegtes Bauernlegen und eine immer stärkere Ausrichtung der Produktion auf die Viehzucht, insbesondere in den Jahren 1960–1970. Das Tempo, welches das Bauernlegen nach dem 2. Weltkrieg angenommen hat, wird aus folgenden Zahlen deutlich: Von 1922 bis 1955 entwickelte sich die mittlere Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes von 8 ha auf nur 11 ha. Im Jahre 1970 betrug sie bereits 28 ha. Von 1921 bis 1951 sank die



,,Das Atom-U-Boot läßt den Milchpreis nicht steigen"

Landbevölkerung um durchschnittlich 0,7% pro Jahr. Von 1954 bis 1962 bereits um 2,8%, von '62 bis '68 gar um 3,8%, eine Rate, die bis heute in etwa beibehalten worden ist. Praktisch bedeutet das, daß von '54 bis '62 täglich ein Bauer seinen Hof aufgeben mußte, von '67 bis '72 jedoch täglich drei.

Die steigende Mechanisierung der Landwirtschaft, die ein immer höheres Kapital zur rentablen Produktion erfordert, hatte an dieser Entwicklung wesentlichen Anteil, da die kleinen und mittleren Bauern nicht über ausreichende Kapitalmengen verfügten. Angesichts einer Steigerung von 97% auf 117000 F innerhalb von 4 Jahren (66–70) pro in der Landwirtschaft eingesetzter Arbeitskraft blieb den Bauern nur der Weg, entweder den Hof aufzugeben oder sich zu verschulden. Die durchschnittliche Verschuldung der Bauern stieg so von 50000 F im Jahre 1960 auf 135000 F im Jahre 1970, wobei dies hauptsächlich die mittleren Bauern betraf. Für die Abzahlung dieser Schulden mußten die Bauern etwa die Hälfte ihres Bruttoeinkommens aufwenden. Einher mit dieser Entwicklung ging die Spezialisierung der Produktion. Betrug das Verhältnis von Ackerbau und Viehzucht im Jahre 1950 noch 41,1% zu 58,9%, war also ausgewogen, so entwickelte es sich zu 16,4% zu 83,6% im Jahre 1970.

Vorangetrieben wurde diese Entwicklung von den großen Lebensmittelkonzernen und dem Crédit Agricole, der größten Landwirtschaftsbank, in deren Abhängigkeit sich heute der größte Teil der Bauern befindet. Z.B. verlagerte die Industrie den Anbau von grünen Bohnen innerhalb von sieben Jahren in die Picardie, weil sie dort bessere Bedingungen vorfand. Ebenso die Produktion von Erbsen; die größten Milch verarbeitenden Fabriken senkten den Preis für den Liter Milch für die Bauern um 2–3 Centimes, ohne daß die Bauern einen Einfluß darauf hatten.

Durchgeführt werden konnte diese Entwicklung nur gegen heftigen Widerstand der Bauern seit Anfang der 60er Jahre. Am bekanntesten wurde der Milchkrieg von 1972, in dem über zwei Wochen lang die Milchproduktion verhindert wurde. In diesen Jahren haben sich auch zahlreiche gewerkschaftliche Organisationen herausgebildet, wie z.B. der M.O.D.E.F.. In diesen Kämpfen wurde auch immer wieder versucht, die Verbindung zur Arbeiterbewegung herzustellen, sei durch Direktverkäufe oder allgemein in der Forderung nach Anhebung der Erzeugerpreise bei gleichzeitigem Verbot für die Lebensmittelkonzerne, diese Erhöhung an die Verbraucher weiterzugeben. Sicher ist, sollte die Regierung ihr Versprechen der Garantie des Einkommens der Bauern nicht halten, was verbunden ist mit einer Steigerung der Subventionen von 2,6 Milliarden auf 4 Milliarden Franc, werden sich die Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten weiter verschärfen.

Sinken der Weltmarktpreise für Weizen nicht in Sicht

Treffen der Exporteure in Adelaide / Zunehmende Verwendung als Viehfutter in der Sowjetunion

cht.Sydney. ,,Obwohl die Weizenproduktion 1980/81 voraussichtlich ansteigen wird, wird ein weiterhin hohes Nachfrageniveau die internationalen Weizenpreise ungefähr auf dem gegenwärtigen Stand halten, bis mindestens 1981", verspricht das australische agrarwirtschaftliche Büro in der letzten Ausgabe der vierteljährlichen Übersicht den australischen Siedlern. Die drei größten weizenexportierenden Länder USA, Australien und Kanada, die zusammen zu 80,2% den Weltweizenexport kontrollieren, konnten seit 1977 den Weizenpreis um 40% in die Höhe treiben. Voraussetzung dafür waren der Rückgang der Ernte im Jahr '79, vor allem in der Sowjetunion (um 27% gegenüber dem Vorjahr) und in Westeuropa (8%) und der Anstieg des Weizenimports der Sowjetunion von 5,2 auf 8,2 Mio. Tonnen. Der auf dem Weltmarkt gehandelte Weizen macht zwar nur 18% der Gesamtproduktion aus, geringe Schwankungen in der

Früchte sowohl von der Produktions- als auch von der Konsumseite her. Die Grundnahrungsmittel für die städtischen Lohnarbeiter werden Weizen, Reis und Mais, die unter kapitalistischer Kontrolle in den Städten vermarktet werden. Die Bedeutung des Weizens ist in den asiatischen Ländern, in denen Reis das traditionelle Nahrungsmittel ist, geringer als in den afrikanischen und südamerikanischen Ländern. Afrika hat weniger als Südamerika den wachsenden Lebensmittelbedarf durch Eigenproduktion ausgleichen können, und die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten hat ein kritisches Ausmaß erreicht. Die Weizenimporte pro Kopf der Bevölkerung sind allein in den letzten 5 Jahren um mehr als 30% gestiegen. Bemühungen der afrikanischen Staaten, die traditionellen Lebensmittel zu fördern und in die Marktwirtschaft einzubeziehen, werden von der FAO unterstützt. Ein Programm für einen ,,Codex Alimen-

das doppelte von z.B. Ägypten (173 kg), einem Land, in dem Weizen das Hauptnahrungsmittel ist. Von diesen 415 kg wurden 134 kg für den menschlichen Verbrauch, 195 kg für Viehfutter und 98 kg für Saatgut verwendet. Die Verknappung von Futtergetreide auf dem Weltmarkt geht fast ausschließlich auf das Konto der Sowjetunion, die den Import von 10 Mio. Tonnen (1979) auf 20 Mio. Tonnen (1980) steigerte und damit, zusammen mit den 8,2 Mio. Tonnen Weizen, 17% des auf dem Weltmarkt verfügbaren Getreides importierte. Wenn die Sowjetunion sich bezüglich des Getreideembargos der USA und ihrer Verbündeten zum Fürsprecher aller Weizenimporteure zu machen versucht mit der Behauptung, es werde das ,,Vertrauen zu Ländern untergraben, die gegen einzelne Teilnehmer der internationalen (Weizenhandels-)Konvention diskriminierende Maßnahmen ergrei-

dem Ziel, die Kosten für die Lagerung auf die Importländer abzuwälzen. Die Länder der dritten Welt würden natürlich Vorräte begrüßen, auf die sie bei plötzlicher Knappheit zurückgreifen und damit auch übermäßige Preissteigerungen auffangen könnten. Doch fordern sie, daß die Kosten für die Lagerung und den Bau der Lagerhallen von den imperialistischen Ländern getragen werden, womit sie sich bislang gegenüber den Imperialisten nicht durchsetzen konnten.

Im November fand ein Treffen der Weizenexporteure in Adelaide, Australien, statt, auf dem die Widersprüche zwischen der Supermacht USA und den übrigen imperialistischen Weizenexporteuren geklärt werden sollten. Die USA hatten im Januar 1980 ein Getreideembargo gegenüber der Sowjetunion verkündet; es besagt, daß kein Getreide über die in den Vorjahren vereinbarten Mengen hinaus an die

lich: Von 1922 bis 1955 entwickelte sich die mittlere Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes von 8 ha auf nur 11 ha. Im Jahre 1970 betrug sie bereits 28 ha. Von 1921 bis 1951 sank die

chende Kapitalmengen verfügten. Angesichts einer Steigerung von 97% auf 117000 F innerhalb von 4 Jahren (66–70) pro in der Landwirtschaft eingesetzter Arbeitskraft blieb den Bauern

ausgewogen, so entwickelte es sich zu 16,4% zu 83,6% im Jahre 1970.

Vorangetrieben wurde diese Entwicklung von den großen Lebensmit-

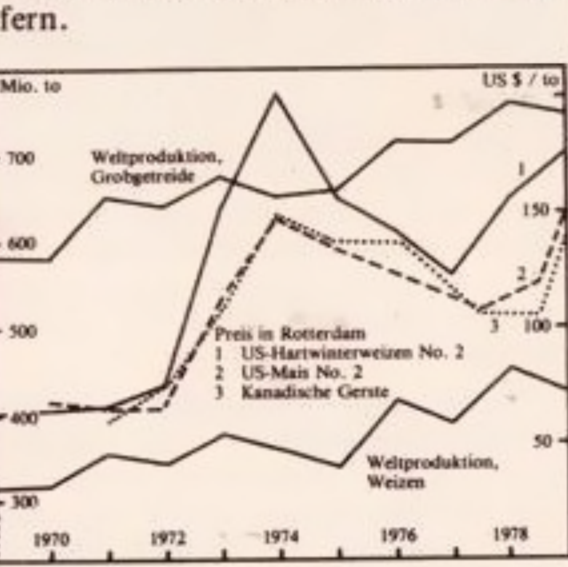
was verbunden ist mit einer Steigerung der Subventionen von 2,6 Milliarden auf 4 Milliarden Franc, werden sich die Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten weiter verschärfen.

Sinken der Weltmarktpreise für Weizen nicht in Sicht

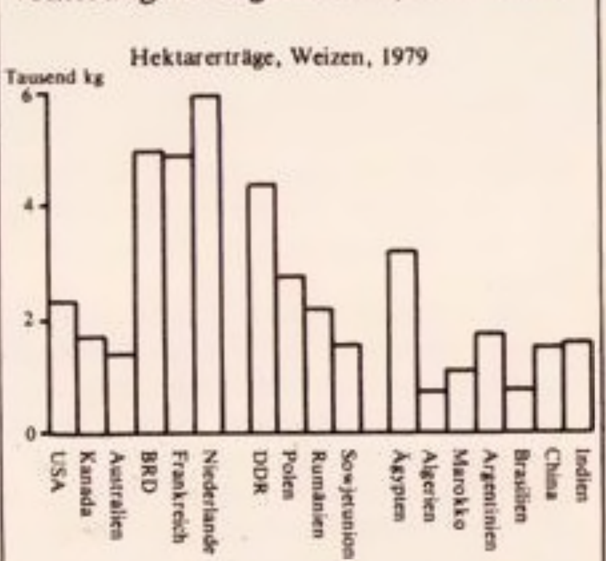
Treffen der Exporteure in Adelaide / Zunehmende Verwendung als Viehfutter in der Sowjetunion

cht.Sydney. ,,Obwohl die Weizenproduktion 1980/81 voraussichtlich ansteigen wird, wird ein weiterhin hohes Nachfrageniveau die internationalen Weizenpreise ungefähr auf dem gegenwärtigen Stand halten, bis mindestens 1981", verspricht das australische agrarwirtschaftliche Büro in der letzten Ausgabe der vierteljährlichen Übersicht den australischen Siedlern. Die drei größten weizenexportierenden Länder USA, Australien und Kanada, die zusammen zu 80,2% den Weltweizenexport kontrollieren, konnten seit 1977 den Weizenpreis um 40% in die Höhe treiben. Voraussetzung dafür waren der Rückgang der Ernte im Jahr '79, vor allem in der Sowjetunion (um 27% gegenüber dem Vorjahr) und in Westeuropa (8%) und der Anstieg des Weizenimports der Sowjetunion von 5,2 auf 8,2 Mio. Tonnen. Der auf dem Weltmarkt gehandelte Weizen macht zwar nur 18% der Gesamtproduktion aus, geringe Schwankungen in der Weltweizenproduktion können aber enorme Preisveränderungen verursachen. Das liegt an der besonderen Bedeutung von Weizen als Grundnahrungsmittel. Ca. 50% des Kalorienverbrauchs der Weltbevölkerung werden durch Getreide gedeckt, wobei Weizen, Reis und Mais je ein Viertel betragen. Obwohl die Entwicklungsländer seit 1973, besonders seit 1975 und '76 erfolgreiche Anstrengungen unternommen haben, die Getreideproduktion zu steigern, um die Last der Importkosten und der Abhängigkeit zu senken, müssen sie einen wachsenden Anteil ihrer Importausgaben auf Getreide verwenden. 1977/78 zahlten sie für 47,1 Mio. Tonnen Weizen ca. 8,75 Mrd. US-Dollar. Die Folgen werden in der Bilanz der Welternährungsorganisation FAO für das Erntejahr 1979/80 deutlich: ,,30% des Getreideimportbedarfs der am ernsthaftesten betroffenen Länder konnten nicht gedeckt werden."

Getreide, vor allem Weizen, hat für die Ernährung der Bevölkerung der dritten Welt an Bedeutung zugenommen in dem Maße, wie die heimische Nahrungsmittelproduktion durch imperialistische Einwirkung beeinträchtigt, z.T. zerstört worden ist. Viele der herkömmlichen Nahrungsmittel, z.B. Süßkartoffeln, Bohnen, viele Bananensorten und Maniok, sind wesentlicher Bestandteil der Ernährung der ländlichen Bevölkerung. Diese Früchte werden zu einem großen Teil da verbraucht, wo sie produziert werden. Sie haben kein entwickeltes System von Transport, von Markt und Verteilung im größeren Maßstab. Die Ruinierung der kleinen Bauern und ihre Vertreibung in die Städte verdrängen diese Früchte sowohl von der Produktions- als auch von der Konsumseite her. Die Grundnahrungsmittel für die städtischen Lohnarbeiter werden Weizen, Reis und Mais, die unter kapitalistischer Kontrolle in den Städten vermarktet werden. Die Bedeutung des Weizens ist in den asiatischen Ländern, in denen Reis das traditionelle Nahrungsmittel ist, geringer als in den afrikanischen und südamerikanischen Ländern. Afrika hat weniger als Südamerika den wachsenden Lebensmittelbedarf durch Eigenproduktion ausgleichen können, und die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten hat ein kritisches Ausmaß erreicht. Die Weizenimporte pro Kopf der Bevölkerung sind allein in den letzten 5 Jahren um mehr als 30% gestiegen. Bemühungen der afrikanischen Staaten, die traditionellen Lebensmittel zu fördern und in die Marktwirtschaft einzubeziehen, werden von der FAO unterstützt. Ein Programm für einen ,,Codex Alimentarius", der die Nährstoffe für traditionelle Lebensmittel feststellt, soll die wissenschaftliche Grundlage dafür liefern.



Die Verknappung von wichtigen Lebensmitteln auf dem Weltmarkt hat enorme Auswirkungen auf den Preis und verteuert zugleich alle anderen Nahrungsmittel, die an ihre Stelle treten können. So tragen die augenblicklich hohen Reispreise in Südostasien zu einem weiteren Anstieg der Weizenpreise bei. Auch die Verknappung von Futtergetreide 1979 und 1980 treibt den Weizenpreis in die Höhe, da die imperialistischen Länder zunehmend Weizen als Futtergetreide verwenden. Ein großer Teil der sowjetischen Weizenimporte wird als Viehfutter verbraucht. Nach einer Übersicht der FAO über den durchschnittlichen Weizen-pro-Kopf-Verbrauch 1979/80 in verschiedenen Ländern verbraucht die Sowjetunion mit jährlich 415 kg/Person mehr als das vierfache der USA (103 kg), mehr als das doppelte der EG-Länder (157 kg) und auch mehr als das doppelte von z.B. Ägypten (173 kg), einem Land, in dem Weizen das Hauptnahrungsmittel ist. Von diesen 415 kg wurden 134 kg für den menschlichen Verbrauch, 195 kg für Viehfutter und 98 kg für Saatgut verwendet. Die Verknappung von Futtergetreide auf dem Weltmarkt geht fast ausschließlich auf das Konto der Sowjetunion, die den Import von 10 Mio. Tonnen (1979) auf 20 Mio. Tonnen (1980) steigerte und damit, zusammen mit den 8,2 Mio. Tonnen Weizen, 17% des auf dem Weltmarkt verfügbaren Getreides importierte. Wenn die Sowjetunion sich bezüglich des Getreideembargos der USA und ihrer Verbündeten zum Fürsprecher aller Weizenimporteure zu machen versucht mit der Behauptung, es werde das ,,Vertrauen zu Ländern untergraben, die gegen einzelne Teilnehmer der internationalen (Weizenhandels-)Konvention diskriminierende Maßnahmen ergreifen" (Außenhandel, Okt. '80), dann ist das pure Heuchelei. Die Unfähigkeit der sowjetischen Führung, die Produktion für die Versorgung der Bevölkerung zu organisieren, und deren



Auswirkungen auf den Weltgetreidepreis müssen von den Entwicklungsländern teuer bezahlt werden.

Es gibt kein internationales Abkommen zur Regulierung des Weizenpreises, das die Entwicklungsländer vor extremen Preissteigerungen schützen würde. Das auf der UNO-Weizenkonferenz 1971 verabschiedete internationale Weizenabkommen enthält keine Bestimmungen über Mechanismen der Preis- und Marktregulierung, und auch seitdem haben die UNO-Konferenzen nichts in der Richtung erreicht. Die USA haben mit ihrem Anteil von 44% am Weltweizenmarkt (1979) praktisch Monopolstellung und wenden sich gegen alle Marktregulierungen, die ihre Möglichkeiten einschränken würden, die Weltversorgungslage zu Manövern auszunutzen. Ihre Vorschläge, Weltvorräte anzulegen und auf die Export- und Importländer zu verteilen, dienen dem Ziel, die Kosten für die Lagerung auf die Importländer abzuwälzen. Die Länder der dritten Welt würden natürlich Vorräte begrüßen, auf die sie bei plötzlicher Knappheit zurückgreifen und damit auch übermäßige Preissteigerungen auffangen könnten. Doch fordern sie, daß die Kosten für die Lagerung und den Bau der Lagerhallen von den imperialistischen Ländern getragen werden, womit sie sich bislang gegenüber den Imperialisten nicht durchsetzen konnten.

Im November fand ein Treffen der Weizenexporteure in Adelaide, Australien, statt, auf dem die Widersprüche zwischen der Supermacht USA und den übrigen imperialistischen Weizenexporteuren geklärt werden sollten. Die USA hatten im Januar 1980 ein Getreideembargo gegenüber der Sowjetunion verkündet; es besagt, daß kein Getreide über die in den Vorjahren vereinbarten Mengen hinaus an die Sowjetunion verkauft werden sollte. Australien, Kanada und die EG schlossen sich offiziell dem Embargo an. Dabei handelte es sich ausschließlich um ein Propagandamanöver gegenüber der Besetzung Afghanistans durch die andere Supermacht. Die Konferenz in Adelaide mußte jetzt feststellen, daß die Sowjetunion trotz Embargos ihre Getreideimporte 1980 fast verdoppeln konnte, und daß die zusätzlichen Mengen aus Kanada, Australien, Argentinien und den USA kamen. Ein zweiter Punkt der Mißstimmung waren die Getreideverträge der USA mit China (6–9 Mio. Tonnen jährlich über 4 Jahre), mit denen Australien und Kanada aus einem ihrer wichtigen Märkte verdrängt werden. Kanada will sich nun das Geschäft nicht mehr von den USA verderben lassen und erklärte, es werde soviel wie möglich an die Sowjetunion verkaufen. Australien hält an dem ,,Embargo" fest: es erwartet nach der diesjährigen Dürre sowieso um ein Drittel geringere Ernteerträge.

Auch wenn die Weltweizenproduktion 1980 um voraussichtlich 31 Mio. Tonnen und damit um 7% höher liegt als 1979, bleibt die Weltversorgungslage bei steigendem Bedarf angespannt. Internationale Preisfestlegungen und Absprachen sind unbedingt notwendig, um die Länder der Dritten Welt vor weiterer Ausplünderung und wachsender Unterversorgung zu schützen. Nur wenn sie nicht all ihrer Reserven beraubt werden, können sie die notwendigen Mittel aufbringen, um die Produktion weiterzuentwickeln, die sie auf lange Sicht selbst versorgt und die das einzige Mittel gegen die Abhängigkeit von den Imperialisten ist.

12. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie

güd. ,,IGBE feiert fast ein Familienfest''. So kommentierte die Westdeutsche Allgemeine Zeitung den Verlauf des 12. Gewerkschaftskongresses der IG Bergbau und Energie vom 24. bis 28. November in Aachen. Ansatzpunkt für diese Einschätzung war zum einen, daß sich insgesamt nur 60 Redner zu Wort meldeten und daß es kaum Auseinandersetzungen um die Berichte und Anträge gab. Zum anderen konnte die bürgerliche Presse beruhigend feststellen, daß die IGBE sich weiter um die Erhöhung der deutschen Steinkohlenförderung und damit um die ,,Sicherung der nationalen Energieversorgung'' kümmern wolle. Der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt in seinem Tätigkeitsbericht: ,,Maßnahmen, die aus energiepolitischen Einsichten oder Notwendigkeiten eingeleitet sind, dürfen weder unterbrochen noch vorzeitig beendet werden.'' Zur Sicherung der Kohleförderung verlangte er einen langfristigen Abnahmevertrag für Hüttenkoks mit der Stahlindustrie. A. Schmidt glaubt, so der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, die gerade die Bergarbeiter in den letzten 25 Jahren zu spüren bekamen, begegnen zu können.

Die Bedingungen für eine solche Energiepolitik machte der Kanzler Schmidt deutlich, der direkt im Anschluß an seine Regierungserklärung im Bundestag nach Aachen gekommen war. Ein Ausbau der deutschen Kohleförderungskapazitäten sei nur möglich, wenn sich die Schere zwischen dem Weltmarktpreis und dem Preis für die deutsche Kohle einander annähere. Das ist eine deutliche Aufforderung an die Bergbaukapitalisten, den Preis der deutschen Kohle mit allen Mitteln zu senken. Mit der Kürzung der Kokskohlenbeihilfe, die die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und dem Preis der deutschen Kohle ausgleichen soll, hat die Bundesregierung soeben praktische Schritte in diese Richtung eingeleitet.

Sollen die Bergarbeiter für eine solche Energiepolitik eine Verschärfung der Ausbeutung hinnehmen und auf die Durchsetzung von Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft verzichten? Das war eine der zentralen Fragen, mit der sich der Gewerkschaftskongreß befassen mußte. Folgender Beschluß wurde auf Antrag von über 20 Ortsgruppen gefaßt: ,,Der Hauptvorstand wird beauftragt sich für die Einführung der 4-Tage-Woche im deutschen Steinkohlenbergbau bei vollem Lohnausgleich einzusetzen. Begründung: Der Fortschritt der Mechanisierung über wie unter Tage zwingt die Beschäftigten, sich dem Rhythmus der Maschine anzupassen. Hierdurch entsteht für den einzelnen eine höhere Belastung. Dadurch ist es zwingend erforderlich, die Arbeitszeit zu kürzen.''

Die Begründung dieser Forderung zeigt eine offene Flanke: der ,,Fortschritt der Mechanisierung ... zwingt ..., sich dem Rhythmus der Maschine anzupassen''. Das wird nicht in Frage gestellt. Auch die damit verbundene Nacht- und Schicharbeit, die im Bergbau Normalzustand ist, wird nicht in Frage gestellt. Dem Kongreß lagen eine Reihe von Anträgen vor, die konkrete Forderungen gegen die Nacht- und Schichtarbeit enthielten. Einige Beispiele: ,,Antrag 105: Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die Schichtarbeit in einem erheblichen Umfang eingeschränkt wird.'' ,,Antrag 107: Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich – in Verbindung mit der Tarifabteilung – dafür einzusetzen, daß zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr kein Schichtbeginn mehr sein sollte. Begründung: Aus gesundheitlichen Gründen ist es nicht mehr vertretbar, dem Bergmann zuzumuten, zwischen diesen Uhrzeiten seine Arbeit anzutreten.'' ,,Antrag 108: Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die 4/3-Schichten für die Leistungslöhner in den Abbau- und Vorrichtungsbetrieben abgeschafft werden. Begründung: Der erhöhte Leistungsstreß führt zu zusätzlichen Konzentrationsschwierigkeiten, welche die Unfallgefahr erhöhen.'' Der Kongreß hat es versäumt, hier eindeutige Forderungen zu beschließen und sich damit dem Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit in anderen Branchen anzuschließen. Vielmehr hat er diese Forderungen als ,,Material zum Antrag Nr. 100'' behandelt, in dem es heißt: ,,Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die generelle Humanisierung am Arbeitsplatz Zug um Zug verwirklicht wird. Sie sollte Bestandteil des Manteltarifvertrages werden. Begründung: Um den Bergbau vor allen Dingen für jüngere Leute (Nachwuchs) attraktiver zu gestalten, muß der Arbeitsplatz auch dazu gehören, damit für die Zukunft der Energieanteil (Kohle) zur sicheren Verfügung steht.''

Es wird jetzt notwendig sein, gestützt auf das ,,Material zum Antrag 100'' in den Ortsgruppen und Betrieben die Verankerung der Forderungen gegen die Nacht- und Schichtarbeit zu betreiben, damit die IGBE ihre Kraft tatsächlich im Interesse der Bergarbeiter einsetzen kann. Denn die Kapitalisten fürchten den hohen Organisationsgrad der IGBE (über 90%). ,,... in keinem deutschen Großunternehmen haben die organisierten Arbeitnehmervertreter eine solche Macht erlangt wie bei der Ruhrkohle AG, der größten Energie produzierenden Gesellschaft der Bundesrepublik.'' (Handelsblatt 24.11. zum IGBE-Kongreß).

Probleme, die sich der IG Chemie stellen

Ergebnisse des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik

doe. Der Verlauf und die Ergebnisse des 11.ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik bedeuten keinen Bruch mit der 90jährigen Geschichte des Fabrikarbeiterverbandes, aus dem 1945 die IG Chemie-Papier-Keramik geworden ist, die heute 47 Sparten umfasst. Für diese drittgrößte Gewerkschaft im DGB stand allerdings die Frage im Vordergrund, wie es besser gelingen kann, die Belegschaften vorzubereiten auf die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten, wo die Bedingungen in der chemischen Industrie sehr unterschiedlich sind, sie aber berücksichtigt werden müssen in der *Praxis* der Einheitsgewerkschaft und der IG Chemie.



Mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion in diesem Industriezweig hat die IG Chemie sich mit besonderen Problemen zu befassen, die aus der Kapitalkonzentration entspringen. Beispielsweise haben Delegierte der Verwaltungsstelle Ludwigshafen (BASF) deutlich gemacht, daß die Konzernleitung nach den Tarifverhandlungen zusätzliche Erhöhungen im Konzern vornimmt, z.B. 1979 ein zusätzliches Prozent für die Lohngruppe I und durchschnittlich 3 zusätzliche Prozente für die Lohngruppe V. Außerdem besteht die betriebliche Vereinbarung, daß alle innerbetrieblichen Zulagen dynamisiert werden, das heißt, mit jeder Lohnerhöhung %ig anwachsen. In keinem anderen Betrieb in diesem Bezirk Rheinland-Pfalz ist innerbetrieblich eine solche Regelung abgeschlossen worden. Solche innerbetrieblichen Entlohnungssysteme finden wir in allen drei Konzernen. Die Betriebsräte haben dort Monatslohnvereinbarungen und Zusatzentlohnungsvereinbarungen abgeschlossen, die in Klein- und Mittelbetrieben so gar nicht durchgesetzt werden können. Es setzt eine bestimmte Kapitalkonzentration voraus, daß die Belegschaften und ihre betriebliche Interessenvertretung günstigere Regelungen als Tarifregelungen durchsetzen können, umgekehrt die Kapitalisten solcher Monopole diese hauseigenen Tarifverträge ganz vielfältig in ihrem Interesse nutzen können und nutzen. Für die IG Chemie erwächst aus der Tarifpolitik der Konzerne das praktische Problem, im Interesse der Gesamtbelegschaften der Branche die Widersprüche zwischen den Kapitalsiten für die Tarifpolitik der Branche richtig auszunutzen.

Ein anderes Problem ist die außerordentlich große Spanne der Entlohnung, die bei der Strategie und Taktik der Tarifpolitik eine Rolle spielt. Hier müssen die Stundenlöhne der Lohngruppe eins bis hin zu den Gehältern der AT-Angestellten (Akademiker 80000 bis 90000 DM im Jahr) in einem Gesamtkonzept berücksichtigt werden. Dieses Gesamtkonzept ist der Entgelttarifvertrag und der Gruppenplan 1981. Dieses Jahr hat die IG Chemie dieses Konzept ausprobiert. Die Forderung war abstrakt, das Ziel dieses Tarifvertrags den Belegschaften zu wenig erläutert worden. Das Konzept wird sicher noch mehrmals überarbeitet werden müssen. Trotz dieser Schwierigkeiten waren die Tarifabschlüsse der IG Chemie nicht schlechter, als in anderen Industriebranchen, meistens waren sie besser. Ein weiteres Problem ist die Behandlung des Streiks in der chemischen Industrie, seine Bedeutung konkret für die Belegschaften und Kapitalisten der Konzerne. Am Beispiel des nicht organisiert durchgeführten Streiks bei der BASF 1977 hat dieser Gewerkschaftstag behandelt, daß es nicht gelungen war, ein Abfahren der großen Anlagen zu organisieren, daß es keine Vorstellungen darüber gibt, nach welchem Plan die Anlagen gefahrlos abgefahren werden können. Die Betriebsräte der BASF hatten endlose Notdienstverhandlungen mit der Geschäftsleitung geführt, kein Ultimatum gestellt und die Mehrheit der Belegschaft konnte nicht organisiert die Arbeit niederlegen. Von den Hoechstkapitalisten ist bekannt, daß sie eine Heidenangst haben vor Sabotage an den gewaltigen Produktionsanlagen und u.a. auch aus diesem Gesichtspunkt betriebliche Vertrauensleute aufgebaut haben *gegen* die Gewerkschaft. Der Delegierte Koch aus Ludwigshafen hat auf dem Gewerkschaftstag ausgeführt: 50000 Beschäftigte sind in Ludwigshafen BASF konzentriert, 33000 Mitglieder der IG Chemie. Das Betriebsgelände mit 6 bis 7 km Länge umfaßt 900 Bauten und dementsprechend auch 900 Betriebsleiter, mit denen sich die Vertrauensleute Tag für Tag vor Ort auseinandersetzen müssen. 1350 Vertrauensleute gibt es, ein Vertrauensmann auf 1800 bis 2000 Beschäftigte.

Warum halten wir am Nachtarbeitsverbot für Frauen fest? Dazu Liesel Winkelsträter (Hauptvorstand): ,,Wir meinen, wenn das Nachtarbeitsverbot für Frauen im gewerblichen Bereich aufgehoben würde, würden Tür und Tor für noch mehr Nachtarbeit auch für Männer geöffnet. Denn dann würden die Maschinen noch mehr rund um die Uhr laufen. Es würde noch mehr als bisher versucht werden, aus wirtschaftlichen, aus Profitgründen alles bis zum letzten auszunutzen. Das beträfe also nicht nur Frauen, sondern darüber hinaus eine ganze Anzahl Männer..._''

Um den Sondertarifvertrag für arbeitslose Jugendliche hat es Diskussion gegeben gegeben. Die IG Chemie war die erste Gewerkschaft, die einen Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß abgeschlossen hatte. Die arbeitslosen Jugendlichen sollten 90% der Ausbildungsvergütung des 1.Lehrjahrs bekommen. Die BASF hat eine Untersuchung gemacht und nachgewiesen, daß kaum ein Jugendlicher anschließend einen Ausbildungsvertrag bekommt. Die IG Metall, die sich auf Erfahrungen der IG Chemie hat stützen können, hat 100% abgesichert. Die Arbeitgeberverbände haben vor 4 Jahren vertreten: Wenn es einen Anreiz dafür geben soll, den Sprung in die Ausbildung zu machen, dann müssen 10% weniger gezahlt werden als der Lehrlingslohn. Diese Theorie hatten sich die Sozialdemokraten zu eigen gemacht. Jetzt tun sie es nicht mehr.

war. Ein Ausbau der deutschen Kohleförderungskapazitäten sei nur möglich, wenn sich die Schere zwischen dem Weltmarktpreis und dem Preis für die deutsche Kohle einander annähere. Das ist eine deutliche Aufforderung an die Bergbaukapitalisten, den Preis der deutschen Kohle mit allen Mitteln zu senken. Mit der Kürzung der Kokskohlenbeihilfe, die die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und dem Preis der deutschen Kohle ausgleichen soll, hat die Bundesregierung soeben praktische Schritte in diese Richtung eingeleitet.

Sollen die Bergarbeiter für eine solche Energiepolitik eine Verschärfung der Ausbeutung hinnehmen und auf die Durchsetzung von Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft verzichten? Das war eine der zentralen Fragen, mit der sich der Gewerkschaftskongreß befassen mußte. Folgender Beschluß wurde auf Antrag von über 20 Ortsgruppen gefaßt: ,,Der Hauptvorstand wird beauftragt sich für die Einführung der 4-Tage-Woche im deutschen Steinkohlenbergbau bei vollem Lohnausgleich einzusetzen. Begründung: Der Fortschritt der Mechanisierung über wie unter Tage zwingt die Beschäftigten, sich dem Rhythmus der Maschine anzupassen. Hierdurch entsteht für den einzelnen eine höhere Belastung. Dadurch ist es zwingend erforderlich, die Arbeitszeit zu kürzen.''

zu beschließen und sich damit dem Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit in anderen Branchen anzuschließen. Vielmehr hat er diese Forderungen als ,,Material zum Antrag Nr. 100'' behandelt, in dem es heißt: ,,Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die generelle Humanisierung am Arbeitsplatz Zug um Zug verwirklicht wird. Sie sollte Bestandteil des Manteltarifvertrages werden. Begründung: Um den Bergbau vor allen Dingen für jüngere Leute (Nachwuchs) attraktiver zu gestalten, muß der Arbeitsplatz auch dazu gehören, damit für die Zukunft der Energieanteil (Kohle) zur sicheren Verfügung steht.''

Es wird jetzt notwendig sein, gestützt auf das ,,Material zum Antrag 100'' in den Ortsgruppen und Betrieben die Verankerung der Forderungen gegen die Nacht- und Schichtarbeit zu betreiben, damit die IGBE ihre Kraft tatsächlich im Interesse der Bergarbeiter einsetzen kann. Denn die Kapitalisten fürchten den hohen Organisationsgrad der IGBE (über 90%). ,,... in keinem deutschen Großunternehmen haben die organisierten Arbeitnehmervertreter eine solche Macht erlangt wie bei der Ruhrkohle AG, der größten Energie produzierenden Gesellschaft der Bundesrepublik.'' (Handelsblatt 24.11. zum IGBE-Kongreß).

mit jeder Lohnerhöhung %ig anwachsen. In keinem anderen Betrieb in diesem Bezirk Rheinland-Pfalz ist innerbetrieblich eine solche Regelung abgeschlossen worden. Solche innerbetrieblichen Entlohnungssysteme finden wir in allen drei Konzernen. Die Betriebsräte haben dort Monatslohnvereinbarungen und Zusatzentlohnungsvereinbarungen abgeschlossen, die in Klein- und Mittelbetrieben so gar nicht durchgesetzt werden können. Es setzt eine bestimmte Kapitalkonzentration voraus, daß die Belegschaften und ihre betriebliche Interessenvertretung günstigere Regelungen als Tarifregelungen durchsetzen können, umgekehrt die Kapitalisten solcher Monopole diese hauseigenen Tarifverträge ganz vielfältig in ihrem Interesse nutzen können und nutzen. Für die IG Chemie erwächst aus der Tarifpolitik der Konzerne das praktische Problem, im Interesse der Gesamtbelegschaften der Branche die Widersprüche zwischen den Kapitalsiten für die Tarifpolitik der Branche richtig auszunutzen.

Ein anderes Problem ist die außerordentlich große Spanne der Entlohnung, die bei der Strategie und Taktik der Tarifpolitik eine Rolle spielt. Hier müssen die Stundenlöhne der Lohngruppe eins bis hin zu den Gehältern der AT-Angestellten (Akademiker

ten waren die Tarifabschlüsse der IG Chemie nicht schlechter, als in anderen Industriebranchen, meistens waren sie besser. Ein weiteres Problem ist die Behandlung des Streiks in der chemischen Industrie, seine Bedeutung konkret für die Belegschaften und Kapitalisten der Konzerne. Am Beispiel des nicht organisiert durchgeführten Streiks bei der BASF 1977 hat dieser Gewerkschaftstag behandelt, daß es nicht gelungen war, ein Abfahren der großen Anlagen zu organisieren, daß es keine Vorstellungen darüber gibt, nach welchem Plan die Anlagen gefahrlos abgefahren werden können. Die Betriebsräte der BASF hatten endlose Notdienstverhandlungen mit der Geschäftsleitung geführt, kein Ultimatum gestellt und die Mehrheit der Belegschaft konnte nicht organisiert die Arbeit niederlegen. Von den Hoechstkapitalisten ist bekannt, daß sie eine Heidenangst haben vor Sabotage an den gewaltigen Produktionsanlagen und u.a. auch aus diesem Gesichtspunkt betriebliche Vertrauensleute aufgebaut haben *gegen* die Gewerkschaft. Der Delegierte Koch aus Ludwigshafen hat auf dem Gewerkschaftstag ausgeführt: 50000 Beschäftigte sind in Ludwigshafen BASF konzentriert, 33000 Mitglieder der IG Chemie. Das Betriebsgelände mit 6 bis 7 km Länge umfaßt 900 Bauten und de-

aufgehoben würde, würden Tür und Tor für noch mehr Nachtarbeit auch für Männer geöffnet. Denn dann würden die Maschinen noch mehr rund um die Uhr laufen. Es würde noch mehr als bisher versucht werden, aus wirtschaftlichen, aus Profitgründen alles bis zum letzten auszunutzen. Das beträfe also nicht nur Frauen, sondern darüber hinaus eine ganze Anzahl Männer..._''

Um den Sondertarifvertrag für arbeitslose Jugendliche hat es Diskussion gegeben gegeben. Die IG Chemie war die erste Gewerkschaft, die einen Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß abgeschlossen hatte. Die arbeitslosen Jugendlichen sollten 90% der Ausbildungsvergütung des 1.Lehrjahrs bekommen. Die BASF hat eine Untersuchung gemacht und nachgewiesen, daß kaum ein Jugendlicher anschließend einen Ausbildungsvertrag bekommt. Die IG Metall, die sich auf Erfahrungen der IG Chemie hat stützen können, hat 100% abgesichert. Die Arbeitgeberverbände haben vor 4 Jahren vertreten: Wenn es einen Anreiz dafür geben soll, den Sprung in die Ausbildung zu machen, dann müssen 10% weniger gezahlt werden als der Lehrlingslohn. Diese Theorie hatten sich die Sozialdemokraten zu eigen gemacht. Jetzt tun sie es nicht mehr.

Ende des Journalistenstreiks in Finnland

gih. Beendet wurde in der Vorwoche der Streik der finnischen Journalisten. Sie erhalten ab sofort eine 10%ige Lohnerhöhung und ab dem 1. April weitere 2%. Weiter wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 37½ Stunden vereinbart und eine zusätzliche Ferienwoche im Winter zu den bisherigen 6 Wochen Sommerurlaub nach 10jähriger Tätigkeit. Die Laufzeit der neuen Vereinbarung beträgt 2 Jahre und 3 Monate – im Unterschied zur bisherigen Dreijahresperiode, aber auch zu den Ein-Jahr-Verträgen der staatlich angestellten Journalisten bei Radio und Fernsehen.

GB: Bergarbeiter 13,8% mehr Lohn – Feuerwehrleute 18%

gih. Am vergangenen Montag wurde das Abstimmungsergebnis der Bergarbeiter über das Lohnangebot vom National Coal Board (NCB) von 13,8% veröffentlicht. Die Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaft stimmte dem Angebot zu. Damit haben die Bergarbeiter die Lohnleitlinie der Regierung Thatcher von 6% wesentlich überschritten. Sie liegen aber mit ihrer Lohnerhöhung noch unter der Inflationsrate von z.Zt. 16%. – Die Feuerwehrleute in Großbritannien haben eine Serie von Streiks abgesagt. In der Nacht zum vergangenen Dienstag wurde die Einigung mit den öffentlichen Arbeitgebern, die ihr ursprüngliches Angebot von sechs Prozent auf mehr als 18 Prozent erhöhten, bekanntgegeben. Die Feuerwehr-Gewerkschaft hatte ursprünglich eine Lohnerhöhung von 18,8% gefordert. Dieser Einigung müssen jetzt noch die 32000 Gewerkschaftsmitglieder zustimmen.

Neue Streiks in Griechenland

gih. In Griechenland ist am vergangenen Montag ein großer Teil der Geschäfte geschlossen geblieben. Auf Beschluß ihrer Berufsverbände wollen die Inhaber von Läden und kleinen Handwerksbetrieben mit ihrem 24stündigen Streik einen besseren Mieterschutz, Steuererleichterungen und eine verbesserte Altersversorgung durchsetzen. – Die griechischen *Eisenbahner* setzten ihren am vergangenen Donnerstag begonnenen Streik um verbesserte Bezüge und Arbeitsbedingungen um weitere vier Tage fort. – Zusätzlich sind am vergangenen Montag die Beschäftigten der *staatlichen Elektrizitätsgesellschaft* in einen 48stündigen Warnstreik getreten. – Die *Gymnasiallehrer* sind am vergangenen Mittwoch in einen zunächst 6tägigen Streik getreten, um eine Gehaltserhöhung durchzusetzen. Für 600000 Schüler fällt dadurch der Unterricht aus.

Schweiz: Einigung im graphischen Gewerbe

gih. Das Zentralkomitee der Gewerkschaft Druck und Papier hat am vergangenen Montag das Verhandlungsergebnis zum Manteltarifvertrag mit dem Schweizerischen Verband graphischer Unternehmer angenommen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß auch die Gewerkschaftmitglieder in einer auf den 19. Dezember angesetzten Urabstimmung ihre Zustimmung geben. Grundlage der Einigung sind Zusicherungen hinsichtlich des Schutzes der Arbeiter und der Umschulung bei technischen Umstellungen im Betrieb. Bei der Festsetzung der Mindestlöhne wurde keine Einigung erzielt.

Rationalisierung bei Mannesmann-Hüttenwerken

alg. 70 Mio. DM wollen die Mannesmann-Kapitalisten 1981 in das Hüttenwerk Duisburg-Huckingen investieren, um die Stahlproduktion für die Röhrenwerke in Mülheim weiter zu modernisieren. Auf eine neue Kokerei, die gerade erst modernisierte Sinterei, 2 Großhochöfen (davon einer im Bau) und das erweiterte Blasstahlwerk 1 mit 6-strangiger Revolverstranggußanlage soll die Produktion konzentriert werden. Dagegen soll das Blasstahlwerk 2 stillgelegt und die Arbeit im Profilwalzwerk auf eine Schicht reduziert werden. Weitere Personaleinsparungen sind im Handwerker- und Angestelltenbereich vorgesehen. Unter den Arbeitern werden in erster Linie die Türken und dann die älteren Arbeiter betroffen sein – das Durchschnittsalter der Belegschaft ist 47. Der Betriebsrat verhandelt mit der Werksleitung über einen Sozialplan und berät mit den Vertrauensleuten ein Aktionsprogramm.



Rund 1300 hessische Polizisten demonstrierten in der vorigen Woche in Wiesbaden und Kassel gegen eine unzureichende Bezahlung ihrer Schichtdienste und die gegenwärtige Stellenpolitik der Landesregierung. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), in der 65 Prozent der hessischen Polizisten organisiert sind, hatte zu dem Protest aufgerufen. ,,Mit dieser Besetzung könne ... auch die 40-Stunden-Woche nicht eingehalten werden'', erklärte Kurt Clobes (GdP) (siehe Seite 2)

Kurzmeldungen

gih. **In der Schuhindustrie** von Westdeutschland erhalten die rund 55000 Beschäftigten vom 1. November an rückwirkend 50 Pfg. mehr Stundenlohn. Darüberhinaus einigten sich die Gewerkschaft und die Kapitalisten auf eine Erhöhung des 13. Monatsgehalts um 5% auf 45%. Die Ausbildungsvergütungen werden um monatlich 35 DM erhöht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Oktober nächsten Jahres.

In der niedersächsischen Metallindustrie legten am vergangenen Donnerstag in 57 Betrieben 30000 Arbeiter die Arbeit nieder. Der Warnstreik dauerte 1 Stunde und war gegen die schleppenden Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag gerichtet.



Knapp 2000 Opel-Arbeiter, die meisten aus den von geplanter Auslagerung betroffenen Bereichen des Motoren- und Achsenbaus, demonstrierten durch das Rüsselsheimer Werk zur Betriebsversammlung am 4.12. Auf Tranparenten forderten sie Ersatzproduktion und Lohn- und Beschäftigungsgarantie. Mehrere Resolutionen mit über 2000 Unterschriften wurden übergeben.

Auch 1981 Kurzarbeit bei Opel

Demonstration gegen die Auslagerungen vor der Betriebsversammlung

acd. Bei Opel geht der Absatz weiter zurück. Schon haben sich die Kapitalisten für Januar 1981 weitere Kurzarbeit genehmigen lassen. 1980 lag die Produktion um 18% unter dem Vorjahr. Selbst beim Kleinwagen Kadett ist der Inlandsabsatz stark rückläufig und nach dem Januar in Bochum (wo der Kadett gebaut wird) ebenso Kurzarbeit zu erwarten. Die Entwicklung des neuen Rekord für 1984 ist gestoppt, was u.a. Personalabbau in den Entwicklungsbereichen heißen wird. GM reagiert mit weiteren Investitionen – jetzt soll in Griechenland noch für 6000 Kadett jährlich ein Montagewerk hin. Scheinbar ein schreiender Widerspruch, der unter den Arbeitern auf große Empörung stößt, ist doch für die Kapitalisten nur dieser Weg denkbar. Sie müssen die meisten Kapazitäten schaffen, um ihre Konkurrenten auszustechen, auch wenn der nächste Sturz noch tiefer wird.

Der Personalchef, so auf der Betriebsversammlung, würde sich über ein griechisches Montagewerk freuen, weil es Opel diesen Markt öffnet. Die Teilsätze würden ja in der BRD hergestellt. Die Stimmung unter den über 5000 in der Halle ist am Kochen. Bereits 1977 entfielen 200 Arbeitsplätze im Achsenbau durch Auslagerungen nach Jugoslawien. Zum Ausgleich versprach Opel steigende Exporte in dieses Land - heute sind die Zahlen tatsächlich auf dem Tiefstand.

Auf der Versammlung wurde Bilanz für die Belegschaft gezogen: 20 Wochen Kurzarbeit 1980 (anders gesagt lag die Arbeitskraft von 7000 brach) und Belegschaftsabbau um 7500, die meisten über Sozialplan. Zum Jahreswechsel gehen nochmals 400 Angestellte vorzeitig in Rente. Der Zusammenbruch wird jedesmal tiefer: Heute ist der Absatzrückgang weniger als 1974/75, trotzdem wird mehr kurzgearbeitet aufgrund höherer Kapazitäten.

Der Betriebsratsvorsitzende sieht durch die zusätzlichen Auslagerungen von über 3700 Arbeitplätzen in 6 Monaten die Substanz der Belegschaft gefährdet. Die Demonstration von knapp 2000 vor der Versammlung war die erste größere Kampfaktion dagegen.

Beschäftigungsgarantie kann es in der unsicheren Marktlage nicht geben, antwortete der Personalchef. Unbestreitbar wird sich nichts aus dem dagegen angeführten „Recht auf Arbeit" ergeben, sondern es wird eine reine Kräftefrage, wieviele 1981 entlassen werden. Derweil praktizieren die Kapitalisten allerlei Willkürmaßnahmen, um sich die Belegschaft gefügig zu machen. Seit den Werksferien nahmen die massenhaften Verleihungen und Versetzungen kein Ende. Die Leitlinie ist dabei, daß an Stellen, an denen kurzfristig Unterbesetzung anfällt, die Stückzahl aber gehalten werden muß, Leute hingeschoben werden. Vom Ablauf her ist es ein Chaos (siehe KVZ 43/80). Absprachen mit dem Betriebsrat werden gebrochen, ein Betriebsrat nannte das Menschenhandel.

Weiter wurden zunehmende Krankheitskündigungen enthüllt. Gegen diese Despotie wurden auf der Versammlung verschiedene Forderungen erhoben, vor allem nach Drosselung der Bänder, Einhaltung der Einarbeitungszeiten bei Verleihungen, Aushängen des Bandtaktes und der nötigen Leutezahl. Welcher Kurs aber wird grundsätzlich gegen GM eingeschlagen? Darüber zeigen sich noch ideologische Schwächen. Auch wenn einige Redner die Beseitigung des Krisensystems überhaupt propagierten. Andere, namentlich Sozialdemokraten, machen die Politik der Kapitalisten verantwortlich: schlechte Modellplanung, bewußte Schaffung von Überkapazitäten, und werfen ihnen unmoralisches Handeln vor. Lohn und Beschäftigungsgarantie sind richtige Aktionsforderungen und den Plänen von GM, Rüsselsheim zum Montagewerk mit Entwicklungszentrum zu degradieren, entgegengesetzt. Und je näher deren Umsetzung rückt, desto sichtbarer wurde, auch auf der Versammlung, daß nicht Appelle und Überzeugung, sondern nur Kampfmaßnahmen GM schlagen können.

AEG-Vorstand betreibt die Kürzung der Betriebsrente

hae. Im Herbst letzten Jahres kündigte der AEG-Vorstand an, daß er die Betriebsrente kürzen will, da durch diese Betriebsvereinbarung eine „Überversorgung" der nicht mehr tätigen Betriebsangehörigen verursacht würde. Ein zu diesem Zweck angefordertes Gutachten der Beraterfirma Heissmann stellte fest, daß die „Überversorgung" im Bereich der Löhne und Gehälter, die tariflich festgelegt sind, vorliegt, daß aber für die außertariflichen und leitenden Angestellten eine „Unterversorgung" vorliegt. Die Überversorgung bestehe darin, daß Sozialversicherungsrente und Betriebsrente zusammen, unter der Voraussetzung einer mehr als 25jährigen Beschäftigung bei AEG, 90 bis 108% des Nettoeinkommens vor der Verrentung ausmachen. Das gilt für Löhne zwischen 18000 und 68000 DM im Jahr. Für die außertariflichen Angestellten sinkt die Relation Rente zu Nettoeinkommen von 91% bei 73000 DM auf 72% bei 121000 DM Jahreseinkommen. Eine „angemessene Versorgung" wird durch Vergleich mit den Beamtenpensionen mit 80 bis 85% des letzten Nettoeinkommens errechnet.

Die AEG-Betriebsrentenvereinbarung legt fest, daß durch die Auszahlung der Betriebsrente zur Sozialversicherungsrente maximal 75% des letzten Bruttoeinkommens erreicht werden kann. Durch die steigenden Abzüge auf Lohn und Gehalt wirkt sich diese Obergrenze so aus, daß bei einem Teil der Rentner die Gesamtrente mehr als der letzte Nettolohn beträgt. Diese „Überversorgung" entsteht also nur durch die stärkere Besteuerung und wachsende Sozialversicherungsabzüge.

Gesamtbetriebsratsvorsitzender Rubke auf einer Betriebsversammlung der Brunnenstraße im letzten Jahr: Wenn der Vorstand an die Betriebsrente heran will, wird es nicht ruhig bleiben in den Betrieben. Die Betriebsvereinbarung ist gut abgesichert, so daß der Vorstand entweder der Gang vor das Gericht bleibt, oder aber er muß den GBR dafür gewinnen. Sein Ziel ist es, ein Betriebsrentenvereinbarung abzuschließen, die, wie auf der Betriebsversammlung Brunnenstraße angedeutet wurde, den leitenden Angestellten die Rentenzahlung in bisheriger Höhe sichert, den zu Tarif Beschäftigten aber die Rente so beschneidet, daß sie maximal etwa 80% des letzten Nettoeinkommens erhalten. Der Gesamtbetriebsrat hat erklärt, daß er nur dann verhandeln würde, wenn eine Erhöhung der Mindestbetriebsrente und Besitzstandssicherung vom Vorstand angeboten würde. Dazu hat der AEG-Vorstand sich noch nicht geäußert. Anstatt dessen verlangt Dürr, daß die Belegschaft „auch" zur Sanierung des Konzerns beitragen solle.

Auf der Betriebsversammlung der Brunnenstraße, die in der letzten Woche stattfand, wurde vom Betriebsrat eine Unterschriftensammlung eingeleitet, und der Betriebsrat kündigte an, daß bei Vorlage einer neuen Vereinbarung von seiten des Vorstandes eine außerordentliche Betriebsversammlung auf alle Fälle durchgeführt wird. Der erste Gesprächstermin zwischen Gesamtbetriebsrat und Vorstand ist der 17. Dezember.

Weitere Streiks gegen Lohnkürzungen der Besatzer

brp. Seit gut zwei Jahren verhandelt die Gewerkschaft ÖTV mit den Stationierungsstreitkräften über eine Vereinfachung der Lohnstruktur und die Angleichung des Lohnniveaus für die westdeutschen Zivilbeschäftigten an die Industrie. Das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut bestimmt, daß westdeutsche Behörden im Auftrag der Besatzer Lohn- und Manteltarifverträge abschließen können, daß aber die Besatzer selbst die Eingruppierungen vornehmen mit nachfolgender Zustimmung der westdeutschen Behörden. Die Betriebsräte haben hier kein Mitbestimmungsrecht. Dieses Instrument haben die Alliierten schon weit ausgebaut und wollen es weiter schärfen. Sie wollen die Löhne um bis zu 200 DM (12%) kürzen und die Gewerbegruppen um vier auf elf erweitern. Folge davon wäre, daß es dann 650 verschiedene Tariflöhne gäbe gegenüber den jetzigen 222. Von den rund 100000 Zivilbeschäftigten sind von der Lohnkürzung direkt 4000 Arbeiter, vor allem Kraftfahrer, Schlosser und Kfz-Mechaniker betroffen.

Gegen die Lohnkürzung streikten bereits am 20., 21. und 24. November Arbeiter in Gießen, Heilbronn, Grünstadt, Fürth, Augsburg, Aschaffenburg, Darmstadt, Brügge und Krefeld. In Krefeld brach vorübergehend die Versorgung der britischen Armee zusammen. Unorganisierte wurden in Grünstadt für die ÖTV gewonnen und schlossen sich dem Streik an. Teilweise schritt Militärpolizei ein. Erneut streikten etwa 1000 Arbeiter am 2. und 3.12. vor allem im Rhein-Main-Raum und in der Rheinpfalz bei den US-Besatzern, am 4.12. 2500 bei der britischen Rheinarmee. Durch den Streik im Rechenzentrum der US-Armee in Zweibrücken wurde die gesamte Logistik zwischen Europa und den USA lahmgelegt. Inzwischen legten die Besatzer ein neues Angebot vor, das immer noch Lohnsenkungen bis zu 8% beinhaltet und von der ÖTV abgelehnt wird.

Das „Handelsblatt" diskutiert offen eine weitere Beschneidung der Rechte der Zivilbeschäftigten bei den Besatzern. Der Streik weise auf Sicherheitslücken hin, im Kriegsfall könnte er „verheerende Folgen für unser aller Sicherheit haben". Der Kommentator schreibt für Streikverbot und daß die Möglichkeit geschaffen werden müsse, mit Notstandsmaßnahmen in laufende Arbeitskämpfe einzugreifen.

Kluncker: Weder Risikoabschlag noch Sonderopfer

Streit um die Notwendigkeit der Mindestforderung / Volumen zwischen 8 und 10%

und nach dem Januar in Bochum (wo der Kadett gebaut wird) ebenso Kurzarbeit zu erwarten. Die Entwicklung des neuen Rekord für 1984 ist gestoppt, was u.a. Personalabbau in den Entwicklungsbereichen heißen wird. GM reagiert mit weiteren Investitionen – jetzt soll in Griechenland noch für 6000 Kadett jährlich ein Montagewerk hin. Scheinbar ein schreiender Widerspruch, der unter den Arbeitern auf große Empörung stößt, ist doch für die Kapitalisten nur dieser Weg denkbar. Sie müssen die meisten Kapazitäten schaffen, um ihre Konkurrenten auszustechen, auch wenn der nächste Sturz noch tiefer wird.

Der Personalchef, so auf der Betriebsversammlung, würde sich über ein griechisches Montagewerk freuen, weil es Opel diesen Markt öffnet. Die Teilsätze würden ja in der BRD hergestellt. Die Stimmung unter den über 5000 in der Halle ist am Kochen. Bereits 1977 entfielen 200 Arbeitsplätze im Achsenbau durch Auslagerungen nach Jugoslawien. Zum Ausgleich versprach Opel steigende Exporte in dieses Land - heute sind die Zahlen tatsächlich auf dem Tiefstand.

te vorzeitig in Rente. Der Zusammenbruch wird jedesmal tiefer: Heute ist der Absatzrückgang weniger als 1974/75, trotzdem wird mehr kurzgearbeitet aufgrund höherer Kapazitäten.

Der Betriebsratsvorsitzende sieht durch die zusätzlichen Auslagerungen von über 3700 Arbeitplätzen in 6 Monaten die Substanz der Belegschaft gefährdet. Die Demonstration von knapp 2000 vor der Versammlung war die erste größere Kampfaktion dagegen.

Beschäftigungsgarantie kann es in der unsicheren Marktlage nicht geben, antwortete der Personalchef. Unbestreitbar wird sich nichts aus dem dagegen angeführten „Recht auf Arbeit" ergeben, sondern es wird eine reine Kräftefrage, wieviele 1981 entlassen werden. Derweil praktizieren die Kapitalisten allerlei Willkürmaßnahmen, um sich die Belegschaft gefügig zu machen. Seit den Werksferien nahmen die massenhaften Verleihungen und Versetzungen kein Ende. Die Leitlinie ist dabei, daß an Stellen, an denen kurz-

Weiter wurden zunehmende Krankheitskündigungen enthüllt. Gegen diese Despotie wurden auf der Versammlung verschiedene Forderungen erhoben, vor allem nach Drosselung der Bänder, Einhaltung der Einarbeitungszeiten bei Verleihungen, Aushängen des Bandtaktes und der nötigen Leutezahl. Welcher Kurs aber wird grundsätzlich gegen GM eingeschlagen? Darüber zeigen sich noch ideologische Schwächen. Auch wenn einige Redner die Beseitigung des Krisensystems überhaupt propagierten. Andere, namentlich Sozialdemokraten, machen die Politik der Kapitalisten verantwortlich: schlechte Modellplanung, bewußte Schaffung von Überkapazitäten, und werfen ihnen unmoralisches Handeln vor. Lohn und Beschäftigungsgarantie sind richtige Aktionsforderungen und den Plänen von GM, Rüsselsheim zum Montagewerk mit Entwicklungszentrum zu degradieren, entgegengesetzt. Und je näher deren Umsetzung rückt, desto sichtbarer wurde, auch auf der Versammlung, daß nicht Appelle und Überzeugung, sondern nur Kampfmaßnahmen GM schlagen können.

auf Lohn und Gehalt wirkt sich diese Obergrenze so aus, daß bei einem Teil der Rentner die Gesamtrente mehr als der letzte Nettolohn beträgt. Diese „Überversorgung" entsteht also nur durch die stärkere Besteuerung und

von seiten des Vorstandes eine außerordentliche Betriebsversammlung auf alle Fälle durchgeführt wird. Der erste Gesprächstermin zwischen Gesamtbetriebsrat und Vorstand ist der 17. Dezember.

Weitere Streiks gegen Lohnkürzungen der Besatzer

brp. Seit gut zwei Jahren verhandelt die Gewerkschaft ÖTV mit den Stationierungsstreitkräften über eine Vereinfachung der Lohnstruktur und die Angleichung des Lohnniveaus für die westdeutschen Zivilbeschäftigten an die Industrie. Das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut bestimmt, daß westdeutsche Behörden im Auftrag der Besatzer Lohn- und Manteltarifverträge abschließen können, daß aber die Besatzer selbst die Eingruppierungen vornehmen mit nachfolgender Zustimmung der westdeutschen Behörden. Die Betriebsräte haben hier kein Mitbestimmungsrecht. Dieses Instrument haben die Alliierten schon weit ausgebaut und wollen es weiter schärfen. Sie wollen die Löhne um bis zu 200 DM (12%) kürzen und die Gewerbegruppen um vier auf elf erweitern. Folge davon wäre, daß es dann 650 verschiedene Tariflöhne gäbe gegenüber den jetzigen 222. Von den rund 100000 Zivilbeschäftigten sind von der Lohnkürzung direkt 4000 Arbeiter, vor allem Kraftfahrer, Schlosser und Kfz-Mechaniker betroffen.

Gegen die Lohnkürzung streikten bereits am 20., 21. und 24. November Arbeiter in Gießen, Heilbronn, Grünstadt, Fürth, Augsburg, Aschaffenburg, Darmstadt, Brügge und Krefeld. In Krefeld brach vorübergehend die Versorgung der britischen Armee zusammen. Unorganisierte wurden in Grünstadt für die ÖTV gewonnen und schlossen sich dem Streik an. Teilweise schritt Militärpolizei ein. Erneut streikten etwa 1000 Arbeiter am 2. und 3.12. vor allem im Rhein-Main-Raum und in der Rheinpfalz bei den US-Besatzern, am 4.12. 2500 bei der britischen Rheinarmee. Durch den Streik im Rechenzentrum der US-Armee in Zweibrücken wurde die gesamte Logistik zwischen Europa und den USA lahmgelegt. Inzwischen legten die Besatzer ein neues Angebot vor, das immer noch Lohnsenkungen bis zu 8% beinhaltet und von der ÖTV abgelehnt wird.

Das „Handelsblatt" diskutiert offen eine weitere Beschneidung der Rechte der Zivilbeschäftigten bei den Besatzern. Der Streik weise auf Sicherheitslücken hin, im Kriegsfall könnte er „verheerende Folgen für unser aller Sicherheit haben". Der Kommentator schreibt für Streikverbot und daß die Möglichkeit geschaffen werden müsse, mit Notstandsmaßnahmen in laufende Arbeitskämpfe einzugreifen.

Kluncker: Weder Risikoabschlag noch Sonderopfer

Streit um die Notwendigkeit der Mindestforderung / Volumen zwischen 8 und 10%

vol. Lohnerhöhungen unterhalb der Wachstumsrate der Haushalte von 4 bis 5% fordert der Sachverständigenrat. Die Landesregierung NRW diskutiert, ob sie Matthöfers Überlegungen vor den Verhandlungen nach einer Lohnpause von drei Monaten für Beamte nicht als Gesetzentwurf in den Bundesrat einbringt. Ein Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion schlägt vor, den höheren Beamten die Gehälter einzufrieren, um die Stimmung für eine Lohnpause im öffentlichen Dienst auszutesten.

Anfang Januar wird der ÖTV-Hauptvorstand seinen Vorschlag für die Tarifforderung vorlegen. Im Dezemberheft des ÖTV Magazins nimmt der Vorsitzende Kluncker gegen die Lohnsenkungspropaganda Stellung: „Es kann auch für 1981 weder einen Risikoabschlag noch ein Sonderopfer für den öffentlichen Dienst geben." Eindeutig wendet er sich gegen die „produktivitätsorientierte Lohnpolitik", die die Kapitalisten propagieren. Als Ausgangspunkt für die Beratungen der Höhe und Art der Forderung nennt Kluncker: Orientierung an den finanzpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und an den Einkommenserhöhungen, die von den Gewerkschaften in der gewerblichen Wirtschaft angestrebt werden. Dies sind zwei widersprüchliche Ausgangsbedingungen. Die finanzpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind geprägt durch die Krise der kapitalistischen Produktionsweise, die sich immer deutlicher entwickelt, und das Interesse der Kapitalistenklasse, in dieser Krise die Staatsfinanzen stärker auf Stützung der Profite auszurichten. Niedrige Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst würden diese Interessen von zwei Seiten her unterstützen: einerseits würden Gelder frei für die Kapitalisten frei, so bringt z.B. ein um 1% niedrigerer Lohnabschluß knapp 3 Mrd. DM. Andererseits hätte er eine Signalwirkung für die Abschlüsse in der Industrie. Die Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen bei der Höhe der Forderung wird der Regierung wie auch den Kapitalisten Spielraum geben. Wichtig sind diese Rahmenbedingungen für die Festlegung des Vorgehens in diesem Tarifkampf gegen den Dienstherrn.

Vor der ÖTV wird die IGM ihre Lohnforderung beschließen und auch den Tarifkampf führen. Die Höhe der Prozentseite der Forderung liegt in der IGM zwischen 8 und 10%, dies entspricht auch der bisherigen Diskussion in der ÖTV. Ebenso wie in der IGM ist in der ÖTV der Streit entbrannt, ob eine Mindestforderung aufgestellt werden soll. Die ÖTV Bezirksverwaltung Hessen schreibt: „Voraussetzung für das tarifpolitische Ziel 1981 ist die Forderung nach einer ausschließlich prozentualen Erhöhung der Löhne und Gehälter ... Aus den Erfahrungen der letzten Tarifrunden zeichnet sich in der Durchsetzung von mehreren Forderungen oder einer sogenannten sozialen Komponente eine Spaltung der Mitgliedschaft ab." Andererseits hat die Funktionärsversammlung Bonn der ÖTV gerade festgestellt, daß die Lohnforderung eine soziale Komponente enthalten müsse, um der weiteren Spreizung der Lohnskala und den spaltenden Wirkung entgegentreten zu können. Inflation, die Erhöhung der indirekten Steuern und Abgaben wirken auf die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen stärker, deshalb ist eine Mindestforderung günstig, um die Einheit der Belegschaft zu stärken. Wenn also, wie die Bezirksverwaltung Hessen sagt, nur mit „Geschlossenheit und vielen Anstrengungen" es gelingen kann, das Sparprogramm der Regierung zu knacken, dann ist eine hohe Prozentforderung mit Mindestbetrag die bessere Voraussetzung dafür.

Beschlüsse zur Lohnforderung ÖTV. *ÖTV Funktionärskonferenz Bonn:* 1. Urlaubsforderung, Anhebung des Jahresurlaubs unter Abbau der Urlaubsstaffelung nach Vergütungsgruppen. 2. Festgeldforderung: Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Höhe der Festgeldforderung so zu errechnen, daß als unterste Grenze kein Kaufkraftverlust auf das durchschnittliche Einkommen entsteht. Das Forderungsvolumen soll etwa bei 10% liegen. *Bremen, Vertrauensleutekörper Krankenhaus St. Jürgenstraße:* 9% mindestens 180 DM. *Personalversammlung Finanzamt Bremen-West:* 190 DM für alle gleich. Begründung: 190 DM entsprechen 9,5% bei einem in der Bundesrepublik durchschnittlichen Gehalt von 2000 DM ... 2. Wir sind für Festgeldforderungen, da Prozentforderungen das Lohngefüge noch weiter spreizen würden. *ÖTV Kreisverwaltung Coesfeld* hat sich für Mindestforderung ausgesprochen. *ÖTV Jugend- und Betriebsgruppe Krankenhaus und Kreisverwaltung Coesfeld:* Prozente zwischen 8 und 8,5 und Mindestforderung von 180 DM.

Einstündiger Warnstreik in der Textilindustrie

boj. An den Protestaktionen zur Verlängerung des Ende 1981 auslaufenden Welttextilabkommens (WTA) beteiligten sich nach Auskunft der GTB große Teile der 2,6 Mio. Textil- und Bekleidungsarbeiter der Länder der EG. Aufgerufen hatten die im Europäischen Gewerkschaftsausschuß Textil-Bekleidung-Leder zusammengeschlossenen Textil- und Bekleidungsgewerkschaften am 2. Dezember zwischen 11 und 12 Uhr „die Maschinen stillstehen" zu lassen. Vielfach wurden die Protestaktionen in Form von Belegschaftsversammlungen durchgeführt.

GTB-Hauptvorstandsmitglied Hans Pfister bei NINO in Nordhorn: Der „Kampf um die Existenzgrundlage" sei der Grund für die Protestaktionen. „Allein in der BRD verloren in den letzten Jahren mehr als 300000 Arbeitnehmer in der Textil- und Bekleidungsindustrie ihre Arbeitsplätze..." „Wir müssen uns jetzt gemeinsam gegen diese Politik der gezielten Vernichtung von Arbeitsplätzen wehren, unerläßliche Voraussetzung für den Schutz vor ruinösen Importen und für die Erhaltung textiler Arbeitsplätze in Europa ist ein neues, besseres Welttextilabkommen." Die wesentlichen Forderungen der GTB zum WTA sind: – Die Zunahmeraten für die Importe von Textilien müssen unter der Steigerungsrate des mengenmäßigen Verbrauchs von Textilien in der EG liegen – Längere Laufzeiten des WTA, damit die Investitionsplanung der Industrie besser auf das Abkommen abgestellt werden kann – Höchstzuwachsraten bei den Exportquoten für Länder wie Hongkong, Taiwan – Hereinnahme einer Sozialklausel, wonach sich die Exportländer zu Partner verpflichten, die Abkommen des Internationalen Arbeitsamtes zu den Menschen- und Gewerkschaftsrechten, zur Kinderarbeit und zu den Arbeitsschutzbestimmungen anzuerkennen. (nach: Textil-Bekleidung 12/80)

Ausdrücklich wies der GTB-Hauptvorstand darauf hin, „daß sich die Arbeitnehmer nicht gegen die Unternehmen gerichtet habe", was schlecht ist, sind doch die westdeutschen Textilkapitalisten wirklich keine „Arbeitsplatzsicherer", sondern selbst über Kapitalexport und „passive Lohnveredelung" (s. KVZ Nr. 49/80) Nutznießer der elendigen Lage der Textilarbeiter in Ländern wie z.B. Hongkong. Schlecht ist auch, daß es auf den Versammlungen kaum Erörterungen über die Forderungen und das Vorgehen der Gewerkschaft gab.

Metall: Unterschiedliche Konjunktur und regionale Schwerpunkte

Die regionalen Schwerpunkte können die Arbeiter zum gezielten Angriff nutzen

geh. Die letzten Konjunkturuntersuchungen haben den Kapitalisten einen konjunkturellen Umschwung vorhergesagt. Ihre Forscher haben festgestellt, daß das Bruttosozialprodukt im 3. Quartal mit 2% zum ersten Mal seit 1975 wieder abgenommen hat. Die Ursache des Rückgangs ist die nachlassende Warenproduktion. Die Nettoproduktion hatte noch im ersten Quartal um 6,6% real zugenommen, im zweiten noch um 1,7%, im dritten nur noch um 1,1%. In den Monaten September/Oktober gegenüber Juli/August haben die Investitionsgüter bereits um 1,5% abgenommen und die Verbrauchsgüter gar um 2,0%. Die Vorjahresproduktion war um 2,5% bzw. 5,5% höher. Gerade über die Investitionsgüterproduktion hatte die Produktion in den letzten Quartalen gehalten werden können. Die Kapazitätsauslastung bei der Herstellung von Investitionsgütern ist in den Monaten seit Jahresbeginn um 2% auf 84% zurückgegangen. Klammert man die Vergabe von Großaufträgen aus, die relativ unabhängig ist von der Konjunktur, so ist in den Monaten Juni bis September der Auftragseingang im Maschinenbaubereich um 9% zurückgegangen. Insbesondere ist hier der Auslandsauftragseingang zurückgegangen (– 20%).

In bezug auf den Lohnkampf kompliziert sich für die Kapitalisten die Lage noch mal, weil auch in den einzelnen Branchen die Entwicklung nicht einheitlich ist. Abschwächende und stützende Momente wirken hier auf die Konjunktur vielfältig ein: „Nachlassende Konjunktur in den OPEC-Ländern", „Erschöpfung der Devisenreserven der Entwicklungsländer" und „nachlassende Kaufbereitschaft der Ostblockstaaten" stellte der Vertreter des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer fest, auf der anderen Seite jedoch „Investitionen im Rohstoffbereich", um „traditionelle Energieträger zu ersetzen" und durch die scharfe Konkurrenz Zwang zu weiterer Umwälzung der Produktion, kann man hinzufügen. Der VDMA-Vertreter sprach von einer „gespaltenen Exportkonjunktur", dies gilt ebenso für den Inlandsmarkt. Ähnlich sieht die Lage im Bereich der Elektrotechnik aus, hier ist zwar ein ebenso starker Rückgang der Auslandsaufträge zu verzeichnen, jedoch ist der Inlandsrückgang nicht so stark wie beim Maschinenbau. Vor allem hoffen die Kapitalisten hier auf eine Steigerung der Produktion für neue Kraftwerke. Im Bereich der Automobilindustrie ist ebenfalls eine solche gespaltene Konjunktur festzustellen, die LKW- und Nutzfahrzeug-Produktion ist noch immer auf hohem Niveau, wenngleich jetzt hier die Aufträge um 20% zurückgegangen sind. Bei den PKW haben die Typen über 2 Liter, die zu den Investgütern gezählt werden, noch immer einen Auftragsbestand von mehr als 1 Jahr, im Bereich darunter, deren Typen als Verbrauchsgüter eingestuft sind, ist lediglich ein Auftragsbestand von 1 – 2 Produktionsmonaten vorhanden.

Es gibt also drei Branchen in der Metallindustrie, wo eine stark unterschiedliche Entwicklung die Konkurrenz unter den Kapitalisten zuspitzt: Maschinenbau, Elektrotechnik und Straßenfahrzeugbau. Dasselbe gilt auch für den Bereich der Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen; für eine entscheidende Rolle ist diese Branche allerdings zu schwach.

In der Karte haben wir die regionalen Schwerpunkte der Branchen eingezeichnet. Die Investitionsgüterindustrie entspricht im wesentlichen der Metallindustrie. Man kann sehen, wo die Kapitalisten gezielt getroffen werden können. Man erkennt die Bedeutung des Tarifbezirkes Nordwürttemberg/Nordbaden, wie auch die des Nordverbundes und Hessens. NRW ist vielleicht zu groß und zu verschieden, um gezielt mit wenig Einsatz viel zu treffen; bei Bayern ist es fraglich, ob man allein in den beiden Zentren München und Nürnberg den Streik entscheiden kann.

Der in den letzten 10 Jahren von der IG Metall erfolgreich entwickelten Taktik der Schwerpunktstreiks haben die Kapitalisten mit einer Zentralisierung der Verhandlungsführung bei Gesamtmetall entgegengewirkt. Vor allem versuchen sie, mit Aussperrungen dieser Taktik zu begegnen. Wie diese Form des Streiks trifft, hat der Verhandlungschef Dürr über den Streik 1978 auf der letzten BDA-Mitgliederversammlung berichtet: „Für mich ist klar, daß ohne die Abwehraussperrung die Ergebnisse der Auseinandersetzung anders ausgefallen wären, als sie heute vor uns liegen. Die bestreikten Firmen hätten die Streiks nicht wochenlang auf sich nehmen können: Vorzeitige falsche Kompromisse wären mit Sicherheit geschlossen worden.

Die Verzahnung der Metallbetriebe bundesweit ist derart stark, daß unmittelbar der Druck von außen (Kunden) ungeheuer stark geworden wäre und damit langfristige Geschäftsbedingungen in Mitleidenschaft gezogen wären. Außerdem wären natürlich auch erhebliche innerverbandliche Spannungen entstanden. Ein Verband von der Struktur unseres Verbandes kann solche Spannungen auf die Dauer nicht aushalten, sie werden für ihn zu einer existenziellen Gefahr." Soweit aus der Sicht des Kapitalisten. Die Arbeiter müssen sehen, daß sie die Widersprüche, die auch jetzt bei den Kapitalisten vorhanden sind, in der oben geschilderten Art vorantreiben.

Bei den Aussperrungen ist der letzte Bundesarbeitsgerichtsspruch nicht uneingeschränkt günstig für die Kapitalisten, denn bei Schwerpunktstreiks müssen die Kapitalisten, um den Effekt aufzuheben, ja nicht *angemessen* aussperren, sondern breit und so *un*angemessen. Auf der BDA-Versammlung hieß es dazu: „Je geringer der Angriff ist, um so gefährlicher ist er, um so größer sind die Solidar-Probleme, um so größer sind die Wettbewerbsverzerrungen. Je größer der Angriff, je umfangreicher der Streik, je geringer sind die Solidarprobleme ..."

So schlecht sind also die Bedingungen nicht, daß die Arbeiter und Angestellten sich auf die BDI-Lohnformel einlassen müßten.

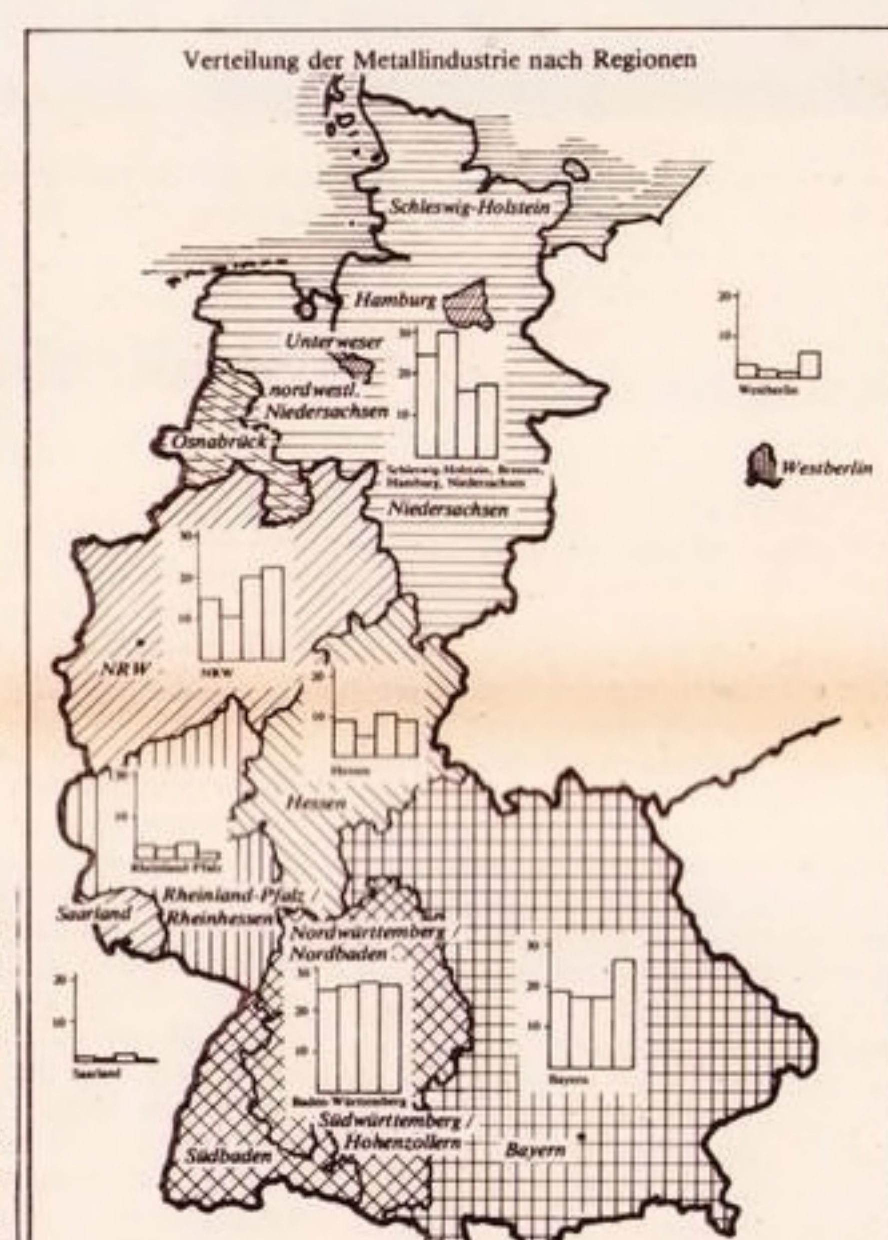
Betriebe und Beschäftigte nach Größenklassen
– Investitionsgüterindustrie –

Tarifgebiet	Länder	1 – 99 Besch. Betr.	1 – 99 Besch. Arb.	100 – 499 Besch. Betr.	100 – 499 Besch. Arb.	500 u.m. Besch. Betr.	500 u.m. Besch. Arb.	Arbeitsl. (%)
	Schlesw.-H.	keine Angaben						
Nordverb.	Hamburg	80,3	13,6	14,0	21,0	5,7	65,3	3,4
Osnabrück	Bremen	60,8	8,7	39,2	91,3	*	*	
	Niedersachsen	85,2	14,6	8,3	23,7	6,4	61,7	4,4
NRW	NRW	67,0	17,2	26,4	31,4	6,6	51,3	4,4
Hessen	Hessen	76,7	14,6	17,5	23,7	5,9	61,7	2,7
Rheinl.-Pf.	Rheinl.-Pf.	83,3	25,4	7,9	11,4	8,7	63,1	4,1
NW/NB								
SB	Ba-Württemb.	71,9	14,1	27,0	25,8	1,9	60,1	2,2
SW/HZ								
Bayern	Bayern	77,8	8,3	16,1	21,1	6,1	70,7	3,0
Westberlin	Westberlin	83,9	15,9	13,1	29,1	3,0	54,9	
Saarland	Saarland	69,6	11,7	20,6	25,0	9,8	63,2	

* In niedriger Gruppierung erfaßt

Erklärung zur nebenstehenden Karte

Tarifbezirk: *Hamburg*, *Nordwürttemberg/Nordbaden*
Länder: Hamburg, NRW
Säulen: Anteil an den jeweiligen Beschäftigten BRD (%)
von lks n. rts: 1. Säule Investitionsgüterindustrie
2. Säule Maschinenbau
3. Säule Straßenfahrzeugbau
4. Säule Elektroindustrie



Bremer Senat stimmt VFW/MBB-Fusion zu

rew. Durch die Fusion VFW/MBB verfolgt die Bundesregierung seit drei Jahren das Ziel, diese Industrie neu zu strukturieren, sie damit international leistungsfähiger zu machen und einen rationelleren Einsatz der öffentlichen Gelder zu ermöglichen. Der Druck aus Bonn reichte aus, um die letzte Hürde für die Fusion zu nehmen. Der Bremer Senat stimmte am 1.12. dem Ergebnisprotokoll einer Sitzung mit Wirtschaftssenator Willms (Bremen) und dem bayrischen Staatsminister Streibl zu. Das Bundeskabinett hatte schon Mitte des Jahres beschlossen, 300 Mio. DM fällige Zuschüsse für den Airbus bis zur Fusion zu sperren, die aber 1981 verfallen wären, daher auch die Hektik. Würde der Bremer Senat nicht zustimmen, hieße das für VFW Konkurs, weil das Land die Gelder für eine Bürgschaft nicht hat, so Koschnick auf der letzten Betriebsversammlung. In dem Protokoll sind die Eckpfeiler der Fusion gesetzt, die Standorte der Unternehmensbereiche (UB): UB Transporter-Hamburg (MBB), ebenso die Leitung von Entwicklung, Vertrieb und Personal; in Bremen (VFW) sollen die Leitung von Wirtschaft und Fertigung sein, sowie die UBs Raumfahrt und Marinetechnik/Sondertechnik/Drohnen (unbemannte Flugkörper). Es bedeutet den Verlust der selbständigen Auftragshereinnahme für das Bremer Werk und damit für die gesamte Industrie im Land Bremen. Der Betriebsrat Bremen lehnt dieses Konzept ab, erstens weil die Betriebsräte nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen wurden, und zweitens ist es nicht konkret genug, weil die Auswirkungen auf die Belegschaften nicht enthalten sind. Auf der letzten Betriebsversammlung wurde vorgeschlagen, eine Protestresolution der Belegschaft in geeigneter Form nach Bonn zu bringen.

Krise in der französischen Automobilindustrie

pem. Von Januar bis Oktober lag die Automobilproduktion in Frankreich um 6,6% unter der des Vorjahres. Die Exporte sanken um 7,0%, die Neuzulassungen um 4,6%. Angesichts einer Inflationsrate von voraussichtlich mehr als 13% und steigenden Rohstoffpreisen bleibt den Kapitalisten, um aus der Krise herauszukommen, nur die Verschärfung der Ausbeutung, was erreicht werden soll durch Kurzarbeit, vorzeitige Verrentung und Entlassungen. Lage und Maßnahmen der wichtigsten Konzerne: *Citroen:* Produktionsrückgang um 16%. Bereits 27 Tage Kurzarbeit. Weitere 13 Tage bis Jahresende. Senkung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 40 Std. mit Lohneinbußen von 120 F pro Monat. 200 – 300 Frauen sollen für 9 Monate nicht arbeiten, bei 1000 F monatlicher Entschädigung und gleichzeitigem Verlust aller Ansprüche aus der Sozialversicherung. 1749 Arbeiter wurden bereits entlassen, ohne daß ihre Stellen

„Lohnstückkosten" – und was sich dahinter verbirgt

nen Branchen die Entwicklung nicht einheitlich ist. Abschwächende und stützende Momente wirken hier auf die Konjunktur vielfältig ein: „Nachlassende Konjunktur in den OPEC-Ländern", „Erschöpfung der Devisenreserven der Entwicklungsländer" und „nachlassende Kaufbereitschaft der Ostblockstaaten" stellte der Vertreter des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer fest, auf der anderen Seite jedoch „Investitionen im Rohstoffbereich", um „traditionelle Energieträger zu ersetzen" und durch die scharfe Konkurrenz Zwang zu weiterer Umwälzung der Produktion, kann man hinzufügen. Der VDMA-Vertreter sprach von einer „gespaltenen Exportkonjunktur", dies gilt ebenso für den Inlandsmarkt. Ähnlich sieht die Lage im Bereich der Elektrotechnik aus, hier ist zwar ein ebenso starker Rückgang der Auslandsaufträge zu verzeichnen, jedoch ist der Inlandsrückgang nicht so stark wie beim Maschinenbau. Vor allem hoffen die Kapitalisten hier auf eine Steigerung der Produktion für neue Kraftwerke. Im Bereich der Automobilindustrie ist ebenfalls eine solche gespaltene Konjunktur festzustellen, die LKW- und Nutzfahrzeug-Produktion ist noch immer auf hohem Niveau, wenngleich jetzt hier die Aufträge um 20% zu-

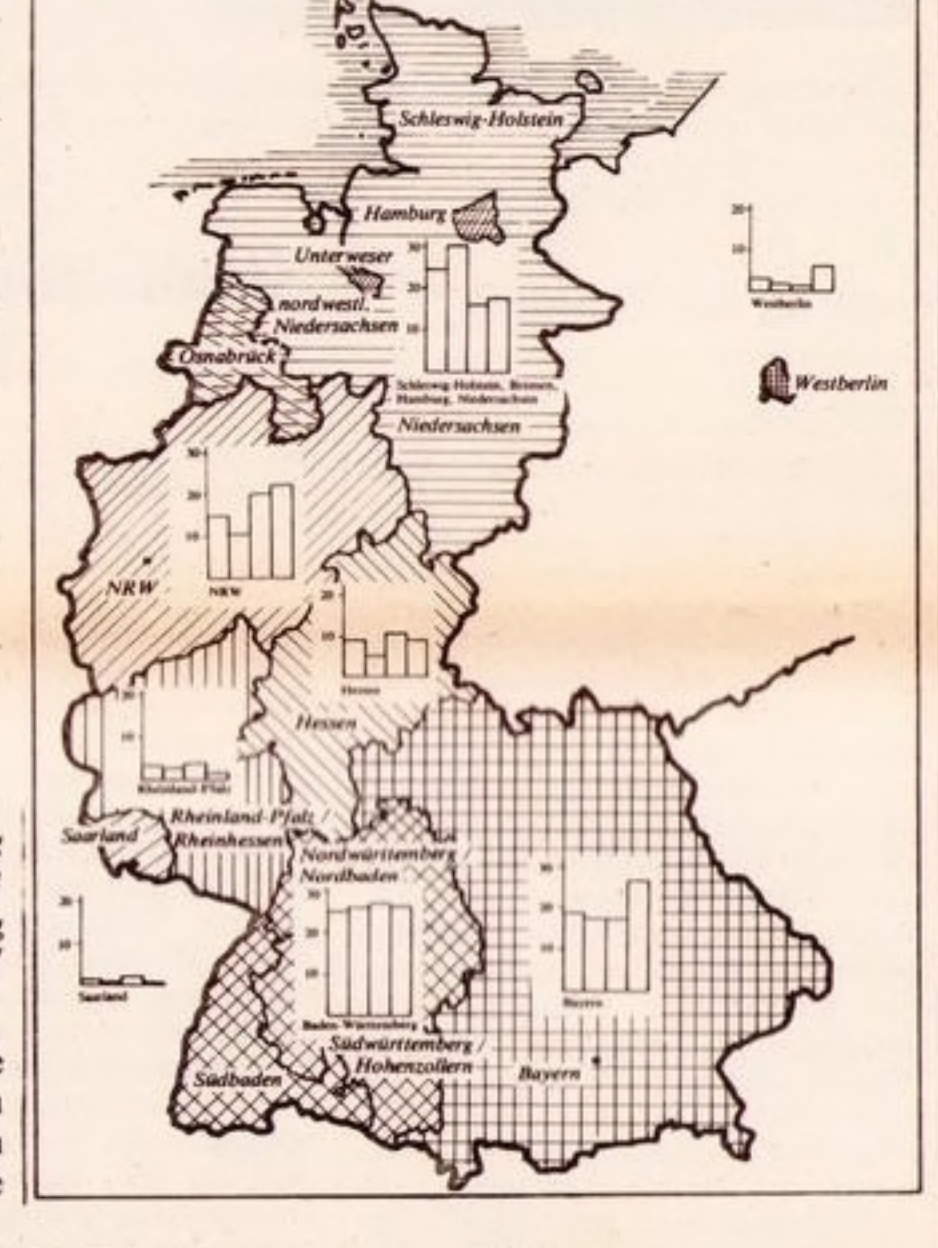
– Investitionsgüterindustrie –

Tarifgebiet	Länder	1 – 99 Besch. Betr.	1 – 99 Besch. Arb.	100 – 499 Besch. Betr.	100 – 499 Besch. Arb.	500 u.m. Besch. Betr.	500 u.m. Besch. Arb.	Arbeitsl. (%)
	Schlesw.-H.	keine Angaben						
Nordverb.	Hamburg	80,3	13,6	14,0	21,0	5,7	65,3	3,4
Osnabrück	Bremen	60,8	8,7	39,2	91,3	*	*	
	Niedersachsen	85,2	14,6	8,3	23,7	6,4	61,7	4,4
NRW	NRW	67,0	17,2	26,4	31,4	6,6	51,3	4,4
Hessen	Hessen	76,7	14,6	17,5	23,7	5,9	61,7	2,7
Rheinl.-Pf.	Rheinl.-Pf.	83,3	25,4	7,9	11,4	8,7	63,1	4,1
NW/NB								
SB	Ba-Württemb.	71,9	14,1	27,0	25,8	1,9	60,1	2,2
SW/HZ								
Bayern	Bayern	77,8	8,3	16,1	21,1	6,1	70,7	3,0
Westberlin	Westberlin	83,9	15,9	13,1	29,1	3,0	54,9	
Saarland	Saarland	69,6	11,7	20,6	25,0	9,8	63,2	

* In niedriger Gruppierung erfaßt

Erklärung zur nebenstehenden Karte

Tarifbezirk: *Hamburg*, *Nordwürttemberg/Nordbaden*
Länder: Hamburg, NRW
Säulen: Anteil an den jeweiligen Beschäftigten BRD (%)
von lks n. rts: 1. Säule Investitionsgüterindustrie
2. Säule Maschinenbau
3. Säule Straßenfahrzeugbau
4. Säule Elektroindustrie



zu den Verhandlungen hinzugezogen wurden, und zweitens ist es nicht konkret genug, weil die Auswirkungen auf die Belegschaften nicht enthalten sind. Auf der letzten Betriebsversammlung wurde vorgeschlagen, eine Protestresolution der Belegschaft in geeigneter Form nach Bonn zu bringen.

Krise in der französischen Automobilindustrie

pem. Von Januar bis Oktober lag die Automobilproduktion in Frankreich um 6,6% unter der des Vorjahres. Die Exporte sanken um 7,0%, die Neuzulassungen um 4,6%. Angesichts einer Inflationsrate von voraussichtlich mehr als 13% und steigenden Rohstoffpreisen bleibt den Kapitalisten, um aus der Krise herauszukommen, nur die Verschärfung der Ausbeutung, was erreicht werden soll durch Kurzarbeit, vorzeitige Verrentung und Entlassungen. Lage und Maßnahmen der wichtigsten Konzerne: Citroen: Produktionsrückgang um 16%. Bereits 27 Tage Kurzarbeit. Weitere 13 Tage bis Jahresende. Senkung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 40 Std. mit Lohneinbußen von 120 F pro Monat. 200 – 300 Frauen sollen für 9 Monate nicht arbeiten, bei 1000 F monatlicher Entschädigung und gleichzeitigem Verlust aller Ansprüche aus der Sozialversicherung. 1749 Arbeiter wurden bereits entlassen, ohne daß ihre Stellen

neu besetzt wurden. *Peugeot:* Produktionsrückgang um 13%. Kurzarbeit zwischen 1 und 6 Tagen. Ebenso Verkürzung der Wochenarbeitszeit. *Renault:* Als einziger Hersteller Produktionssteigerung um 11%. Um diesen Platz zu halten, sollen 2500 Arbeiter vorzeitig in Rente gehen, deren Stellen nicht neu besetzt werden. *Talbot:* Produktionsrückgang um 34%. Bereits 1550 wurden vorzeitig verrentet, ohne daß ihre Stellen wieder besetzt wurden.

Westdeutsche Kfz-Industrie exportierte 53% der Produktion

frb. Die in Westdeutschland produzierende Kraftfahrzeugindustrie hat auch im ersten Halbjahr 1980 fette Profite auf den Exportmärkten erzielt. Während die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 7,6% gesunken ist, erhöhte sich der Export in Stück um 0,9%. Die Exportquote liegt höher als in den Vorjahren. Entscheidend für diese Entwicklung ist der Bereich der Nutzfahrzeuge. So erhöhte sich der LKW-Export um 15,0%, der der Kombinationskraftwagen um 24,3%. Der Export von PKWs nahm um 2,0% ab, auch dies weniger als die Produktion mit –9,8%. Der Anteil der ausländischen Marken an den Neuzulassungen im Inland bei PKW und Kombi betrug 25,1% und lag damit unter dem Anteil in den Jahren 1971 – 74. Erhöht hat sich der Anteil japanischer Fahrzeuge zu Lasten französischer und britischer Modelle. Kaum ein Land setzt über die Hälfte seiner Kfz-Produktion in anderen Ländern ab. Über ungünstige Konkurrenzlage haben die westdeutschen Imperialisten in dieser Hinsicht wenig zu klagen.

„Lohnstückkosten" – und was sich dahinter verbirgt

Maßstab der Absichten der Kapitalisten – Keine Richtschnur für die Interessen der Arbeiter

frb. In der Propaganda, mit der die Kapitalisten die Arbeiter im Hinblick auf den kommenden Tarifkampf einzuschüchtern versuchen, spielt der Begriff der Lohnstückkosten eine zentrale Rolle. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff?

Die Lohnkosten sind ein Teil des Produktionspreises, der den Kostpreis plus den Profit (p) einschließt. Der Kostpreis wiederum setzt sich aus zwei Elementen zusammen, erstens den Kosten für Abnutzung des fixen Kapitals: Kosten für Rohstoff, Vorprodukte, Betriebsstoffe usw. (c für konstantes Kapital, dessen Wert im Warenpreis unverändert enthalten ist); zweitens Lohnkosten (v für variables Kapital, dessen Wertgröße sich im Produktionsprozeß verändert zu v plus Mehrwert). Die Formelt für den Produktionspreis lautet daher c'v'p. Die Profitrate, die der treibende Motor der kapitalistischen Produktion ist, berechnet sich dann mit p:(c'v).

Kann der Kapitalist seine Kosten gegenüber dem Konkurrenten senken, so erhöht sich sein Profit und seine Profitrate. Weshalb rechnen die Kapitalisten dann nicht einfach in Kosten, sondern in Stückkosten?

Im Gang der Produktion findet ständig Erhöhung der Produktivität wie der Intensität der Arbeit statt. Entscheidend für die Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit des Kapitalisten ist daher nicht einfach die Entwicklung der Gesamtkosten, sondern die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Produktivität bzw. Intensität zu den Kosten. Dieses Verhältnis drückt sich in den Stückkosten aus. Die Beziehung der Kapitalisten stellt sich her über die Beziehung ihrer Waren auf dem Markt. Dafür ist es uninteressant, wieviel Gesamtkosten ein Kapitalist hat oder in welchem Verhältnis Profit und Kosten stehen. Gefragt ist, welche Kosten ihm für die Produktion eines Stücks entstehen, mit welchen Preisen er daher auf den Markt treten kann.

Zur Verdeutlichung dient die Aufstellung in der abgedruckten Tabelle. Fall I zeigt die Ausgangslage. Der Produktionspreis setzt sich zusammen aus 400 DM für konstantes Kapital, 100 DM Lohnkosten, 100 DM Profit entsprechend der Profitrate von 20%. Die Produktionsmenge sei 100 Stück, die Lohnstückkosten betragen daher 1 DM. Der Kostpreis beträgt 5 DM. Er bildet die unterste Grenze, zu der der Kapitalist noch produziert.

Fall	Produktionspreis (Umsatz) c+v+p=p	Stück	Stückpreis	Stückkosten	Lohn-Stückkosten	Profitrate p:(c+v)	Ausbeutungsrate p:v
I	400 + 100 + 100 = 600	100	6,00	5,00	1,00	20%	100%
II	440 + 100 + 120 = 660	110	6,00	4,91	0,91	22%	120%
III	460 + 105 + 125 = 690	115	6,00	4,91	0,91	22%	119%
IV	440 + 110 + 110 = 660	110	6,00	5,00	1,00	20%	100%
V	440 + 110 + 143 = 693	110	6,30	5,00	1,00	26%	130%
VI	462 + 110 + 121 = 693	110	6,30	5,20	1,00	21%	110%
VII	462 + 120 + 111 = 693	110	6,30	5,29	1,09	19%	93%

Fall II schildert die Lage nach einer Erhöhung der „Produktivität" um 10%. Die Produktionsmenge steigt um 10% auf 110 Stück, die Auslage für konstantes Kapital steigt entsprechend, da proportioneller Material- und Maschinenverbrauch unterstellt wird. Wegen der einfacheren Darstellung nehmen wir an, daß die „Produktivität" ausschließlich in einer Erhöhung der Intensität der Arbeit besteht, also die auf das einzelne Produkt verwandte Arbeitsmenge und damit sein Wert unverändert bleibt. Der Umsatz des Kapitalisten steigt auf 660 DM, sein Profit auf 120 DM. Bleiben die Materialstückkosten unverändert, so kann der Profit bei unverändertem Stückpreis nur durch eine Senkung der Lohnstückkosten gesteigert werden. Im Fall II betragen die Lohnstückkosten 0,91 DM. Der Kapitalist könnte sogar seinen Preis senken und würde trotzdem höheren Profit als zuvor machen.

Im Fall III mußte der Kapitalist die Lohnkosten um 5% erhöhen, kann dies aber wettmachen durch noch höhere Intensivierung der Arbeit. Dadurch kann er die Lohnstückkosten in gleicher Höhe halten wie der Kapitalist im Fall II, obwohl er 5 DM höhere Lohnkosten hat.

Was nun steckt hinter der Produktivitätsformel der Kapitalisten, die verlangt, daß die Löhne nur in dem Maße steigen dürften, wie die „Produktivität" steigt? Dazu Fall IV. Produktion und Löhne sind um 10% gestiegen. Erstes Ergebnis:

- *Steigen die Löhne entsprechend der „Produktivität", so steigt bei unveränderten Preisen der Profit im selben Maße; Profitrate und Ausbeutungsrate bleiben unverändert.*

Es ist unwahrscheinlich, daß die Preise unverändert bleiben. Dazu der Fall V, der die Lage bei um 5% erhöhten Preisen darstellt. Die Kosten entsprechen den Kosten im Fall IV, der Stückpreis aber beträgt 6,30 DM, der Preis des Gesamtprodukts daher 693 DM. Die gesamte Steigerung des Umsatzes von 33 DM fällt dem Profit zu.

- *Steigen die Löhne entsprechend der Produktivität, so erhöht jede Preissteigerung die Ausbeutungsrate und die Profitrate.*

Fall VI führt die Betrachtung fort, wenn die höheren Preise auf die Preise des konstanten Kapitals durchschlagen. Auch jetzt noch hat sich Ausbeutungs- und Profitrate gegenüber I erhöht. Da die Arbeiter nun ebenfalls höhere Preise zu zahlen haben, sind ihre 110 DM weniger Wert als zuvor.

Fall VII schließlich zeigt:

- *Steigen die Lohnkosten mehr als die „Produktität", so sinkt ausschließlich der Profit. Ob und wie die Preise steigen, hängt von anderen Faktoren ab.*

BGJ Ja? – Kein Verzicht auf das 10. Schuljahr

Kontroverse Diskussion in den Spitzen der Gewerkschaft IG Metall und GEW

his. Die Auseinandersetzung, die gegenwärtig von den Vorständen von IG Metall und GEW um den weiteren Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) geführt wird, geht darum, ob das BGJ den Zielen gewerkschaftlicher Bildungspolitik, Sicherung einer qualifizierten Berufsausbildung für alle, Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, dient oder nicht.

Nachdem Frank von Auer (GEW-Bundesvorstand) in der DGB-Zeitschrift ,,Gewerkschaftliche Bildungspolitik" 7/80 zu der Einschätzung gekommen war, daß trotz aller Probleme und Schwächen an dem schulischen BGJ festgehalten werden müsse, da es der ,,wichtigste Ansatzpunkt für die Zusammenführung von beruflicher und allgemeiner Bildung" sei, hat Hans Preiss vom Bundesvorstand der IG Metall im Oktober in einer Stellungnahme dazu geantwortet, daß das BGJ gerade nicht den gewerkschaftlichen Reformzielen diene, und vorgeschlagen, die Einführung des BGJ in den Ländern und Berufsfeldern, in denen es noch nicht eingeführt ist, abzulehnen. Diese Stellungnahme ist der bisherige Höhepunkt einer Reihe von Kritiken, die in den Gewerkschaften, besonders in der Gewerkschaftsjugend, an dem BGJ geführt worden ist, vor allem seit der Änderung der Anrechnungsverordnung von 1978. Damit hatten die Kapitalisten sich die Bedingungen erheblich verbessern lassen, die berufliche Grundbildung auf Kosten der allgemeinbildenden und fachtheoretischen Ausbildung mehr ihren konkreten Anforderungen im Betrieb zu unterwerfen und die Anrechnung des BGJ auf die Berufsausbildung zu unterlaufen. Mit der Änderung der Anrechnungsverordnung wurde das BGJ neben der bisher ausschließlich vorgesehenen schulischen Form auch in der kooperativen Form erlaubt, d.h. die Ausbildung findet hauptsächlich im Betrieb statt, dazu kommen zwei Tage Berufsschule oder Blockunterricht. Für die Berufe Verkäufer, Kraftfahrzeugmechaniker, Elektriker und Radio- und Fernsehtechniker sowie die zweijährigen Ausbildungsberufe wurde die Anrechnungszeit auf ein halbes Jahr verkürzt sowie für alle Fälle, in denen die nachfolgende Berufsausbildung in einem anderen Schwerpunkt erfolgt als dem, in dem das BGJ absolviert wurde. Durch die Einführung von Schwerpunkten innerhalb der Berufsfelder wurde die Breite der Grundausbildung ebenso eingeengt.

Der Wandel in der Position der IG Metall, die einer der stärksten Verfechter der beruflichen Grundbildung in einem schulischen BGJ gewesen ist, beruht auf den Erfahrungen, die bisher mit dem BGJ gemacht worden sind.



,,Die meisten haben lieber Praxis als Schule, weil man da gleich alles ausprobieren kann" – so propagiert die Bundesregierung Praxisnähe im BGJ

Im Schuljahr 1978/79 waren 54087 Jugendliche im BGJ, das sind schon 10,7% der Auszubildenden im 1. Lehrjahr abzüglich der Schüler im kooperativen BGJ. Der Grad der Durchsetzung des BGJ als erstes Jahr der Berufsausbildung ist nach Bundesländern und Berufsfeldern unterschiedlich. Auf das Berufsfeld Metall entfallen bundesweit 25,8% der Auszubildenden und auf das Berufsfeld Bautechnik 24,8%. Niedersachsen beispielsweise praktiziert das BGJ nur in schulischer Form, Rheinland-Pfalz verbindlich in kooperativer Form, in Bayern gibt es beide Formen. Neben dem verbindlich landesweit oder für bestimmte Landesgebiete (flächendeckend) als erstes Jahr der Berufsausbildung eingeführten BGJ gibt es in allen Ländern Modellversuche in verschiedenen Berufsfeldern und verschiedenen Formen, wobei sich zunehmend der Trend zur kooperativen Form durchsetzt. In den Ländern – und das sind fast alle – in denen die Schulpflicht für Jugendliche, die nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht keine weiterführende Schule besuchen oder eine betriebliche Ausbildung machen, um ein Jahr verlängert wurde, um sie danach ganz zu liquidieren, wird das BGJ neben dem BVJ (Berufsvorbereitungsjahr) und Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit als Vollzeitschule zur Abgeltung der Schulpflicht benutzt. In diesem Zusammenhang erhält das BGJ immer mehr den Charakter einer Schmalspurausbildung als einjähriges Training von Fertigkeiten und Verhaltensweisen, die in Produktion wie in Büro und Verwaltung verwertet werden können. Die Bundesregierung bekräftigt diese Absicht, indem sie den Ausbau des BGJ auf 100000 Plätze bis 1982 unter dem ,,Programm zur Durchführung vordringlicher Maßnahmen zur Minderung der Beschäftigungsrisiken von Jugendlichen" laufen läßt. Findet der Jugendliche nach dem BGJ keinen Ausbildungsplatz, so erschöpft sich die Funktion des BGJ in der Vorbereitung auf lebenslange Hilfsarbeitertätigkeit, die den Kapitalisten weitgehend von den Anlernkosten befreit auf Kosten des Steuerzahlers, der auch für das BAföG aufkommen muß, das den BGJlern seit 1978 zugestanden wird.

Es entspricht offensichtlich nur den Tatsachen, wenn die IG Metall jetzt feststellt, daß das BGJ in seiner Praxis statt zu der geforderten Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung zur erneuten Differenzierung d.h. Beschränkung des Zuganges selbst zu einer betrieblichen Berufsausbildung führt. Die IG Metall fordert deshalb dort, wo das BGJ schon eingeführt ist, Einstellungszusagen der Betriebe vor Eintritt in das BGJ, betriebliche und tarifvertragliche Regelungen mit dem Ziel der vollen Anrechnung des BGJ in jedem Fall. Als wichtiges Argument gegen die Einführung des flächendeckenden BGJ führt H. Preiss an, daß damit wie die Praxis gezeigt hat, die Einführung des 10. Schuljahres verhindert werde. Ausgehend von dem Ziel der Einheitsschule ist es sicher richtig, das 10. Schuljahr nicht zugunsten des BGJ aufzugeben und an dem Beschluß des DGB-Bundeskongreß 1980 festzuhalten, in dem es heißt: ,,Dem 10. allgemeinbildenden Schuljahr schließt sich das Berufsgrundbildungsjahr als 11. Vollzeitschuljahr an." Hat man die Einheitsschule zum Ziel, dann muß man auch aktuell dafür eintreten, die gesamte Berufsausbildung der Verfügung der Kapitalisten zu entreißen und die überbetrieblichen Ausbildungsstätten der Volkskontrolle zu unterstellen.

GHK-Jugend: ,,Gemeinsam in die Zukunft"

frw. Unter dieser Losung findet am 6./7. Dezember in Ludwigshafen die 7. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff statt. Den Delegierten liegt ein Arbeitsbericht der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand über den Zeitraum von 1977 bis 1980 vor und einige Anträge und Entschließungen, nicht sehr viele. Der Arbeitsbericht behandelt folgende Themen: Personengruppenarbeit der GHK, Hauptvorstand, Bundesjugendausschuß und Beirat der GHK, Mitgliederentwicklung, Beruf und Qualifikation in der Holzwirtschaft, Holzwirtschaftsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt der 80er Jahre und Jugendvertreterwahlen. Einiges zu Mitgliederentwicklung und zu den Jugendvertreterwahlen: Mitte 1976 – 15816, Mitte 1980 – 25510 Mitglieder der GHK unter 25 Jahren. ,,Nehmen wir das Jahr 1973 mit dem nachfolgenden Schwund als Basis für den Vergleich von heute,

vorsitzende.

Es liegen Anträge gegen die Energiepolitik der Bundesregierung und für die Stillegung aller Atomkraftwerke vor sowie ein Antrag, der sowohl die Abenteuerlichkeiten der USA im Iran als auch den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt, der weiterhin für Abschaffung der Gewissensprüfung bei KDV, gegen Kasernierung der Verweigerer, gegen die Pläne der Bundesregierung zur weiteren Aufrüstung, z.B. das Fregattenbauprogramm, gegen Kriegsmanöver im Indischen Ozean, gegen militaristische Supershows, für Austritt aus der Nato und den Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden eintritt. Weitere Anträge oder Entschließungen zur Berufsausbildung, z.B. die Ausbildungsvergütung zusammen mit den Lohntarifverträgen jährlich zu verhandeln, die Ausbildungsverträge mit Eintritt in das Berufsfachschuljahr abzuschließen

Studienbedingungen 1980: Für ein ,,ordnungsgemäßes Studium" fehlen alle Voraussetzungen

vol. Mit 180000 Studienanfängern im Wintersemester 1980 ist der Lehrbetrieb an den Hochschulen, den Fakultäten und Abteilungen völlig überlastet. 750000 Studienplätze stehen 1,1 Mio. Studenten gegenüber. Das, was bisher als ,,vorübergehend" von Studenten, Lehrpersonal und Arbeitern und Angestellten an den Hochschulen ausgehalten werden sollte, wird durch die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung und die Kürzungen in den Länderhaushalten zum Dauerzustand. Die ,,soziale Öffnung" der Hochschulen, die die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit der Bundesregierung beschlossen hatten, entpuppt sich als Programm, nicht einmal die grundlegenden Bedingungen für ein ,,ordnungsgemäßes Studium" zu gewährleisten. Es fehlt an Räumen. An allen Universitäten sind die Anfängervorlesungen bis zur doppelten Anzahl von

Hörern, deren geringe Lerneffektivität allgemein anerkannt ist, wird faktisch zur einzigen Lernmethode.

Es fehlt an allen Gemeinschaftseinrichtungen. Die Bücherbestände der Bibliotheken sind auf die jetzigen Studentenzahlen nicht ausgerichtet. Zum Mensaessen muß bis zu einer Stunde angestanden werden. Die Wohnungsnot hat die Fahrtzeiten der Studenten schlagartig erhöht.

Dies sind die Studienbedingungen noch ohne die Umsetzung eines einzigen ,,Sparbeschlusses" der Bundes- und Landesregierungen. Durch die Streichungen im Ausbauprogramm Hochschulen wird die Raumknappheit steigen. Durch die von Bundesbank und Finanzkapital geforderten Streichungen beim Personal der Länder werden die Stellen für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Per-

schiedet, dem müßte einheitliche Untersuchung und Planung von Gegenmaßnahmen folgen.

Hamburg. im Wintersemester 1980 haben ca. 1000 Studenten mehr als in den vergangenen Semestern angefangen zu studieren. Seit 1974 ist die Zahl der Studenten um 5500 gestiegen, die Zahl für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal gleichgeblieben. Es fehlen: 150 Wissenschaftlerstellen, um das Lehrangebot aufrechterhalten zu können; 80, um Studienreformaufgaben durchführen zu können. Die Räume sind mit 40% überbelegt. 100 Hilfskräfte und 140 Angestellte beim technischen und Verwaltungspersonal fehlen. In einzelnen Fächern werden zwischen 90 und 180% mehr Studenten unterrichtet als vorgesehen.

Bremen. Kürzungen bei Beschaffungen für Forschung und Lehre bis zu

vor allem seit der Änderung der Anrechnungsverordnung von 1978. Damit hatten die Kapitalisten sich die Bedingungen erheblich verbessern lassen, die berufliche Grundbildung auf Kosten der allgemeinbildenden und fachtheoretischen Ausbildung mehr ihren kon-

,,Die meisten haben lieber Praxis als Schule, weil man da gleich alles ausprobieren kann" – so propagiert die Bundesregierung Praxisnähe im BGJ

sen, die in Produktion wie in Büro und Verwaltung verwertet werden können. Die Bundesregierung bekräftigt diese Absicht, indem sie den Ausbau des BGJ auf 100000 Plätze bis 1982 unter dem ,,Programm zur Durchführung vordringlicher Maßnahmen zur Minde-

an." Hat man die Einheitsschule zum Ziel, dann muß man auch aktuell dafür eintreten, die gesamte Berufsausbildung der Verfügung der Kapitalisten zu entreißen und die überbetrieblichen Ausbildungsstätten der Volkskontrolle zu unterstellen.

GHK-Jugend: ,,Gemeinsam in die Zukunft"

frw. Unter dieser Losung findet am 6./7. Dezember in Ludwigshafen die 7. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff statt. Den Delegierten liegt ein Arbeitsbericht der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand über den Zeitraum von 1977 bis 1980 vor und einige Anträge und Entschließungen, nicht sehr viele. Der Arbeitsbericht behandelt folgende Themen: Personengruppenarbeit der GHK, Hauptvorstand, Bundesjugendausschuß und Beirat der GHK, Mitgliederentwicklung, Beruf und Qualifikation in der Holzwirtschaft, Holzwirtschaftsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt der 80er Jahre und Jugendvertreterwahlen. Einiges zu Mitgliederentwicklung und zu den Jugendvertreterwahlen: Mitte 1976 – 15816, Mitte 1980 – 25510 Mitglieder der GHK unter 25 Jahren. ,,Nehmen wir das Jahr 1973 mit dem nachfolgenden Schwund als Basis für den Vergleich von heute, so ergeben sich +49% für diese 7½ Jahre ..., während sich die Zahl sämtlicher Mitglieder der GHK in den betreffenden Zeitspannen um 22% bzw. um 20% erhöhte." Anteil an der Gesamtmitgliedschaft: 1976 – 13,1%, 1980 – 17,6%. 1972 wurden in 117 Betrieben 184 Jugendvertreter gewählt bei 83% Wahlbeteiligung. 1978 waren dies: 195, 258 und 81%. Von diesen 258 JV waren 71% in der GHK organisiert. Sie setzten sich aus 171 Auszubildenden, 68 Arbeitern und 19 Angestellten zusammen. Heute sind 328 Betriebsratsmitglieder unter 25 Jahre (3,9%) und 36 davon sind Betriebsratsvorsitzende.

Es liegen Anträge gegen die Energiepolitik der Bundesregierung und für die Stillegung aller Atomkraftwerke vor sowie ein Antrag, der sowohl die Abenteuerlichkeiten der USA im Iran als auch den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt, der weiterhin für Abschaffung der Gewissensprüfung bei KDV, gegen Kasernierung der Verweigerer, gegen die Pläne der Bundesregierung zur weiteren Aufrüstung, z.B. das Fregattenbauprogramm, gegen Kriegsmanöver im Indischen Ozean, gegen militaristische Supershows, für Austritt aus der Nato und den Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden eintritt. Weitere Anträge oder Entschließungen zur Berufsausbildung, z.B. die Ausbildungsvergütung zusammen mit den Lohntarifverträgen jährlich zu verhandeln, die Ausbildungsverträge mit Eintritt in das Berufsfachschuljahr abzuschließen, auch die Auszubildenden über 18 Jahre sollen unter das JArbSchG fallen. Diese Anträge sind gut, es muß aber noch einiges über Initiativanträge auf der Konferenz nachgeholt werden.

Der Arbeitsbericht arbeitet nicht die Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in der GHK heraus und gibt auch keine Einschätzung der Situation auf bezirklicher Ebene, was auch seine Aufgabe sein sollte, um die Delegierten auf der Konferenz zu entlasten. Diese müssen auf jeden Fall diese Untersuchung leisten und positive Schritte festlegen.

Antrag des Bezirks Schleswig-Holstein/Hamburg zur 7. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff

Die Delegierten der 7. Bundesjugendkonferenz mögen beschließen:
Der Bezirksjugendauschuß der GHK hat sich nach Kräften gegen die verstärkte Kriegsgefahr und die ständig steigende Aufrüstung und Militarisierung unserer Gesellschaft einzusetzen. Selten zuvor ist soviel von Krieg geredet worden. Daß es nicht nur Gerede ist, sieht man an den Abenteuerlichkeiten der USA im Iran und am Einmarsch der Russen in Afghanistan.

Der Bezirksjugenausschuß muß sich in höheren Gremien wie Bezirkstagen und auf dem nächsten Gewerkschaftstag unserer Gewerkschaft nachdrücklich aussprechen und einsetzen:

- gegen jegliche Pläne, Frauen zum Militärdienst heranzuziehen;
- gegen jegliche Verlängerung der Zivil- und Wehrdienstzeit;
- gegen die Kasernierung von Zivildienstleistenden;
- für die Abschaffung der Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer;
- gegen alle Pläne der jetzigen wie aller künftigen Regierungen zur weiteren Aufrüstung, wie z.B. des Fregattenbauprogramms;
- gegen Kriegsmanöver im Indischen Ozean;
- gegen militaristische Supershows wie die Vereidigung in Bremen und die geplante in Bonn;
- gegen die aggressiven Feldzüge wie der Amerikaner im Iran;
- Wir fordern den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO!
- Wir fordern den Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden!
- Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan!

Studienbedingungen 1980: Für ein ,,ordnungsgemäßes Studium" fehlen alle Voraussetzungen

vol. Mit 180000 Studienanfängern im Wintersemester 1980 ist der Lehrbetrieb an den Hochschulen, den Fakultäten und Abteilungen völlig überlastet. 750000 Studienplätze stehen 1,1 Mio. Studenten gegenüber. Das, was bisher als ,,vorübergehend" von Studenten, Lehrpersonal und Arbeitern und Angestellten an den Hochschulen ausgehalten werden sollte, wird durch die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung und die Kürzungen in den Länderhaushalten zum Dauerzustand. Die ,,soziale Öffnung" der Hochschulen, die die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit der Bundesregierung beschlossen hatten, entpuppt sich als Programm, nicht einmal die grundlegenden Bedingungen für ein ,,ordnungsgemäßes Studium" zu gewährleisten. Es fehlt an Räumen. An allen Universitäten sind die Anfängervorlesungen bis zur doppelten Anzahl von Studenten überfüllt. In Hamburg hat der Universitätspräsident eine durchschnittliche Überbelegung der Räume von 40% errechnet. Die Studenten müssen stehen, können die Vorlesungen nicht mitschreiben, ein Vor- oder Nacharbeiten des Gehörten wird so unmöglich. Sobald zusätzliche Lehrmittel benutzt werden müssen, z.B. bei Praktika, Sprachlabors etc., ist ein Teil der Studenten grundsätzlich ausgeschlossen oder kann der Lernstoff nicht geschafft werden.

Es fehlt an Personal. Beliebteste Kürzungsstelle sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die Tutoren und Hilfskräfte, die einen großen Teil der Seminare, Übungen und Tutorien abhalten. Die Vorlesung mit bis zu 1000 Hörern, deren geringe Lerneffektivität allgemein anerkannt ist, wird faktisch zur einzigen Lernmethode.

Es fehlt an allen Gemeinschaftseinrichtungen. Die Bücherbestände der Bibliotheken sind auf die jetzigen Studentenzahlen nicht ausgerichtet. Zum Mensaessen muß bis zu einer Stunde angestanden werden. Die Wohnungsnot hat die Fahrtzeiten der Studenten schlagartig erhöht.

Dies sind die Studienbedingungen noch ohne die Umsetzung eines einzigen ,,Sparbeschlusses" der Bundes- und Landesregierungen. Durch die Streichungen im Ausbauprogramm Hochschulen wird die Raumknappheit steigen. Durch die von Bundesbank und Finanzkapital geforderten Streichungen beim Personal der Länder werden die Stellen für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal gekürzt. Die Studenten haben auf die Ankündigung dieser Programme mit der Forderung nach Rücknahme des Sparprogramms geantwortet. In großen Demonstrationen, Streiks und Aktionstagen in Hamburg, Dortmund, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Kassel, Gießen, Frankfurt, Stuttgart, Esslingen, Lörrach, München ist der Kampf begonnen worden. Die Professoren und Universitätsleitungen haben sich diesen Aktionen angeschlossen. Die Landesregierungen versuchen wie z.B. in Hessen (s.u.) durch Streichen hier und Nachgeben dort, diese Aktionseinheit aufzubrechen. Bis jetzt ist der Ausgangspunkt der Aktionen noch die einzelne Universität. Die vds haben auf der letzten Zentralratssitzung eine Erklärung gegen die Kürzungen verabschiedet, dem müßte einheitliche Untersuchung und Planung von Gegenmaßnahmen folgen.

Hamburg. im Wintersemester 1980 haben ca. 1000 Studenten mehr als in den vergangenen Semestern angefangen zu studieren. Seit 1974 ist die Zahl der Studenten um 5500 gestiegen, die Zahl für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal gleichgeblieben. Es fehlen: 150 Wissenschaftlerstellen, um das Lehrangebot aufrechterhalten zu können; 80, um Studienreformaufgaben durchführen zu können. Die Räume sind mit 40% überbelegt. 100 Hilfskräfte und 140 Angestellte beim technischen und Verwaltungspersonal fehlen. In einzelnen Fächern werden zwischen 90 und 180% mehr Studenten unterrichtet als vorgesehen.

Bremen. Kürzungen bei Beschaffungen für Forschung und Lehre bis zu 50%, bei Studienfahrten 20%, Tutorenstellen und Hilfskraftstellen werden gekürzt. Über Gebühreneinnahmen für Nachdiplomierung und andere von den Studenten erhobene Gebühren soll ein Teil der fehlenden Ausgaben wettgemacht werden. Der Haushaltsansatz für BAföG steigt 1981 um 4,6%, demgegenüber steigt die Zahl der Studenten um 9%. Wird das veranschlagte BAföG-Volumen in Bezug zu den Studenten gesetzt, so beläuft sich die BAföG-Senkung auf 4,1%.

Nordrhein-Westfalen. Für die Universitäten ist ein ,,Null-Stellen-Plan" vorgesehen. In Dortmund werden Verwaltungsstellen der in die Uni integrierten PH nicht wieder besetzt, wenn die jetzigen Angestellten ausscheiden. Gleichzeitig werden die Ausbaupläne entweder gestoppt oder noch mehrere Jahre hinausgeschoben. Für die Universitäten bzw. Gesamthochschulen Dortmund, Essen und Duisburg, die sich noch im Aufbau befinden, bedeutet dies Ausbaustopp.

Hessen. Die Mittel für den Weiterbau der Gesamthochschule Kassel sind z.T. gestrichen. Dazu kommt ein Stellenstopp im öffentlichen Dienst, 10% aller freiwerdenden Stellen sollen nicht besetzt werden, alle freiwerdenden Stellen werden 3 Monate gesperrt. Aufgrund höherer Fluktuation an den Universitäten wirkt dies dort besonders stark. Der Minister hat jetzt aufgrund der Aktionen an den Hochschulen einen Kompromißvorschlag gemacht, der gleichzeitig die Aktionseinheit von Studenten und Personal spalten soll: Die Mittel aus den freiwerdenden Personalstellen sollen z.T. für die Aufrechterhaltung der Tutoren und Hilfskraftstellen eingesetzt werden.



Spanischkurs am Zentralen Fremdspracheninstitut der Universität Hamburg. Die Räume sind mit durchschnittlich 40% überbelegt.

Bekräftigung der Forderungen der Studenten in Hamburg und Kiel

Demonstration in Hamburg

chs. Am 3.12. fand in Hamburg eine große Demonstration von Studenten und anderen Hochschulangehörigen statt gegen die Mittelkürzungen im Hochschulbereich. Aufgerufen hatte neben den Asten auch das Unipräsidium. In dem Memorandum des Akademischen Senats der Hochschule heißt es: ,,...Die jetzt entstandene totale Überfüllung der Universität, fehlende personelle und räumliche Kapazitäten zur Deckung des elementaren Ausbildungsbedarfs sind vor allem auf den nicht hinreichenden Ausbau im Bildungsbereich, insbesondere im Hinblick auf die Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge zurückzuführen. ...Hochschulreform wird unter Beibehaltung der jetzigen materiellen Bedingungen zur Farce...Ein wesentliches Element der Hochschulreform ist die gesellschaftskritische,fortschrittliche und arbeitnehmerorientierte Reform der Studieninhalte und -formen...Die Verschärfung des bestehenden Numerus clausus ist grundsätzlich abzulehnen. Der Numerus clausus stellt eine sozial ungerechte und absolut unzureichende Mangelverwaltung dar...Um auch nur eine angemessene Personalausstattung unter ,,Höchstlastbedingungen'' zu erhalten (dies ist weit entfernt von Normalbedingungen), fehlt derzeit ein Lehrangebot von ca. 800 Semesterwochenstunden; dies entspricht etwa 150 Wissenschaftlerstellen – hinzu kommt der entsprechende Mangel an Begleitpersonal...'' Gefordert wird weiterhin der Neubau von Studentenwohnheimen mit mindestens 1200 Wohnheimplätzen entsprechend dem Förderungsplan des Bundes und der Länder für den Studentenwohnraum zur mittelfristigen Verbesserung der Wohnsituation!

Auf der Demonstration wurde das Vorhaben der Bundesregierung, die BaföG-Zahlungen einzufrieren und 1981 nicht zu erhöhen, angegriffen und die Erfüllung der GEW-Forderung nach Erhöhung des Förderungshöchstsatzes auf 750 DM und des Elternfreibetrages auf 1500 DM gefordert.

Während dem AStA der Fachhochschule Hamburg gerade die Finanz- und Wahlordnung vom Senat gebilligt wurde, muß der AStA der Universität Kiel gegen eine Prozeßwelle kämpfen, die gegen ihn wegen Wahrnehmung des politischen Mandats von den CDU-Studenten (RCDS) und dem Universitätspräsidium angestrengt wird. In der Resolution der Uni-Vollversammlung der Kieler Universität heißt es zu diesem Punkt: ,,1) Die Studenten sind Mitglieder dieser Gesellschaft und haben daher selbstverständlich das Recht, auch über ihre Vertretungsorgane zu gesellschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen. 2) Es ist ein besonderer Skandal, daß das Verwaltungsgericht Schleswig in seinem Urteil die Meinung vertritt, Studenten seien nicht von den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Lehrinhalten betroffen. Der §218 stellt im medizinischen und juristischen Fachbereich einen wichtigen Lehrstoff dar, nach der Argumentation des VG Schleswig sollen die Organe der verfaßten Studentenschaft aber zu diesem Themenkomplex nichts sagen dürfen. Zur Frage der Nordseeindeichung in Nordfriesland sollen dementsprechend weder die Fachschaft Biologie noch der AStA eine Meinung abgeben dürfen, über Arzneimittelversuche haben die medizinischen Fachschaften ebenso wie der AStA zu schweigen, zur Atomtechnologie darf weder von der Fachschaft Physik noch vom AStA etwas gesagt werden, die Fachschaft Agrar darf sich ebensowenig wie der AStA zum Kalbfleischskandal äußern.''



Zum Abschluß der Aktionstage an den Hamburger Hochschulen wurde eine Demonstration durchgeführt, an der nach Angaben des Uni-AStA 10000 teilnahmen.

Die Vollversammlung in Kiel erklärte weiter, daß die verfaßte Studentenschaft selbstverständlich das Recht haben müßte, zu sagen, wo das Geld herkommen muß für den Ausbau der Hochschulen, Wohnheime und BaföG-Zahlungen. Es ist in der Studentenbewegung unbestritten, daß die Geldforderungen gegen das Kapital, gegen Subventionen, Rüstungsaufträge und Zinszahlungen an die Banken gerichtet werden müssen. Die Studentenbewegung arbeitet mit der Gewerkschaftsbewegung zusammen. Hier tut sich auch ein Widerspruch auf zu den anderen ,,Hochschulvertretern'', die soviel ,,Verständnis'' für die Forderungen der Studenten äußern. Der Hamburger Wissenschaftssenator Sinn z.B. forderte direkt Steuererhöhungen; ähnlich äußerte sich auch Uni-Präsident Fischer-Appelt unter dem Stichwort ,,Solidarität der Generationen''. Die Studenten freuen sich, wenn sie einen Uni-Präsidenten oder gar einen Senator für ihre Forderungen in Gang setzen können. Deren Standpunkt übernehmen sie deshalb noch lange nicht.

,,Behandlung'' statt ,,Verwahrung''

Verfolgung der Jugendkriminalität / Ausbau der Gefängnisse

reb. Nachdem vor ca. 4 Jahren mit dem neuen Strafvollzugsgesetz die Abkehr vom ,Bewahrungsvollzug' zum ,Behandlungsvollzug' proklamiert wurde, bleibt die Entwicklung der Jugendkriminalität weiterhin steigend. 1979 verzeichnet die Kriminalstatistik von Schleswig-Holstein 23153 Tatverdächtige. Das bedeutet einen Anstieg gegenüber 1970 von 50,8%. 1970 waren 33,7% aller Tatverdächtigen unter 21 Jahre. Bis 1979 stieg ihr Anteil auf 38,5%. Innerhalb der Jugendkriminalität waren 1979 59,4% aller Delikte Eigentumsdelikte (1970/56,6%), womit bereits über die Hälfte aller Eigentumsdelikte in S.-H. von Jugendlichen unter 21 Jahre verübt werden. Dagegen hat S.-H. mit 38,4% die schlechteste Aufklärungsquote aller Bundesländer. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 44,7%.

Mit verschiedenen ab 1.12.80 gültigen Maßnahmen von Innenminister Barschel soll die Verfolgung jugendlicher Straftaten deshalb weiter intensiviert werden. – Bei den Kriminalpolizeidirektionen werden Zentralstellen eingerichtet die ,,im Rahmen der notwendigen ganzheitlichen Bekämpfungsstrategie vor allem Schul-, Jugend- und Ordnungsbehörden sowie anderen im Bereich der Jugendarbeit tätigen Institutionen beratend zur Verfügung stehen.'' Ziel dieser Maßnahme soll eine verstärkte Einbeziehung der Lehrer, Sozialarbeiter, Erzieher, also solcher Personen sein, die häufig straffällig gewordenen Jugendlichen eine Unterstützung geben können, ohne daß diese gleich in die Mühlen der Justiz geraten.

– Statt der Verfolgung der Jugenddelikte durch besondere Abteilungen der Kriminalpolizei soll diese Aufgabe jetzt allen Polizeidienststelllen des Landes übertragen werden, was die ohnehin überlasteten Polizeibeamten noch weiter belasten wird.

Ab 1981 soll die Jugendstrafanstalt Moltsfelde bei Neumünster mit 350 Plätzen gebaut werden, nachdem bereits im September der Anbau der JVA Neumünster für weitere 51 Gefangene fertiggestellt wurde. Moltsfelde wird als beispielhaft für den auf ,Resozialisierung' ausgerichteten Strafvollzug gepriesen. Auf einem ca. 10 ha großen Gelände entstehen in ,aufgelockerter Weise fünf Wohnhäuser', untergliedert in Wohngruppen. Die Einzelzellen sind tagsüber unverschlossen, ,,soweit nicht Sicherheitsgesichtspunkte entgegenstehen''. Dazu kommen zwei Gemeinschaftsräume, pro Haus ein Sozialarbeiter, ein Schulbereich mit Haupt-, Real- und Sonderschule, Produktions- und Lehrwerkstätten, Räume für Freizeitgestaltung und Seelsorge sowie ein Sportplatz. Justizminister Claussen kommt es dabei auf ,,eine differenzierte Gestaltung des Strafvollzugs'' an. Vom Verschlußhäftling bis zum Freigänger ist alles vorhanden. Die Vergünstigungen sind nicht für alle und werden nach dem Grad der ,,sozialen Anpassung'' verteilt, und die mißt sich in der Hauptsache immer noch an der Bereitschaft, seine Arbeitskraft zu verkaufen, als Existenzgrundlage für ein ,,Leben in der Freiheit''.

Wetzel, Staatssekretär im Innenministerium sieht das Arbeitskräftepotential von 1700 Gefangenen, das man in einem ,,behandelnden Vollzug'' freisetzen kann. ,,Ob Wäschklammern, Einkaufstaschen, Sportbälle oder Kutschen hergestellt werden, der Arbeitsmarkt hinter Gittern soll den Verhältnissen außerhalb der Vollzugsanstalten angepaßt sein. So kündigte Wetzel auch eine Umstellung von der Hand- auf die Bandarbeit an.''(KN, 5.9.80) Dagegen, daß im Gefängnis gearbeitet wird, braucht man sich nicht zu verwahren. Verwahren muß man sich dagegen, daß Gefangenen keine gewerkschaftlichen Rechte besitzen und 5% des durchschnittichen Industrielohns bekommen, statt wie in jeder normalen Fabrik bezahlt zu werden. Auch der resozialisierende Jugendvollzug hat bestimmte Verbesserungen geschaffen. Der Landesregierung dient er zum Vorzeigen und zum Spalten der Gefangenen. Wenn alle Gefangenen auf ihn einen Anspruch hätten, wäre er ein Fortschritt. Ohne diesen Anspruch kann der ,,Behandlungsvollzug'' allerdings auch zu einer schärferen, wenn auch schwerer durchschaubaren Form der Unterdrückung führen. So sind die Selbstmordversuche in schleswig-holsteinischen Gefängnissen von 3 (1978) auf 12 (1979) und die gelungenen Selbstmorde von 2 auf 4 gestiegen.

Privates Diagnoselabor in Lübeck

ÖTV gegen Privatisierung des Gesundheitswesens

maj./beb. Ohne Diskussion wurde am 27.11. in der Lübecker Bürgerschaft mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD beschlossen, daß im neuen kommunalen Krankenhaus ein privates Diagnoselabor eröffnet wird. Das Labor soll dem Facharzt und FDP-Schützling Dr. Lippelt, der in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Lübecker Ärzte das Zentrallabor betreibt, übertragen werden. Es handelt sich für die BRD um den erstmaligen Versuch, einen so zentralen Teil eines öffentlichen Krankenhauses zu privatisieren.

Auf einer von der ÖTV deswegen einberufenen außerordentlichen Kreisdelegiertenversammlung begründeten der Vorsitzende des Krankenhausausschusses, Uth genannt, sowie Sozialsenator Kaske (beide CDU) diesen Plan damit, daß ein Gutachten der MHL Hannover ergeben hätte, daß ein privates Labor um eine halbe Million DM jährlich billiger arbeiten würde, was im Interesse der Kostendämpfung zu begrüßen sei. Stellenplanstreichungen, übermäßige Ausdehung der Arbeitszeit der Schwestern und Ärzte, unzureichende Versorgung der Patienten sind nur einige Methoden, die bereits gegenwärtig zur ,,Kostendämpfung'' praktiziert werden. Sicher kann ein privater Unternehmer, der nicht an die von der Gewerkschaft durchgesetzten Tarife im Öffentlichen Dienst gebunden ist, in dieser Richtung noch erheblich mehr einsparen. Seit 1977 wird z.B. ein erheblicher Teil der Reinigungsarbeiten in der Medizinischen Hochschule Lübeck (MHL) von einer Privatfirma ausgeführt, auch billiger, weil die dort beschäftigten Hausfrauen zu Hungerlöhnen und ohne jede soziale Absicherung arbeiten müssen. Davon abgesehen wird durch die Existenz verschiedener Arbeitgeber die Einheit der Kollegen geschwächt. Gegen diese ,,Kostendämpfung'' wandte sich Ulrike Peretzki vom ÖTV-Hauptvorstand entschieden: ,,Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Personal!'' Ein weiterer wesentlicher Grund für den Privatisierungsplan wurde vom ÖTV-Bezirksleiter Schmalbach auf der Versammlung angeführt. Das Labor verspreche als einziger Bereich des Krankenhauses Gewinn für den Betreiber. Wenn das Labor aus dem Gesamtbereich des Krankenhauses herausgenommen würde, verblieben unter der Federführung der Stadt nur noch die Bereiche mit hohen Verlusten.

Wenn die bürgerlichen Parteien auf der Bürgerschaft auch bestrebt waren, die öffentliche Diskussion über diese Fragen möglichst zu umgehen, zeigt doch nicht nur die Versammlung der ÖTV, daß die Arbeiterbewegung und demokratische Bewegung zunehmend ihre Interessen am Gesundheitswesen formulieren. Als Ministerpräsident Stoltenberg am 4.12. eigens gekommen war, um den Grundstein für das neue Kommunale Krankenhaus zu legen, sah er sich mit der Demonstration einer Bürgerinitiative gegen die geplante Schließung des Agnes-Karell-Krankenhauses in Bad Schwartau und der – wie er sich ausdrückte – ,,auch in Lübeck sehr intensiv geführten Diskussion über die Krankenhausbedarfsplanung'' konfrontiert.

Semesterwochenstunden; dies entspricht etwa 150 Wissenschaftlerstellen – hinzu kommt der entsprechende Mangel an Begleitpersonal...'' Gefordert wird weiterhin der Neubau von Studentenwohnheimen mit mindestens 1200 Wohnheimplätzen entsprechend dem Förderungsplan des Bundes und der Länder für den Studentenwohnraum zur mittelfristigen Verbesserung der Wohnsituation!

Auf der Demonstration wurde das Vorhaben der Bundesregierung, die

Themenkomplex nichts sagen dürfen. Zur Frage der Nordseeindeichung in Nordfriesland sollen dementsprechend weder die Fachschaft Biologie noch der AStA eine Meinung abgeben dürfen, über Arzneimittelversuche haben die medizinischen Fachschaften ebenso wie der AStA zu schweigen, zur Atomtechnologie darf weder von der Fachschaft Physik noch vom AStA etwas gesagt werden, die Fachschaft Agrar darf sich ebensowenig wie der AStA zum Kalbfleischskandal äußern.''

soviel ,,Verständnis'' für die Forderungen der Studenten äußern. Der Hamburger Wissenschaftssenator Sinn z.B. forderte direkt Steuererhöhungen; ähnlich äußerte sich auch Uni-Präsident Fischer-Appelt unter dem Stichwort ,,Solidarität der Generationen''. Die Studenten freuen sich, wenn sie einen Uni-Präsidenten oder gar einen Senator für ihre Forderungen in Gang setzen können. Deren Standpunkt übernehmen sie deshalb noch lange nicht.

38,5%. Innerhalb der Jugendkriminalität waren 1979 59,4% aller Delikte Eigentumsdelikte (1970/56,6%), womit bereits über die Hälfte aller Eigentumsdelikte in S.-H. von Jugendlichen unter 21 Jahre verübt werden. Dagegen hat S.-H. mit 38,4% die schlechteste Aufklärungsquote aller Bundesländer. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 44,7%.

Mit verschiedenen ab 1.12.80 gültigen Maßnahmen von Innenminister Barschel soll die Verfolgung jugendlicher Straftaten deshalb weiter intensiviert werden. – Bei den Kriminalpolizeidirektionen werden Zentralstellen eingerichtet die ,,im Rahmen der notwendigen ganzheitlichen Bekämpfungsstrategie vor allem Schul-, Jugend- und Ordnungsbehörden sowie anderen im Bereich der Jugendarbeit tätigen Institutionen beratend zur Verfügung stehen.'' Ziel dieser Maßnahme soll eine verstärkte Einbeziehung der Lehrer, Sozialarbeiter, Erzieher, also solcher Personen sein, die häufig straffällig gewordenen Jugendlichen eine Unterstützung geben können, ohne daß diese gleich in die Mühlen der Justiz geraten.

– Statt der Verfolgung der Jugenddelikte durch besondere Abteilungen der Kriminalpolizei soll diese Aufgabe jetzt allen Polizeidienststelllen des Landes übertragen werden, was die ohnehin überlasteten Polizeibeamten noch weiter belasten wird.

Ab 1981 soll die Jugendstrafanstalt

vollzugs'' an. Vom Verschlußhäftling bis zum Freigänger ist alles vorhanden. Die Vergünstigungen sind nicht für alle und werden nach dem Grad der ,,sozialen Anpassung'' verteilt, und die mißt sich in der Hauptsache immer noch an der Bereitschaft, seine Arbeitskraft zu verkaufen, als Existenzgrundlage für ein ,,Leben in der Freiheit''.

Wetzel, Staatssekretär im Innenministerium sieht das Arbeitskräftepotential von 1700 Gefangenen, das man in einem ,,behandelnden Vollzug'' freisetzen kann. ,,Ob Wäschklammern, Einkaufstaschen, Sportbälle oder Kutschen hergestellt werden, der Arbeitsmarkt hinter Gittern soll den Verhältnissen außerhalb der Vollzugsanstalten angepaßt sein. So kündigte Wetzel auch eine Umstellung von der Hand- auf die Bandarbeit an.''(KN, 5.9.80) Dagegen, daß im Gefängnis gearbeitet wird, braucht man sich nicht zu verwahren. Verwahren muß man sich dagegen, daß Gefangenen keine gewerkschaftlichen Rechte besitzen und 5% des durchschnittichen Industrielohns bekommen, statt wie in jeder normalen Fabrik bezahlt zu werden. Auch der resozialisierende Jugendvollzug hat bestimmte Verbesserungen geschaffen. Der Landesregierung dient er zum Vorzeigen und zum Spalten der Gefangenen. Wenn alle Gefangenen auf ihn einen Anspruch hätten, wäre er ein Fort-

Privates Diagnoselabor in Lübeck

ÖTV gegen Privatisierung des Gesundheitswesens

maj./beb. Ohne Diskussion wurde am 27.11. in der Lübecker Bürgerschaft mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD beschlossen, daß im neuen kommunalen Krankenhaus ein privates Diagnoselabor eröffnet wird. Das Labor soll dem Facharzt und FDP-Schützling Dr. Lippelt, der in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Lübecker Ärzte das Zentrallabor betreibt, übertragen werden. Es handelt sich für die BRD um den erstmaligen Versuch, einen so zentralen Teil eines öffentlichen Krankenhauses zu privatisieren.

Auf einer von der ÖTV deswegen einberufenen außerordentlichen Kreisdelegiertenversammlung begründeten der Vorsitzende des Krankenhausaus-

der Schwestern und Ärzte, unzureichende Versorgung der Patienten sind nur einige Methoden, die bereits gegenwärtig zur ,,Kostendämpfung'' praktiziert werden. Sicher kann ein privater Unternehmer, der nicht an die von der Gewerkschaft durchgesetzten Tarife im Öffentlichen Dienst gebunden ist, in dieser Richtung noch erheblich mehr einsparen. Seit 1977 wird z.B. ein erheblicher Teil der Reinigungsarbeiten in der Medizinischen Hochschule Lübeck (MHL) von einer Privatfirma ausgeführt, auch billiger, weil die dort beschäftigten Hausfrauen zu Hungerlöhnen und ohne jede soziale Absicherung arbeiten müssen. Davon abgesehen wird durch die Existenz verschiedener Arbeitgeber die

Das Labor verspreche als einziger Bereich des Krankenhauses Gewinn für den Betreiber. Wenn das Labor aus dem Gesamtbereich des Krankenhauses herausgenommen würde, verblieben unter der Federführung der Stadt nur noch die Bereiche mit hohen Verlusten.

Wenn die bürgerlichen Parteien auf der Bürgerschaft auch bestrebt waren, die öffentliche Diskussion über diese Fragen möglichst zu umgehen, zeigt doch nicht nur die Versammlung der ÖTV, daß die Arbeiterbewegung und demokratische Bewegung zunehmend ihre Interessen am Gesundheitswesen formulieren. Als Ministerpräsident Stoltenberg am 4.12. eigens gekommen war, um den Grundstein für das neue

Gebühren hin, Tarife her – der Bürger soll zahlen

abc. Oberbürgermeister Luckhardt hat anläßlich der Eröffnung der Tiefgarage vor der Ostseehalle erklärt, daß es entsprechend dem Generalsverkehrsplan in der Kieler Innenstadt bald keine kostenlosen Dauerparkplätze mehr geben wird. Die 3500 noch öffentlich zugänglichen Dauerparkplätze sollen in zeitlich begrenzte, gebührenpflichtige Parkplätze verwandelt werden. Die Stadt will mit ihrer ,Parkraumpolitik' dem Wirtschafts- und Einkaufsverkehr in der Innenstadt freie Bahn schaffen. Die in der Stadt arbeitenden Menschen, sog. Berufspendler, sollen durch Entzug der Dauerparkplätze zum Umstieg auf das teure, zeitraubende und unbequeme Angebot der KVAG gezwungen werden. Da mit Widerstand zu rechnen ist, soll der ruhende Verkehr stärker als bisher überwacht werden, was nichts anderes heißt als mehr Strafzettel, um bei Stadt und KVAG die Einnahmen zu verbessern. Oberbürgermeister Luckhardt ist mit dem Slogan ,,mehr Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe'' der Stadtverwaltung sein Amt angetreten. Eine seiner ersten Amtshandlungen zeigt bereits, wie ernst er dieses Versprechen meint. Als Hinhaltetaktik der Stadt zeigt sich jetzt auch das Versprechen gegenüber den bei der Stadt beschäftigten Kollegen. Auf die heftige Kritik über mangelnde Parkplätze auf den letzen Personalversammlungen wurde immer wieder auf die Fertigstellung der Tiefgarage verwiesen, wo die Stadt ihren Beschäftigten Parkraum zur Verfügung stellen wollte. Der Stadt ist dies jetzt zu teuer.

DGB: eigene Forschungsschwerpunkte für TU Harburg

cld. Im Oktober war der Vertreter des DGB aus Protest gegen die einseitige Ausrichtung der Forschungsschwerpunkte der neuen TU Harburg an den Interessen der Kapitalisten aus dem Gründungssenat ausgeschieden. Der Gründungssenat hatte damals mit seiner Mehrheit beschlossen, daß der Lehrstuhl ,,Arbeitswissenschaft'' nur die Fragen der Ergonomie, d.h. der Arbeitsplatzgestaltung unter dem Gesichtspunkt des Herauspressens von mehr Arbeit zu untersuchen hat. Der Lehrstuhl ,,Umweltschutz'' wurde auf die Frage der Umweltschutztechnik, d.h. der Verbesserung und Verbilligung von technischen Anlagen zur Reduzierung der Umweltverschmutzung durch die Kapitalisten, eingeschränkt. Der DGB hat daraufhin seinen Vertreter aus dem Gründungssenat abgezogen und in der Öffentlichkeit gegen diese Ausrichtung der TU protestiert. Jetzt wurde auf dem Hochschulpolitischen Kongreß des DGB Ende letzter Woche bekannt, daß der Senat eine Änderung der Lehrstuhlbeschreibung im Sinne des DGB vorgenommen hatte. Wissenschaftssenator Sinn gab weiterhin bekannt, daß der Lehrstuhl ,,Arbeitswissenschaft'', wie auch andere Lehrstühle, sich explizit mit den Konsequenzen ihrer Forschung und ihrer Ergebnisse für die betroffenen Arbeiter und Angestellten auseinandersetzen sollen. Der Lehrstuhl ,,Umweltschutztechnik'' wurde auf Umweltschutz allgemein ausgedehnt.

Teilstillegung bei DESY

Die Teilstillegung beruht auf der Kürzung und Nichterhöhung der Betiebsmittelgelder durch den Bund. Der Bund trägt 90% der Kosten für DESY, Hamburg 10%. DESY hatte 1980 bisher einen Stromverbrauch von 195 GigaWh, deren Kostenansatz auf Basis der Stromtarife der HEW von 1978 berechnet waren. Der Bund verweigert jetzt die Zahlung der Tariferhöhungen der HEW. Außerdem hat er die Betriebsmittel pauschal um 1,5 Millionen DM gekürzt. Stellungnahme von Sinn: ,,Die Tariferhöhungen waren sicher zu erwarten ... Hamburg kann die Kürzungen des Bundes nicht auffangen.''

Fortfall von Entwicklungsberichten

Die ,,Verwaltungsanordnung über die Anfertigung von Entwicklungsberichten über die Schüler in den allgemeinbildenden Schulen'' (Verwaltungshandbuch 01.16.02). Bisher mußten in den Klassen 4, 6 und H8 bzw. R9 Entwicklungsberichte geschrieben werden. Diese Berichte sollen ursprünglich insbesondere zum Ende der Grundschulzeit bei der Ausleseprüfung von der Prüfungskommission zur Stützung ihres Gutachtens für die zukünftige Schullaufbahn des Kindes herangezogen werden. Inzwischen sind die Ausleseprüfungen entfallen. Die Zeugnisse und Berichte der Grundschule geben einen ausreichenden Überblick über die Leistungen der Schüler.

,,Nach Auffassung der Behörde ist es sinnvoller, die Arbeitskapazität, die für die Entwicklungsberichte aufgewendet wird, besser für die durch nichts zu ersetzende direkte vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule zu nutzen.''

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 4036794, BLZ 20040000.



Am 6.12.80 fand in Hamburg eine Großveranstaltung der norddeutschen IG-Metall Jugend statt.

Auftakt zur verstärkten Plünderung

Erhöhung der Strompreise in Kiel

wiv. Auf ihrer nächsten Versammlung sollen die Kieler Ratsherren über die Erhöhung der Wasserpreise beschließen. Geplant ist die Verteuerung eines m³ von 1,15 auf 1,30 DM bzw. um 13%. Die Grundpreise sollen nicht erhöht werden. Unter der Hand wurden überdies Preiserhöhungen für Strom, Gas und Fernwärme für das Jahr 1981 angekündigt.

Dabei sind die Strompreise für die Haushalte erst zum 1.7.80 um „maßvolle", wie es heißt, 5,9% erhöht worden. *Vor* Inkrafttreten verkündete der Vorstandsvorsitzende der Versorgung und Verkehr Kiel GmbH, Barow: „Wenn die Ölscheichs nicht wieder verrückt spielen, werden wir mit der Preiserhöhung bis Ende 81 hinkommen." (Umschau am Abend, 7.3.) Ende November trat er vor der SPD-Ratsherrenfraktion auf und berichtete: „Eine Verteuerung von Gas und Strom im Laufe des nächsten Jahres scheint *unvermeidbar* zu sein." (KN, 26.11.)

Die plumpe Hetze gegen die OPEC-Staaten sticht ins Auge. Mal unabhängig davon, daß deren Preiserhöhungen nur allzu gerecht sind, weil sie sich gegen die Ausplünderung ihrer Bodenschätze für einen Appel und ein Ei durch die Ölkonzerne richtet, ist das auch sachlich falsch. Der Primärenergieeinsatz zur Stromproduktion sieht gegenwärtig so aus: Ruhrkohle 53%, Importkohle 18% (mit steigender Tendenz, weil nur halb so teuer wie Ruhrkohle), Erdgas 18% und schweres Heizöl 5% (mit weiter sinkender Tendenz).

Es hat also einen Ausbau der billigen Energieträger gegeben. Vor allem will die VVK auf die polnische Importkohle setzen. Als die Stadtwerke jetzt ein Telegramm aus Polen erhielten, daß 1980 kein Kohlefrachter mehr käme, weil das polnische Volk seine Kohle verstärkt selber benötige, hieß es: „Aber es gibt auch noch den erst im Oktober zugesagten 1,2-Milliarden-DM-Kredit der Bundesrepublik an Polen, von dem 400 Millionen DM in Kohle zurückzuzahlen sind. Wobei Polen die Verpflichtung einging, noch größere Mengen zur Kredittilgung anzubieten." (KN, 29.11.)

Neben der zielstrebigen Schaffung solcher Abhängigkeiten auf Kosten des polnischen Volkes wird aber auch der Fernwärmeeinsatz (zu Heizzwecken) über die Müllverbrennungsanlage ausgebaut. Hier wittern die Stadtwerke hohe Profite, weil sie für den Primärenergieträger Müll praktisch nichts zahlen, sondern die Kieler Bevölkerung über die Müllabfuhrgebühren zur Kasse bitten.

Die Preistreiberei hängt vor allem damit zusammen, daß die Eigentümerin der VVK, die Stadt Kiel, mit dem Profit aus diesem Monopolunternehmen ihren Haushalt aufbessern will. In dem „Schlechten Jahr" 1979 wurde ein Überschuß von 1,2 Mio. DM erwirtschaftet und der Bilanzverlust von 15,6 auf 14,4 Mio. DM gesenkt. *Vorher* (und als Kosten verbucht) wurden wiederum 20 Mio. DM als „Konzessionsabgabe" an die Stadt abgeführt. „Da der Landesrechnungshof erneut eine ‚geeignete Tarifgestaltung zur Konsolidierung der Finanzkraft' empfahl, ...wird ...eine gewisse Verteuerung bei der Kieler Strom- und Fernwärmeversorgung hingenommen werden müssen", hieß es am 30.8. in der KN. Das soll sich allerdings erst noch zeigen!

IGM-Jugend kämpft für Manteltarifvertrag

Großveranstaltung der IG-Metall am 6.12.80 in Hamburg

edd. Seit mehreren Jahren verschleppen die norddeutschen Metallkapitalisten die Verhandlungen um einen Manteltarifvertrag V für Auszubildende. Die IGM hatte u.a. gefordert: „Bezahlung aller Ausbildungskosten, Übernahme in die II. Stufe." Um für diese Forderungen und die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen den Kampf zu organisieren, hat die IGM Jugend beschlossen, die Großveranstaltung der IGM Jugend im Bezirk Hamburg (Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordw.Niedersachsen) dafür zu nutzen. In den Betrieben in Hamburg fanden in der letzten Woche Jugendversammlungen statt, auf denen über die Forderungen der IGM beraten wurde. Eine Resolution wurde auf verschiedenen Jugendversammlungen verabschiedet, die die IGM Forderungen bekräftigt, die die IGM Jugendgruppen in der 1. Nummer ihrer neuen Jugendzeitung LEHMANN vorgeschlagen hatten. Die Auszubildenden wandten sich gegen das Lohndiktat von Gesamtmetall. Auf der Jugendversammlung von AEG konnte verhindert werden, daß die Vertreter der AEG-Kapitalisten und der Geschäftsleitung die Diskussion um die Tarifbewegung und einen Film, der dazu gezeigt werden sollte, verbieten. So wurde wie hier auf verschiedenen Jugendversammlungen die Einheit für die Tarifbewegung gestärkt.

Betriebsjugendgruppen der IGM führten so bei AEG, MBB u.a. Fragebogenaktionen zur Untersuchung der Frage durch, was für die Auszubildenden gefordert werden muß. Die Beschlußlage dazu in den Vertrauenskörpern liegt zwischen 100 DM und 150 DM und Anbindung an 50% des Ecklohns (AEG VK). Die im Rahmen des Jugendmonats stattfindende Veranstaltung der IGM Jugend im Audi Max stand zum ersten Mal seit Jahren in engem Zusammenhang mit dem Kampf der Auszubildenden. IGM Jugendgruppen nutzen sie so zur Stärkung des Zusammenschlusses gegen die Kapitalisten. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Müllner begrüßte die jungen Kolleginnen und Kollegen und betonte, daß die Fragen der Ausbildung und der Auszubildenden ein wichtiger Teil des gesamten Kampfes der IG Metall sind. Die Vorbereitung der Veranstaltung mit einer Aktionswoche in den Metallbetrieben hat die Diskussion um die Frage, welche Forderungen aufgestellt werden sollen für Auszubildende, und daß diese in ihrem Kampf unterstützt werden müssen, sicherlich gefördert.

Die Verbindung zwischen der IGM Jugend und der gesamten Organisation wurden mehr gefestigt als letztes Jahr in der Vorbereitung der Tarifbewegung. Sicherlich ist das auch der Grund dafür, warum sich der Geschäftsführer der metallindustriellen Arbeitgeberverbände auf Jugendversammlungen wie bei AEG N4 begibt, um die wachsende Einheit und den Zusammenschluß zu behindern. Dies ist jedoch in keinem Betrieb gelungen. Deutlich wurde, daß die IGM Jugend für ihre Forderungen breite Unterstützung unter allen Auszubildenden der Großbetriebe in Hamburg hat.

Die Veranstaltung im Jugendmonat war ein Kampfschritt für einen „besseren MTV Anhang V". Sowohl der Aufbau einer eigenen Jugendzeitung als auch die breite Diskussion in den Betrieben über die Ausbildungsforderungen hat die IGM Jugend gestärkt aus dem Jugendmonat der IGM hervorgehen lassen. Das sind günstige Bedingungen für den Tarifkampf 1981.

Inspektion der IG-Metall bei der Innung

Schlechte Ausbildungsbedingungen in den überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten

ebn Die zunehmende Arbeitsteilung führt im Metallhandwerk dazu, daß sich die meisten Betriebe immer mehr spezialisieren. Damit ihre Auszubildenden auch die Tätigkeiten lernen, die in den Betrieben nicht mehr anfallen, werden sie für einige Wochen in die überbetriebliche Ausbildungswerkstatt der Metall-Innung gesteckt.

Die Innungen versuchen dabei, vor allem dort Kosten zu sparen, wo es ausschließlich zum Nachteil der Auszubildenden ist: in den Pausen-, Umkleide- und Sanitärräumen.

Diesen Umstand hat sich die IG-Metall im Rahmen ihres Jugend-Monats vor allem erst einmal vorgenommen. Die IGM-Jugend hat zunächst untersucht, wieweit die Verhältnisse in der Innungswerkstatt überhaupt den Mindest-Anforderungen der Arbeitsstätten-Richtlinien entsprechen. Die Arbeitsstätten-Richtlinien enthalten eine Reihe von wichtigen Vorschriften zum Schutz der Arbeiter, die jedoch in den meisten Fällen nur eingehalten werden müssen „soweit baulich möglich". Trotzdem kam bei diesem Vergleich allerhand heraus. Hier einige Beispiele:

Die Umkleideschränke in der Innungswerkstatt sind eigentlich nur Gepäckschließfächer von 30 × 80 × 50 cm, und abschließbar sind sie auch nicht. In einem dieser Fächer muß man alles verstauen: Blaumann, Straßenkleidung, Unterwäsche, Schuhe, Mantel und Butterbrot. Hat es z.B. morgens auf dem Weg zur Werkstatt geregnet, schlägt einem nach der Arbeit feucht-dumpfer Modergeruch aus seinem Fach entgegen.

Nach den Arbeitsstätten-Richtlinien sind vorgeschrieben: abschließbare Schränke von mindestens 60 × 50 × 180 cm.

Nach den Arbeitsstätten-Richtlinien soll auch pro Kleiderablage mindestens ½ m² freie Bodenfläche sein. In der Innungswerkstatt sind aber nur etwa ¼ m² Platz. Es sollen sich also 4 Personen auf 1 m½ umziehen.

Obwohl die Innungswerkstatt auch gemischte Kurse für Frauen und Männer ausbildet, gibt es keinen Frauen-Umkleideraum. Die Frauen sollen sich auf dem Frauenklo umziehen, wobei die freie Bodenfläche pro Person meistens noch kleiner ist als in den Umkleideräumen.

Weder in den Umkleideräumen noch in den Waschräumen existieren Spiegel, Handtuch oder Seife, obwohl nach den Arbeitsstätten-Richtlinien Seifenspender und Warmlufttrockner oder Papierhandtücher oder Textilhandtuch-Automaten vorgeschrieben sind.

Diese Verhältnisse hat die IGM-Jugend in einem Extrablatt ihrer Jugendzeitung „Lehmann" veröffentlicht, welches sie am „Tag der offenen Tür" der Metall-Innung an die besuchenden Schulklassen verteilte.

In der letzten Woche hat dann der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Hamburg, Engelmann, die Innungswerkstatt inspiziert. Diese Inspektion hat in kürzester Zeit zu Ergebnissen geführt. Bereits jetzt ist mit Umbauarbeiten begonnen worden, um als erstes einen Frauen-Umkleideraum einzubauen.

Die Berufsausbildung liegt heute noch in den Händen der Kapitalistenverbände. Die Gewerkschaften können höchstens mal derartige Inspektionen durchführen und damit sehr groben Ausbildungsmängeln oder unzumutbaren Bedingungen wie in der Innungswerkstatt entgegenwirken. Die Gewerkschaften fordern darum schon seit langem, daß die Berufsausbildung aus den Händen der Kammern genommen werden muß und gewerkschaftlicher Kontrolle unterworfen werden muß.

Kampferfolg gegen

– durch Satzungen allgemeinen Anschluß- und Benutzungszwang zu

reich der Fa. Boehringer liegen", gefordert. Weiter wurde die Einstellung

hauptsächlich das fehlende Spezialpersonal. Sozialminister Braun dagegen

angekündigt.

Dabei sind die Strompreise für die Haushalte erst zum 1.7.80 um „maßvolle", wie es heißt, 5,9% erhöht worden. *Vor* Inkrafttreten verkündete der Vorstandsvorsitzende der Versorgung und Verkehr Kiel GmbH, Barow: „Wenn die Ölscheichs nicht wieder verrückt spielen, werden wir mit der Preiserhöhung bis Ende 81 hinkommen." (Umschau am Abend, 7.3.) Ende November trat er vor der SPD-Ratsherrenfraktion auf und berichtete: „Eine Verteuerung von Gas und Strom im Laufe des nächsten Jahres scheint *unvermeidbar* zu sein." (KN, 26.11.)

Die plumpe Hetze gegen die OPEC-Staaten sticht ins Auge. Mal unabhängig davon, daß deren Preiserhöhungen nur allzu gerecht sind, weil sie sich gegen die Ausplünderung ihrer Bodenschätze für einen Appel und ein Ei durch die Ölkonzerne richtet, ist das auch sachlich falsch. Der Primärenergieeinsatz zur Stromproduktion sieht gegenwärtig so aus: Ruhrkohle 53%, Importkohle 18% (mit steigender Tendenz, weil nur halb so teuer wie Ruhrkohle), Erdgas 18% und schweres Heizöl 5% (mit weiter sinkender Tendenz).

Es hat also einen Ausbau der billigen Energieträger gegeben. Vor allem will die VVK auf die polnische Importkohle setzen. Als die Stadtwerke jetzt ein

len die Verpflichtung einging, noch größere Mengen zur Kredittilgung anzubieten." (KN, 29.11.)

Neben der zielstrebigen Schaffung solcher Abhängigkeiten auf Kosten des polnischen Volkes wird aber auch der Fernwärmeeinsatz (zu Heizzwecken) über die Müllverbrennungsanlage ausgebaut. Hier wittern die Stadtwerke hohe Profite, weil sie für den Primärenergieträger Müll praktisch nichts zahlen, sondern die Kieler Bevölkerung über die Müllabfuhrgebühren zur Kasse bitten.

Die Preistreiberei hängt vor allem damit zusammen, daß die Eigentümerin der VVK, die Stadt Kiel, mit dem Profit aus diesem Monopolunternehmen ihren Haushalt aufbessern will. In dem „Schlechten Jahr" 1979 wurde ein Überschuß von 1,2 Mio. DM erwirtschaftet und der Bilanzverlust von 15,6 auf 14,4 Mio. DM gesenkt. *Vorher* (und als Kosten verbucht) wurden wiederum 20 Mio. DM als „Konzessionsabgabe" an die Stadt abgeführt. „Da der Landesrechnungshof erneut eine ‚geeignete Tarifgestaltung zur Konsolidierung der Finanzkraft' empfahl, ...wird ...eine gewisse Verteuerung bei der Kieler Strom- und Fernwärmeversorgung hingenommen werden müssen", hieß es am 30.8. in der KN. Das soll sich allerdings erst noch zeigen!

Inspektion der IG-Metall bei der Innung

Schlechte Ausbildungsbedingungen in den überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten

ebn Die zunehmende Arbeitsteilung führt im Metallhandwerk dazu, daß sich die meisten Betriebe immer mehr spezialisieren. Damit ihre Auszubildenden auch die Tätigkeiten lernen, die in den Betrieben nicht mehr anfallen, werden sie für einige Wochen in die überbetriebliche Ausbildungswerkstatt der Metall-Innung gesteckt.

Die Innungen versuchen dabei, vor allem dort Kosten zu sparen, wo es ausschließlich zum Nachteil der Auszubildenden ist: in den Pausen-, Umkleide- und Sanitärräumen.

Diesen Umstand hat sich die IG-Metall im Rahmen ihres Jugend-Monats vor allem erst einmal vorgenommen. Die IGM-Jugend hat zunächst untersucht, wieweit die Verhältnisse in der Innungswerkstatt überhaupt den Mindest-Anforderungen der Arbeitsstätten-Richtlinien entsprechen. Die Arbeitsstätten-Richtlinien enthalten eine Reihe von wichtigen Vorschriften zum Schutz der Arbeiter, die jedoch in den meisten Fällen nur eingehalten werden müssen „soweit baulich möglich". Trotzdem kam bei diesem Vergleich allerhand heraus. Hier einige Beispiele:

Die Umkleideschränke in der Innungswerkstatt sind eigentlich nur Gepäckschließfächer von 30 × 80 × 50 cm, und abschließbar sind sie auch nicht. In einem dieser Fächer muß man alles verstauen: Blaumann, Straßenkleidung, Unterwäsche, Schuhe, Mantel und Butterbrot. Hat es z.B. morgens auf dem Weg zur Werkstatt geregnet, schlägt einem nach der Arbeit feucht-dumpfer Modergeruch aus seinem Fach entgegen.

Nach den Arbeitsstätten-Richtlinien sind vorgeschrieben: abschließbare Schränke von mindestens 60 × 50 × 180 cm.

Nach den Arbeitsstätten-Richtlinien soll auch pro Kleiderablage mindestens ½ m² freie Bodenfläche sein. In der Innungswerkstatt sind aber nur etwa ¼ m² Platz. Es sollen sich also 4 Personen auf 1 m½ umziehen.

Obwohl die Innungswerkstatt auch gemischte Kurse für Frauen und Männer ausbildet, gibt es keinen Frauen-Umkleideraum. Die Frauen sollen sich auf dem Frauenklo umziehen, wobei die freie Bodenfläche pro Person meistens noch kleiner ist als in den Umkleideräumen.

Weder in den Umkleideräumen noch in den Waschräumen existieren Spiegel, Handtuch oder Seife, obwohl nach den Arbeitsstätten-Richtlinien Seifenspender und Warmlufttrockner oder Papierhandtücher oder Textilhandtuch-Automaten vorgeschrieben sind.

Diese Verhältnisse hat die IGM-Jugend in einem Extrablatt ihrer Jugendzeitung „Lehmann" veröffentlicht, welches sie am „Tag der offenen Tür" der Metall-Innung an die besuchenden Schulklassen verteilte.

In der letzten Woche hat dann der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Hamburg, Engelmann, die Innungswerkstatt inspiziert. Diese Inspektion hat in kürzester Zeit zu Ergebnissen geführt. Bereits jetzt ist mit Umbauarbeiten begonnen worden, um als erstes einen Frauen-Umkleideraum einzubauen.

Die Berufsausbildung liegt heute noch in den Händen der Kapitalistenverbände. Die Gewerkschaften können höchstens mal derartige Inspektionen durchführen und damit sehr groben Ausbildungsmängeln oder unzumutbaren Bedingungen wie in der Innungswerkstatt entgegenwirken. Die Gewerkschaften fordern darum schon seit langem, daß die Berufsausbildung aus den Händen der Kammern genommen werden muß und gewerkschaftlicher Kontrolle unterworfen werden muß.

Kampferfolg gegen ständige Nachtschichtwoche

cld. Wie wir in der KVZ berichtet haben, hatten die Kapitalisten am Burchardkai versucht, für alle Arbeiter alle 7 Wochen eine Pflichtnachtschichtwoche einzuführen. Auf Grund des Protestes der Arbeiter, die kurze Proteststreiks durchführten, sahen sich die Kapitalisten gezwungen, ihren Plan vorläufig zurückzunehmen. Der Betriebsrat, der der Regelung schon zugestimmt hatte, zog die Zustimmung zurück. Jetzt wurde nach einer Probezeit endgültig vereinbart, daß es eine Pflichtnachtschichtwoche nicht geben wird. Es können, wie auch schon bisher, Kollegen einmal die Woche von Früh- auf Nachtschicht bestellt werden. Der Angriff der Kapitalisten konnte zurückgeschlagen werden.

Auswirkungen des Abwassergesetzes in Schleswig-Holstein

reh. Das vom Bundestag 1976 beschlossene Abwassergesetz wird ab 1.1.81 wirksam. Die Kommunen sind danach zu drastischen Maßnahmen verpflichtet: – ab 1.1.81 eine „Abwasserabgabe" für die Einleitung in Gewässer abzuführen – eine Mustersatzung sieht dazu vor, jährlich steigend ab 1981 6 DM und ab 1986 20 DM je Einwohner zu erheben; – ab 1.1.82 Abwasser aus abflußlosen Hauskläranlagen abzutransportieren; – durch Satzungen allgemeinen Anschluß- und Benutzungszwang zu erlassen; – zentrale Schlammaufbereitungsanlagen zu errichten, die nach Angaben der Landesregierung von den Kreisen und Gemeinden bezahlt werden müssen (z.B. im Kreis Lauenburg 8 Anlagen zu je ca. 0,5 Mio. DM). Die Auswirkungen sind einschneidend. Eine Reihe von Gemeinden hat in z.T. stürmisch verlaufenden Gemeinderatssitzungen Gebührenerhöhungen beschlossen, die zwischen 0,10 DM und 0,82 DM pro m³ Abwasser liegen. Der Widerstand der Kommunen reicht bis rauf zum Städte- und Gemeindetag, der, in Anspielung auf die Gesetzesbegründung (besserer Umweltschutz) fordert, „daß die Vermeidungsmaßnahmen im industriellen Bereich einschließlich der Rückhaltung in der Produktion nach gleichwertigen Kriterien wie bei der kommunalen Abwasserreinigung erfolgen" müssen.

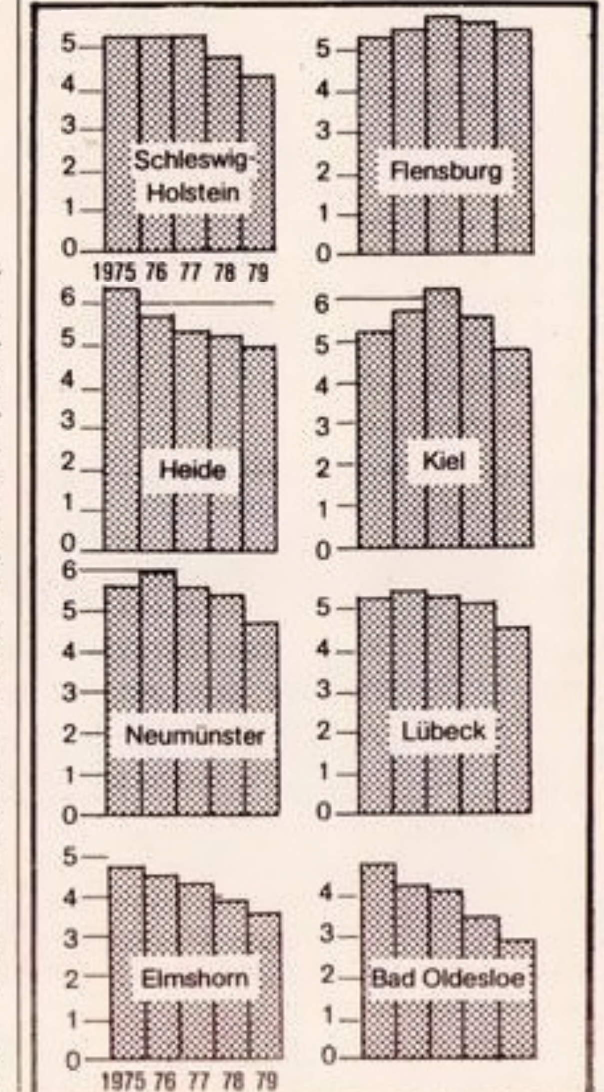
Personalversammlung gegen Boehringer

Bei einer ärztlichen Untersuchung eines erkrankten Lehrers der GS Mümmelmannsberg wurden sehr hohe HCH-Werte festgestellt. Mümmelmannsberg liegt nordöstlich von der Firma Boehringer, die HCH (Lindan) produziert. Die Personalversammlung Gesamtschulen hat am 27.11. „als ersten Schritt eine wissenschaftliche, kostenlose Untersuchung auf HCH-Werte nicht nur für Lehrer, sondern insbesondere für Schüler und Eltern u.a. Einwohner in Mümmelmannsberg, die im direkten Gifteinflußbereich der Fa. Boehringer liegen", gefordert. Weiter wurde die Einstellung der HCH-Produktion gefordert. OSR Rieckmann erntete scharfe Proteste, als er bekannt gab, bei ersten Luftuntersuchungen hätte man „keine höheren Werte als anderswo" gefunden. Er fand es ausreichend, wenn Lehrer, die sich nicht wohl fühlen, vom personalärztlichen Dienst untersucht werden. An der GS Mümmelmannsberg hat man zur Selbsthilfe gegriffen und Blutproben von Schülern und Lehrern einem Labor zur Untersuchung auf HCH-Werte geschickt.

Patienten wehren sich gegen rechtlose Verwahrung

jöf. Patienten der Station 5/2 des Landeskrankenhauses (LKH) Schleswig, meist entmündigte, ‚chronische' Patienten, im Durchschnitt sind sie schon 10 Jahre Insassen, haben eine Patientenzeitschrift ‚Ausblick' herausgebracht. Die Verbreitung der ersten Nummer wurde vom ärztlichen Direktor verboten wegen angeblicher Verstöße gegen das Arztgeheimnis. Das Sozialministerium prüft, ob Entmündigte überhaupt Pressefreiheit haben. Die zweite Nummer enthält Lebens- und Krankengeschichten und u.a. ein Interview (... „Ne billige Arbeitskraft, die wo wir machen. Und wenn wir nicht gewesen wären, denn müßten sie andere Leute hier einstellen von der Stadt."). Generell wehren sich die Patienten gegen den Mangel an Behandlung, gegen bloße Verwahrung und Ruhigstellung und gegen Diskriminierung durch die Gesunden. Die Gründe der ewig langen Verweildauer sind hauptsächlich das fehlende Spezialpersonal. Sozialminister Braun dagegen ist schon ganz stolz auf die jetzigen elenden Zustände. Die Anschrift der „Ausblick"-Redaktion: LKH Schleswig, Station 5/2, 2380 Schleswig, Tel. 04621/83452.

Arbeitslosenquoten in Schleswig-Holstein



Veranstaltungskalender

Mittwoch, 10.12.1980

Hamburg: Grundsatzdebatte der Musikgruppe und Wahlen. 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich Ufer

Hamburg: Kunstkollektiv, Thema: Karikatur I. 20 Uhr, Ort im KBW-Büro erfragen.

Samstag, 13.12. 1980

Hamburg: Demonstration und Kundgebung zur Unterstützung der irischen Kriegsgefangenen, 11 Uhr Karl-Legienplatz, 12 Uhr Kundgebung Gerhard Hauptmannplatz, ca. 13 Uhr Abschlußkundgebung Moorweide.

Sonntag, 14.12.1980

Kiel: Öffentliche Schulung: „Lohnarbeit und Kapital", Karl Marx, 9 Uhr, Universität, Alte Mensa.

,,Solidarität der Generationen'', ,,mehr Verzicht'' und Ähnliches

10. - 12.12. abschließende Debatte des Hamburger Etats 81

thw. ,,Die Bereitschaft der heute aktiv im Wirtschafts- und Erwerbsleben Stehenden, zugunsten von Bildung und Ausbildung der nächsten Generation etwas mehr Verzicht zu leisten, ist zu gering.'' Senator Sinn am 2.12. ,,Ich sage Ihnen zu, daß ich mich massiv für die Ausweitung des Hochschul-Haushaltes einsetzen werde. Aber: die Freiheit der Lebensart, die wir haben, die verlangt die Sicherheitspolitik, die die Bundesregierung macht''. Senator Sinn auf der Großveranstaltung der Universität vor einigen Wochen.

Die nebenstehende obere Schaubildreihe belegt wohl eindrucksvoll, was es mit diesem Verzicht und der Freiheit der Lebensart auf sich hat. Rund 84% des Gesamtsteueraufkommens Hamburgs im Jahr 1976 kommt aus den Taschen der Volksmassen, lächerliche 16% müssen die Kapitalisten zahlen. Den Schaubildern liegen folgende Berechnungen und Überlegungen zugrunde: Die Steuern lassen sich aufteilen in direkte und indirekte Steuern. An direkten Steuern müssen die Massen zahlen: Lohnsteuer, einen Teil der Einkommenssteuer und einen Teil der Kraftfahrzeugsteuer. Die Kapitalisten haben an direkten Steuern zu zahlen: Einen Teil der Einkommensteuer, die Kapitalertragssteuer, die Körperschaftssteuer, die Vermögenssteuer und die Ergänzungsabgabe zur Kapitalertragssteuer, sowie ebenfalls einen Teil der Kraftfahrzeugsteuer. Die Massen, wie die Kapitalisten müssen über den privaten Konsum die indirekten Steuern auf die Waren zahlen. Das sind im wesentlichen die Umsatzsteuer, die Verbrauchssteuern und die Zölle. Die Grunderwerbssteuer und die Gewerbesteuer werden ebenfalls den indirekten Steuern zugeschlagen, weil die Kapitalisten sie über den Preis abwälzen.

Wer zahlt wieviel von den indirekten Steuern? 90% der Erwerbstätigen in Hamburg sind unselbständig Beschäftigte, 10% sind sogenannte ,,selbständig Erwerbstätige''. Diese Unterscheidung ist grob, weil bei den einen die hochbezahlten Top-Manager des Finanzkapitals dabei sind und andererseits bei den Selbständigen die kleinen Erwerbstätigen enthalten sind. Die Zahlung an indirekten Steuern wird im Verhältnis von 90 zu 10 aufgeteilt. Die Kraftfahrzeugsteuer wird im Verhältnis 72 zu 28 aufgeteilt entsprechend privatem Besitz an Kraftfahrzeugen und Besitz durch Unternehmen.

Die Kapitalistenklasse, die sich als ausbeutende Klasse ohnehin den, von den Arbeitern, den kleinen Bauern- und Gewerbetreibenden produzierten gesellschaftlichen Reichtum aneignet, hat eine Steuergesetzgebung durchgesetzt, wodurch ihr Staatsapparat nochmals wesentlich durch die Massen bezahlt wird. Jede Forderung nach Steuererhöhungen für die Massen hat zum Ergebnis die Einschränkung ihrer Reproduktionsmöglichkeiten. Die Steuern, die ja nichts anderes als ein Anteil an dem produzierten Reichtum der Gesellschaft sind, müssen dort erhoben werden, wo sich dieser Reichtum befindet.

Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Beim Vergleich der oberen mit der unteren Schaubildreihe fällt die ungeheure Differenz zwischen dem Steuergesamtaufkommen und den haushaltswirksamen Steuereinnahmen für Hamburg auf. 73% des ,,kassenmäßigen Aufkommens an Gemeinschafts-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern'' reißt die Bundesregierung gegenwärtig an sich. 27% bleiben bei den Ländern, und davon wiederum das Wenigste bei den Gemeinden. Grundsätzlich ist diese Steueraufteilung geregelt durch den Artikel 106 des Grundgesetzes und von Folgegesetzen davon. Danach müssen 50% der in Hamburg aufkommenden Körperschafts- und Einkommenssteuerbeträge an den Bund abgeliefert werden. Von dem Umsatzsteueraufkommen verbleiben dem Land ca. 35%, die restlichen gehen an den Bund. Dieser ganze Komplex wird allgemein unter dem Begriff Gemeinschaftssteuern zusammengefaßt. 1979 betrugen die Einnahmen als Gemeinschaftssteuern rund 17,8 Milliarden DM. Der Komplex Bundessteuern (1979: 11,8 Milliarden DM) – Zölle, Verbrauchssteuern u.a. – muß vollständig dem Bund überlassen werden. Die verbleibenden und vergleichsweise geringen Einnahmen an Landes- und Gemeindesteuern (1979: 2,1 Milliarden DM) sind Hamburg zugestanden. Landessteuern sind Steuereinnahmen des Landes aus Vermögen, Erbschaft, Abgaben von Spielbanken, Kraftfahrzeugsteuer u.a.. Die Gemeindesteuern setzen sich aus den Gewerbe- und Grundsteuern zusammen.

Die Steuergesetzgebung wird im wesentlichen durch den Bundestag vollzogen. Land und Gemeinde haben das Recht auf Steuergesetzgebung für örtliche Aufwandssteuern, insoweit kein Bundesgesetz gilt. Prinzipiell gilt: ''Bundesrecht bricht Landesrecht'', Artikel 31 des Grundgesetzes.

Wenn die Hamburger Landespolitiker lamentieren, es sei kein Geld da, so hat dies bezüglich der Verteilung des Steueraufkommens und der Aufgaben, die damit erfüllt werden sollen, seine Berechtigung; eine andere Sache ist allerdings, was mit dem Geld geschieht, das den Hamburger Steueranteil ausmacht. Wie die Steuerverteilung, so ist auch die Aufgabenverteilung durch das GG festgelegt, Artikel 28, Absatz 2: ,,Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft *im Rahmen der Gesetze* in eigener Verantwortung zu regeln...''. Artikel 30: ,,Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt.'' Der Aufgabenumfang übertrifft den Einnahmenumfang. Ein Grund der Verschuldung der Kommunen und der Länder. Die Bundesregierung lenkt über *zweckgebundene* Zuschüsse und Kredite den Länderhaushalt.

Der Hamburger Haushalt 1981

Der Ansatz für die Haushaltseinnahmen 1981 ist um 5,4% höher als der Ansatz 1980. Der Ausgabenansatz ist um 5,2% höher als 1980. Bei den Einnahmesteigerungen geht der Senat u.a. von einer Steigerung der Lohnsteuer um 9,7%, der Einkommensteuer um 7,1%, der nicht veranlagten Einkommenssteuer um 4,5%, der Körperschaftssteuer um 4,3% und der Gewerbesteuer von 6,3% gegenüber dem voraussichtlichen Ist von 1980 aus. Die Ausgabensteigerung verteilt sich auf die Behörden wie folgt: Bürgerschaft, Senat...: 15,9%; Justizbehörde: 8,7%; Behörde für Schule und Berufsbildung: 7,4%; Behörde für Wissenschaft und Forschung: 13,4%; Kulturbehörde: 9,7%; Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales: 17%; Gesundheitsbehörde: 13,8%; Baubehörde: 13,8%; Behörde für Wirtschaft...: -0,5%; Behörde für Inneres: 10,7%; Behörde für Bezirksangelegenheiten: 21,8%; Finanzbehörde: 6,8%; Allgemeine Finanzverwaltung: -3%. Einnahme- und Ausgabesteigerungen sind insgesamt in der Höhe der zu erwartenden Inflationsrate. Nach einer ersten Durchsicht der Einzelposten des Haushaltes von über einer Mrd. DM ergeben sich an direkten, offenen Subventionen für die Kapitalisten 330 Mio. DM; zuzüglich der Aufwendungen für Zins und Schuldentilgung bei den Banken macht das 1,980 Milliarden DM.

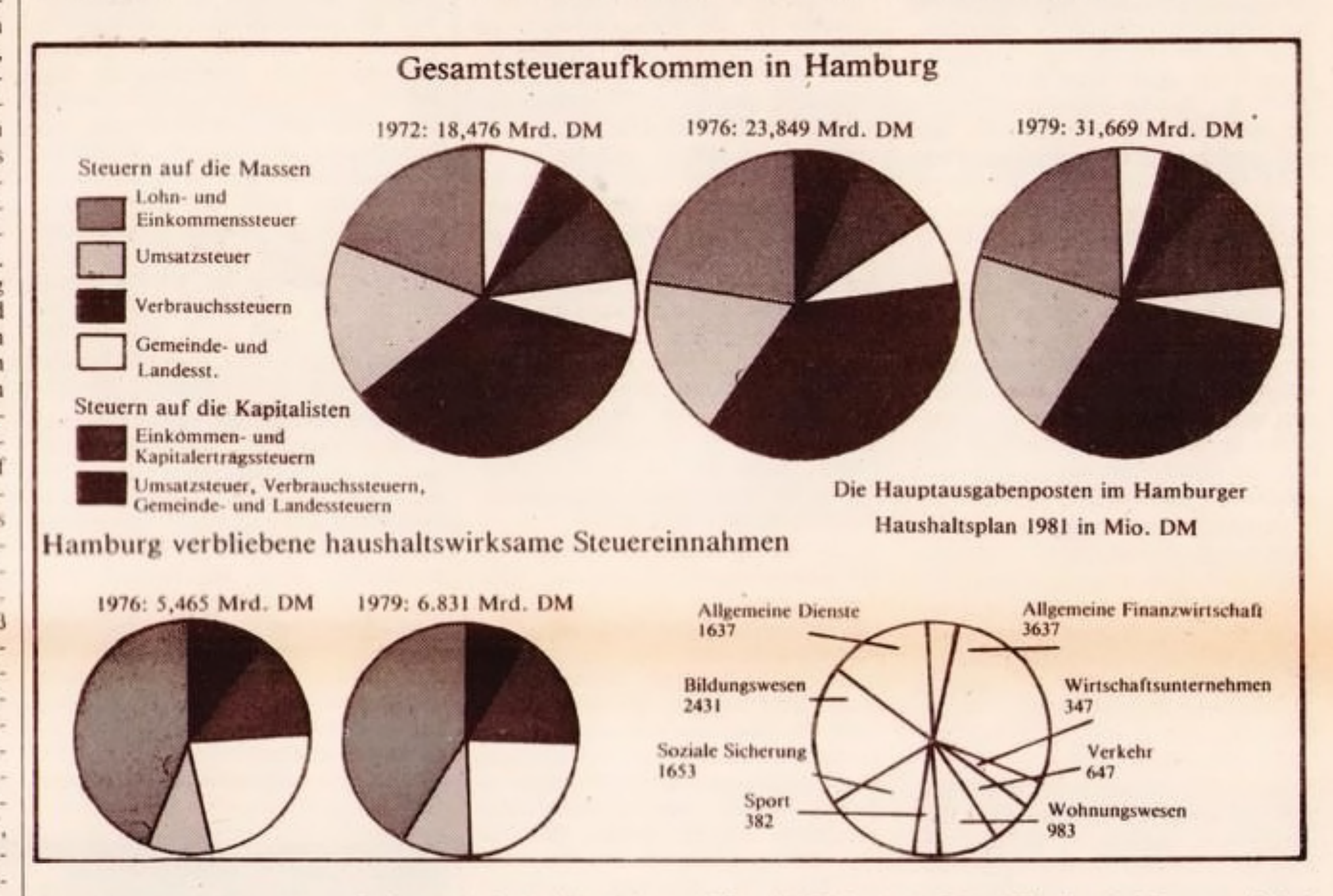
Demokratisches Steuerrecht:

– Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Völlige Steuerfreiheit bis zum Durchschnittslohn, sofortige Erhöhung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns.

– Jährliche Bewilligung der Steuern an Bund und Länder auf dem Gesetzgebungsweg. Recht auf Steuerverweigerung durch die Kommunen.

– Keinerlei Neuverschuldung der öffentlichen Hände. Tilgung der Staatsschulden durch Erhöhung der Vermögenssteuer. Staatsverschuldung ist bloß ein Hebel der Steuerpresse. Statt mit Steuern den Kapitalisten die Zinsen der Staatsschuld zu zahlen, sollen die Kapitalisten mit Steuern die Schulden des Staates abzahlen.

– Ersatzlose Abschaffung der Kirchensteuer, Behandlung der Kirche als private Vereinigung. Keinerlei Steuergelder für private Vereinigungen und politische Parteien.



Die nicht gestrichelten oberen Kreisausschnitte bei den Jahren 1972 und 1979 in der 1. Schaubildreihe sind Steuern, die bei der Berechnung nicht aufgeteilt wurden. Materialien: Statistisches Jahrbuch für Hamburg 1972, 76. Statistisches Taschenbuch 1980, Haushaltsplan des Senats 1981.

Systematische Wohnraumzerstörung in Kiel

Hausbesetzung stößt auf große Sympathie

Schlechte Kinderversorgung in Wedel

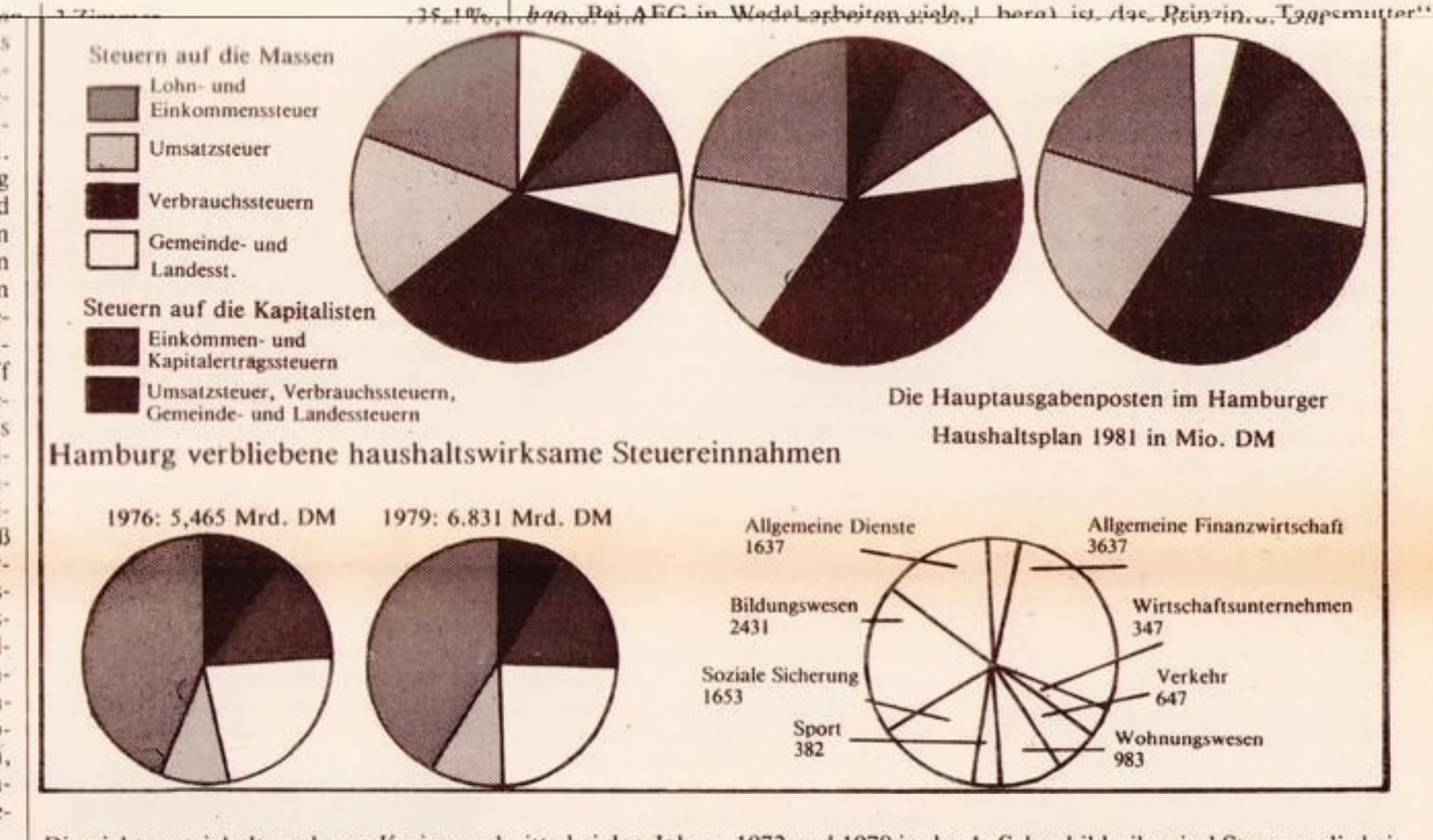
Keine Kinderkrippen, teure Kindergärten

Einen Teil der Einkommensteuer, die Kapitalertragssteuer, die Körperschaftssteuer, die Vermögenssteuer und die Ergänzungsabgabe zur Kapitalertragssteuer, sowie ebenfalls einen Teil der Kraftfahrzeugsteuer. Die Massen, wie die Kapitalisten müssen über den privaten Konsum die indirekten Steuern auf die Waren zahlen. Das sind im wesentlichen die Umsatzsteuer, die Verbrauchssteuern und die Zölle. Die Grunderwerbssteuer und die Gewerbesteuer werden ebenfalls den indirekten Steuern zugeschlagen, weil die Kapitalisten sie über den Preis abwälzen.

Wer zahlt wieviel von den indirekten Steuern? 90% der Erwerbstätigen in Hamburg sind unselbständig Beschäftigte, 10% sind sogenannte ,,selbständig Erwerbstätige''. Diese Unterscheidung ist grob, weil bei den einen die hochbezahlten Top-Manager des Finanzkapitals dabei sind und andererseits bei den Selbständigen die kleinen Erwerbstätigen enthalten sind. Die Zahlung an indirekten Steuern wird im Verhältnis von 90 zu 10 aufgeteilt. Die Kraftfahrzeugsteuer wird im Verhältnis 72 zu 28 aufgeteilt entsprechend privatem Besitz an Kraftfahrzeugen und Besitz durch Unternehmen.

Ländern, und davon wiederum das Wenigste bei den Gemeinden. Grundsätzlich ist diese Steueraufteilung geregelt durch den Artikel 106 des Grundgesetzes und von Folgegesetzen davon. Danach müssen 50% der in Hamburg aufkommenden Körperschafts- und Einkommenssteuerbeträge an den Bund abgeliefert werden. Von dem Umsatzsteueraufkommen verbleiben dem Land ca. 35%, die restlichen gehen an den Bund. Dieser ganze Komplex wird allgemein unter dem Begriff Gemeinschaftssteuern zusammengefaßt. 1979 betrugen die Einnahmen als Gemeinschaftssteuern rund 17,8 Milliarden DM. Der Komplex Bundessteuern (1979: 11,8 Milliarden DM) – Zölle, Verbrauchssteuern u.a. – muß vollständig dem Bund überlassen werden. Die verbleibenden und vergleichsweise geringen Einnahmen an Landes- und Gemeindesteuern (1979: 2,1 Milliarden DM) sind Hamburg zugestanden. Landessteuern sind Steuereinnahmen des Landes aus Vermögen, Erbschaft, Abgaben von Spielbanken, Kraftfahrzeugsteuer u.a.. Die Gemeindesteuern setzen sich aus den Gewerbe- und Grundsteuern zusammen.

Die Steuergesetzgebung wird im wesentlichen durch den Bundestag vollzo-


Die nicht gestrichelten oberen Kreisausschnitte bei den Jahren 1972 und 1979 in der 1. Schaubildreihe sind Steuern, die bei der Berechnung nicht aufgeteilt wurden. Materialien: Statistisches Jahrbuch für Hamburg 1972, 76. Statistisches Taschenbuch 1980, Haushaltsplan des Senats 1981.

Systematische Wohnraumzerstörung in Kiel

Hausbesetzung stößt auf große Sympathie

Schlechte Kinderversorgung in Wedel

Keine Kinderkrippen, teure Kindergärten

lot. Seit Mitte letzter Woche ist das Haus Sophienhof am Sophienblatt in Kiel besetzt. Das Gebiet um den Bahnhof und die südliche Innenstadt gehört seit 1969 zum Sanierungsgebiet. Die Stadt Kiel plant seitdem, den bestehenden Altwohnraum abzureißen und stattdessen Kaufhäuser, Banken, Versicherungen, Verwaltungsgebäude etc. mit einigen Luxusappartements in den Obergeschossen anzusiedeln. Seit fünf Jahren steht allein im Bahnhofsviertel Wohnraum für etwa 150 Personen leer. Die Grundeigentümer Stadt Kiel und ,,Neue Heimat'' weigern sich, diesen Wohnraum wenigstens bis zum Abbruchtermin, der noch nicht feststeht, freizugeben.

Das ist angesichts der aktuellen Wohnraumnot ein Skandal. Allein beim Wohnungsamt sind z.Zt. rund 5000 Wohnungssuchende registriert. Besonders zu Semesterbeginn steigt die Wohnungsnachfrage immens. Es ist allerdings überhaupt nicht so, daß es sich bei der Wohnungsnot in Kiel speziell um ein studentisches Wohnraumproblem handelt, wie Stadtbaurat Bartels weiszumachen versucht.

Vielmehr geht die Stadt Kiel schon seit einiger Zeit den Weg der rücksichtslosen Wohnraumvernichtung.

Einwohnerentwicklung in der Innenstadt

1939	15000 Einwohner
1961	4000 Einwohner
1975	2700 Einwohner
1981	2200 (geschätzt)

Heute leben in der Innenstadt 60% weniger Menschen als 1960. Dafür wurden Trabantenvorstädte in Mettenhof und Altenholz gebaut. In diesen Ghettos mit rotten, jetzt schon teilweise baufälligen Betonklötzen, mehr als 5 km außerhalb des Stadtkerns, mit überproportional hohen Mietpreisen will jedoch freiwillig kaum jemand wohnen. Das geht aus der ,,Wohnbedarfsprognose für den Kieler Raum – erste Ergebnisse'' von 1978 hervor, wo festgestellt wird, daß nur 4,1% aller Kieler Haushalte bereit wären, nach Mettenhof zu ziehen. Dagegen wollen jedoch 52% der Haushalte in Kiel-Süd in der südlichen Innenstadt, dem ausgeschriebenen Sanierungsgebiet, wohnen bleiben.

Die Wohnraumzerstörung in der Innenstadt führt nicht nur dazu, daß die Innenstadt entvölkert wird, sondern auch, daß die Mietpreise insgesamt in die Höhe getrieben werden. Schon heute liegen die Mietpreise in Kiel weit über dem Durchschnitt vergleichbarer Städte.

Preise für einfachen Altbauwohnraum

Hamburg	4,50 DM/qm
Düsseldorf	4,50 DM/qm
Kiel	4,20 DM/qm
Mainz	3,00 DM/qm
Nürnberg	2,50 DM/qm
Freiburg	2,20 DM/qm
Würzburg	2,00 DM/qm
Berlin	1,80 DM/qm

Von dieser katastrophalen Wohnraumsituation sind Familien mit Kindern und durchschnittlichem Einkommen besonders betroffen.

Der Wohnungsbestand 1977 (Zimmerzahl schließt Küche ein)

1 Zimmer	3,3%
2 Zimmer	8,1%
3 Zimmer	35,1%
4 Zimmer	34,2%
5 u. mehr Zimmer	19,3%

Aufgrund der hohen Mietpreise und der unzureichenden Zahl großer Wohnungen müssen viele Familien in viel zu engen Wohnungen wohnen. Das ist in Gaarden besonders untragbar. Dort wohnen in 57% aller 3-Raum-Wohnungen (Küche eingeschlossen) mehr als 5 Personen. Haben im Kieler Durchschnitt 19,3 Wohnungen mehr als 3 Räume, so sind es in Gaarden Ost ganze 4,6%.

Der Kieler Wohnungsbestand hat sich seit 1968 um 12% vergrößert. Diese Durchschnittszahl täuscht über die Tatsachen hinweg. Denn die Schaffung von 1-Raum-Wohnungen beruht ebenfalls oft auf der Zerstörung von größeren Wohnungen. Eine Reihe von Vermietern sind nämlich verstärkt dazu übergegangen, größere Wohnungen in kleine Parzellen aufzusplitten, um so ein Vielfaches des vorherigen Mietpreises einzusacken.

Entwicklung des Wohnungsbestandes von 1968-1976

1 Raum	+85,8%
2 Räume	+19,8%
3 Räume	+3,6%
4 Räume	+11,6%
5 und mehr Räume	+21,2%

Der Zuwachs von größeren Wohnungen ist auf den Bau von Reihenhäusern in den Randbezirken und auf einen Teil der Wohnungen in Mettenhof zurückzuführen, wobei allerdings die Mieten für die dort vorhandenen 4 Zimmer-Wohnungen kaum zu bezahlen sind.

hao. Bei AEG in Wedel arbeiten viele Frauen. Ein großer Teil von ihnen hat zu Hause ein oder mehrere Kinder. Für sie stellt sich das Problem der Unterbringung der Kinder während der Arbeitszeit.

In Wedel gibt es zur Zeit keine einzige allgemein zugängliche Kinderkrippe, die Säuglinge und Kleinkinder bis zu 3 Jahren aufnimmt. Die einzige Möglichkeit außer Verwandtschaft, ein Kind in diesem Alter tagsüber unterzubringen, sind deshalb die sogenannten Tagesmütter. Die Tagesmutter bekommt um die 300 DM pro Kind und Monat, wenn die Kinder ganztags bei ihr sind. Bei Krankheit und Urlaub entfällt die Bezahlung im allgemeinen. Der Grund für die meisten Tagesmütter, weshalb sie noch fremde Kinder versorgen, ist, daß die selber zu wenig Geld zum Leben haben. Deshalb sind oft auch die Verhältnisse bei den Tagesmüttern unzureichend, um mehrere Kinder aufzuziehen, z.B. kleine Wohnung, schlechte Gelegenheit, draußen zu spielen usw. Weder die Tagesmutter noch die Eltern der Kinder können an diesen Verhältnissen etwas nennenswert ändern. Die Problematik erscheint als deren Privatproblem. ,,Das ist mal so.'' Die örtlichen Behörden und die Firma, die die Arbeitskraft der Frau ausbeutet, haben mit der ganzen Angelegenheit scheinbar nichts zu tun. Bei einer Kinderkrippe ist das anders. Die ist ganz offensichtlich eine öffentliche Angelegenheit, und die Preise und Ausstattung der Krippe sind eine Frage der politischen Einflußnahme. Für die Stadt Wedel (bzw. Kreis Pinneberg) ist das Prinzip ,,Tagesmutter'' die billigste Lösung: Laut Angaben auf einer SPD-Veranstaltung zu diesem Thema in Wedel kostet ein Tagesmutterplatz ca. 400 DM pro Monat, was überwiegend von den Eltern bezahlt wird, während ein Krippenplatz um die 1200 DM kostet, wovon die Eltern nur einen Bruchteil zahlen. Gespart wird dabei allerdings auf Kosten des Kindes. Ein weiterer Nachteil des Prinzips ,,Tagesmutter'' besteht darin, daß viele Tagesmütter arbeitssuchende Frauen sind. Sobald sie eine Arbeitsstelle gefunden haben, nehmen sie diese, sodaß das Kind häufig eine neue Tagesmutter bekommt.

Es bleibt festzustellen, daß in Wedel Kinderkrippenplätze in ausreichender Anzahl geschaffen werden müssen. Bei den Kindergärten (für Kinder von 3 bis 6) ist die Situation etwas anders. Es gibt einige in Wedel, offensichtlich ist aber die Nachfrage größer als das Angebot, wie die Anmeldezeiten und die hohen Preise zeigen. Die Gruppenstärken kann man in den meisten Fällen als pädagogisch katastrophal bezeichnen. Eine Umfrage, die der Vertrauensleutekörper der IG Metall von AEG N4 bei den Frauen in den unteren Lohngruppen bei AEG in Wedel durchgeführt hatte, hat u.a. ergeben, daß ein erheblicher Bedarf an einem Betriebskindergarten besteht. Der Vertrauensleutekörper spricht sich deshalb für die Einrichtung eines Betriebskindergartens in Wedel aus. Der Betriebsrat unterstützte diese Forderung auf der letzten Betriebsversammlung.

Vor der NATO-Ratstagung handfester Krach um Finanzierung der Rüstungspläne

Steigerung des US-Verteidigungshaushalts auf 160 Mrd. $ / BRD kann Rüstungspläne nicht zahlen

gkr. In dieser Woche tagt der Ministerrat der NATO, das sind die Außen- und Verteidigungsminister, zum zweiten Mal in diesem Jahr. Die Themen sind abzusehen: die Entwicklung in Polen und die Reaktion der NATO-Staaten darauf; sowie die Auseinandersetzung über die Beschlüsse der NATO in den vergangenen Jahren, vor allem den Beschluß über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und die Richtlinie, den Militärhaushalt jährlich um real 3% zu erhöhen. Dabei ist es nicht allein die Bundesregierung, die den letztgenannten Beschluß nicht einhalten will und die so Anlaß zu Differenzen innerhalb der militärischen Allianz gibt.

Die NATO-Beschlüsse und ihre Durchführung

Seit Anfang 1977, man kann fast sagen seit Beginn der Carter-Ära in den USA, betreiben die NATO und vor allem die USA eine gezielte und rasche militärische Stärkung des Bündnisses. Im Mai 1977 forderte der US-Präsident ein langfristiges Verteidigungsprogramm für die NATO, das ein Jahr später beschlossen wurde. In einem Kommuniqué stellten die Außen- und Verteidigungsminister der NATO eine Woche später fest: „... sollten alle Mitgliedsstaaten eine reale Erhöhung der Verteidigungshaushalte anstreben. Diese jährliche Steigerung sollte etwa 3 Prozent betragen, wobei davon auszugehen ist, daß bei einzelnen Ländern die wirtschaftlichen Verhältnisse das, was erreicht werden kann, beeinträchtigen werden oder die derzeitigen Streitkräftebeiträge möglicherweise eine höhere Steigerungsrate rechtfertigen." Vor einem Jahr, auf einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 11./12. Dezember 1979, wurde der Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa gefaßt, der verbunden war mit einem Verhandlungsvorschlag an die Sozialimperialisten und den vor allem auch die Bundesregierung betrieben hatte.

Während die Sozialimperialisten mittlerweile vietnamesische Truppen in Kampuchea haben einfallen lassen und selbst in Afghanistan einmarschiert sind, ist es den US-Imperialisten bisher nicht gelungen, ihre Verbündeten auf diesen einheitlichen Kurs der Stärkung der imperialistischen Allianz einzuschwören. Die Niederlande haben dem Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen nicht zugestimmt, Belgien will weiter die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen USA und SU über die eurostrategischen Waffen abwarten, bevor es einen endgültigen Beschluß faßt, vielleicht würde die Stationierung ja überflüssig. Starke Bewegungen gegen die Allianz und gegen die Stationierung hatten jeweils bedeutenden Einfluß. Während Großbritannien die Stationierungsorte schon festgelegt hat, ist dies in der BRD bisher noch nicht bekannt geworden.

Die Zusage, den Militärhaushalt jährlich um etwa 3% real zu steigern,

die wirtschaftlichen Verhältnisse das, was erreicht werden kann, beeinträchtigen werden oder die derzeitigen Streitkräftebeiträge möglicherweise eine höhere Steigerungsrate rechtfertigen." Vor einem Jahr, auf einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 11./12. Dezember 1979, wurde der Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa gefaßt, der verbunden war mit einem Verhandlungsvorschlag an die Sozialimperialisten und den vor allem auch die Bundesregierung betrieben hatte.

Während die Sozialimperialisten mittlerweile vietnamesische Truppen in Kampuchea haben einfallen lassen und selbst in Afghanistan einmarschiert sind, ist es den US-Imperialisten bisher nicht gelungen, ihre Verbündeten auf diesen einheitlichen Kurs der Stärkung der imperialistischen Allianz einzuschwören. Die Niederlande haben dem Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenraketen nicht zugestimmt, Belgien will weiter die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen USA und SU über die eurostrategischen Waffen abwarten, bevor es einen endgültigen Beschluß faßt, vielleicht würde die Stationierung ja überflüssig. Starke Bewegungen gegen die Allianz und gegen die Stationierung hatten jeweils bedeutenden Einfluß. Während Großbritannien die Stationierungsorte schon festgelegt hat, ist dies in der BRD bisher noch nicht bekannt geworden.

Die Zusage, den Militärhaushalt jährlich um etwa 3% real zu steigern,

will jetzt gar die Bundesregierung nicht einhalten. Schon in diesem Jahr sind es nur Großbritannien und die BRD, die sich annähernd an dieses Ziel halten werden, auch für das kommende Haushaltsjahr haben verschiedene Regierungen angekündigt, unter 3% realer Steigerung zu bleiben. Die SPD-FDP-Koalition hatte in ihren Verhandlungen zunächst eine Steigerung von 0,2% vereinbart, dann war von einer Aufstockung auf 1,8% die Rede, und in der Regierungserklärung führte Schmidt schließlich aus: „Eine gründliche Modernisierung in den vergangenen zehn Jahren hat die Leistungskraft der Bundeswehr gestärkt. Wir haben modern ausgerüstete und gut ausgebildete Streitkräfte mit hohem Bereitschaftsstand, Streitkräfte, die in der NATO als beispielhaft gelten. Unsere Verteidigungsaufwendungen enthalten einen besonders hohen Investitionsanteil, weil wir eine Wehrpflichtarmee haben. Unsere Verteidigungsausgaben sind in den letzten zehn Jahren durchschnittlich pro Jahr um knapp drei Prozent real gestiegen. Wir haben uns verpflichtet, uns auch in Zukunft um einen gleichen Anstieg bemühen zu wollen. Wir werden unsere Verpflichtung erfüllen."

Die US-Supermacht hatte schon zu verstehen gegeben, daß sie mit einer Steigerung unter 3% real nicht einverstanden sein wird. Schmidt seinerseits verweist auf einige Punkte, die er glaubt, als Trumpf gegenüber den USA ausspielen zu können: Der Investitionsanteil, d.h. der für Neu- und Ersatzbeschaffung verwandte Teil der Militärausgaben, liegt bei der Bundesrepublik vor allem auf Grund des Hungersolds für die Wehrpflichtigen bei über 30%, während er in fast allen anderen NATO-Staaten etwa bei 20% liegt. Zum zweiten sind die Militärausgaben der BRD-Imperialisten in den vergangenen Jahren real um durchschnittlich 2,8 bis 2,9% pro Jahr gestiegen, während die Militärausgaben der USA zwischen 1968 und 1978 gesunken sind. Und zum dritten verweist Schmidt auf das Wehrpflichtigenheer, das eine rasche Aufstockung der Bundeswehr, angeblich innerhalb von 3 Tagen, auf 1,2 Mio. Mann ermöglichen soll, während die meisten übrigen NATO-Staaten, vor allem auch die USA selber, kein Wehrpflichtigenheer haben. In der BRD sei damit die Forderung des langfristigen Verteidigungsprogramms am besten erfüllt.

Auf der anderen Seite werden die BRD-Imperialisten in den kommenden Jahren ohne drastische Steigerung des Militärhaushaltes nicht in der Geschwindigkeit aufrüsten können, wie sie beabsichtigt hatten. Selbst bei den schon beschlossenen Waffenprogrammen, vor allem dem Tornado, den Fregatten 122 und dem Kampfpanzer Leopard II, die gegenwärtig alle schon eingeführt werden, werden nach Schätzungen bis 1985 ca. 10 Mrd. DM fehlen. Nicht gerechnet weitere früher beabsichtigte Waffensystem, die inzwischen schon gestrichen sind: 525 Milan Panzerabwehrraketensystem, der Luftlandepanzer Wiesel, der Pionierpanzer 2 und manch anderes System. Auf der Hardthöhe soll bis zum Februar 1981 ein Konzept ausgearbeitet werden, das unter dem Gesichtspunkt der Finanzierungsmöglichkeit die neuen Waffensysteme ordnet. Über Verschiedenes sind auch jetzt keine genauen Aussagen möglich, bevor nicht die Haushaltsbe-

gaben der BRD-Imperialisten in den vergangenen Jahren real um durchschnittlich 2,8 bis 2,9% pro Jahr gestiegen, während die Militärausgaben der USA zwischen 1968 und 1978 gesunken sind. Und zum dritten verweist Schmidt auf das Wehrpflichtigenheer, das eine rasche Aufstockung der Bundeswehr, angeblich innerhalb von 3 Tagen, auf 1,2 Mio. Mann ermöglichen soll, während die meisten übrigen NATO-Staaten, vor allem auch die USA selber, kein Wehrpflichtigenheer haben. In der BRD sei damit die Forderung des langfristigen Verteidigungsprogramms am besten erfüllt.

Auf der anderen Seite werden die BRD-Imperialisten in den kommenden Jahren ohne drastische Steigerung des Militärhaushaltes nicht in der Geschwindigkeit aufrüsten können, wie sie beabsichtigt hatten. Selbst bei den schon beschlossenen Waffenprogrammen, vor allem dem Tornado, den Fregatten 122 und dem Kampfpanzer Leopard II, die gegenwärtig alle schon eingeführt werden, werden nach Schätzungen bis 1985 ca. 10 Mrd. DM fehlen. Nicht gerechnet weitere früher beabsichtigte Waffensystem, die inzwischen schon gestrichen sind: 525 Milan Panzerabwehrraketensystem, der Luftlandepanzer Wiesel, der Pionierpanzer 2 und manch anderes System. Auf der Hardthöhe soll bis zum Februar 1981 ein Konzept ausgearbeitet werden, das unter dem Gesichtspunkt der Finanzierungsmöglichkeit die neuen Waffensysteme ordnet. Über Verschiedenes sind auch jetzt keine genauen Aussagen möglich, bevor nicht die Haushaltsbe-

ratungen geführt sind.

Widersprüchliche Wirkungen der Aufrüstung

Was sind die Gründe für diesen Streit innerhalb der NATO?

1. Es gibt die Auffassung, die Rüstungskonzerne seien beherrschend in der BRD und ihr Interesse sei das nach unbegrenzter Ausweitung der Rüstungsproduktion, und es gibt die Auffassung, die Rüstungsproduktion diene der Konjunktursteuerung. Beide Auffassung legten den Schluß nahe, der Streit um die Ausweitung des Militärhaushaltes sei nicht ernst.

Es gibt in einigen Branchen, vor allem dem Schiffbau und der Flugzeugindustrie, hohe Anteile an Rüstungsproduktion, die bis über 60% liegen. Insgesamt aber ist der Anteil an Rüstungsproduktion doch erheblich niedriger. Im Jahre 1978 betrugen die Ausgaben der Bundesregierung für Beschaffung militärischer Güter in der BRD 10,5 Mrd. DM oder 2,1% des Produktionswerts der verarbeitenden Industrie. Nicht mitgerechnet sind dabei allerdings erhebliche Ausgaben für Forschung, die nicht unter den Militärausgaben direkt auftauchen. Die Rüstungsexporte weisen für die BRD zwar hohe Wachstumsraten auf, zwischen 1968 und 1977 16,8% jährlich, aber mit 2 Mrd. DM lag der Export von Rüstungsgütern 1978 doch bei nur etwa 1% aller Exporte. Die Exporte betrugen also etwa ein Fünftel der Ausgaben des Staates für militärische Beschaffung. Dies Verhältnis ist bei den USA ähnlich. Der Anteil am Produktionswert der verarbeitenden Industrie liegt bei letzteren allerdings höher, und der Exportanteil der Rüstungsgüter liegt bei 3%. Diese Exporte haben zweifellos enorme politische Bedeutung, was erst jüngst in der Frage der Waffenlieferungen an den Iran bewiesen wurde. Ökonomisch stellt die Rüstungsproduktion für die gesamte Kapitalistenklasse eines Landes nur eine Möglichkeit unter anderen dar, Kapital profitbringend zu verwerten. Die vorliegenden Zahlen zeigen auch, daß die Rüstungsausgaben nicht als Mittel zur Bekämpfung der Krise eingesetzt wurden.

Es gibt keinen unmittelbaren ökonomischen Vorteil der Rüstungsproduktion für ein kapitalistisches Land. Vielmehr wird durch die Rüstung produktives Kapital in unproduktives verwandelt. Wie Luxusgüter stehen die Rüstungsgüter weder der Reproduktion der Arbeiterklasse zur Verfügung noch zum Ersatz verbrauchter Rohstoffe oder Maschinen. Daß dabei das Geld den Umweg über den Staatsapparat macht, ändert daran wenig, denn höhere Staatsausgaben wirken sich in aller Regel senkend auf die Profite der Kapitalisten aus, wenn es dem Staatsapparat nicht gelingt, die Kosten ausschließlich auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

2. Es handelt sich aber im NATO-Bündnis um imperialistische Staaten. Ihr Interesse ist Beherrschung und Eroberung fremder Märkte, Rüstung ist zu diesem Zweck notwendig und wird auch betrieben. Der US-Imperialismus bereitet sich auf eine Auseinandersetzung mit der anderen Supermacht vor. Dementsprechend sehen die Militärausgaben dieser Supermacht aus. Sie weisen seit 1978 erneut Steigerungen auf, nachdem sie nach dem Höhepunkt des Vietnamkrieges 1968 ständig real gesunken sind. Für das Haushaltsjahr 1980/81 hat der US-Senat jetzt mit 73:1 Stimmen einen Entwurf für den Militärhaushalt angenommen, der erneut um 200 Mio. $ über dem Ansatz des Repräsentantenhauses liegt und jetzt mit 160,8 Mrd. $ den ursprünglichen Entwurf Carters um 3,4 Mrd. $ übertrifft. Für das folgende Finanzjahr hat Reagan eine Steigerung (real) um etwa 7% angekündigt und bis 1984 soll der Militärhaushalt etwa 300 Mrd. $ erreicht haben.

Während die USA verschiedene Rüstungsprogramme voraussichtlich rascher betreiben werden, als bisher vorgesehen war, und unter der Präsidentschaft Reagans auch einige neu hinzukommen werden, verstärken die Sozialimperialisten ebenfalls ihre Rüstung: Neue Panzertypen, der Backfire als neues Kampfflugzeug, weitere Stationierung von Mittelstreckenraketen, vor allem aber der verstärkte Ausbau der Flotte mit neuen Kreuzern, neuen U-Booten und voraussichtlich dem Bau atomgetriebener Flugzeugträger sind die in letzter Zeit bekanntgewordenen Maßnahmen.

Wollen die US-Imperialisten in dieser Lage, vor allem nach dem Verlust der Beherrschung von Staaten im Mittleren und Fernen Osten, ihre Rolle als Weltmacht aufrechterhalten, müssen sie in verstärktem Maße ihre Verbündeten zu Leistungen heranziehen. Als vorherrschende Macht innerhalb der NATO sehen sie die *Gefahren* einer militärischen Stärkung der europäischen Staaten als noch relativ gering an. Daher betreiben sie sie. Die „Rapid Deployment Force", gedacht zum raschen Einsatz vor allem im Mittleren Osten, kann nur aufgebaut werden aus Truppen, die bisher in den USA als Einsatzreserve für Mitteleuropa standen. Dafür müssen, so die US-Oberherren, die europäischen Staaten und vor allem die BRD die Reserven rascher mobilisieren können. Die amerikanische Flotte, die „nur für eineinhalb Weltmeere ausreichend ist", soll die Weltmachtansprüche auf drei Weltmeeren aufrechterhalten. Das geht nur, wenn die europäischen NATO-Staaten ihre Präsenz in den europäischen Meeren vergrößern. So ungefähr könnten die Überlegungen der US-Imperialisten aussehen.

Die westdeutsche Bourgeoisie verspricht sich von einer erheblichen Ausweitung der militärischen Ausgaben gegenwärtig geringeren Nutzen. Sie ist nur eine zweitrangige Macht innerhalb der NATO-Allianz. Sie schätzt den ökonomischen Nachteil, der aus einer noch mehr gesteigerten Rüstung und damit weiterem Anstieg der Staatsausgaben entstehen würde, als größer ein. Und mit ihr auch im wesentlichen die meisten anderen westeuropäischen Staaten der NATO. Obwohl auch diese Position innerhalb der Bourgeoisie nicht unumstritten ist. In einer Krise wie gegenwärtig muß sich diese unterschiedliche Einschätzung in besonders deutlichem Maße abzeichnen.

Die Absichten für die NATO-Ratstagung

Der Konflikt zwischen den Interessen der Supermacht und den Interessen der übrigen imperialistischen Staaten auch für die NATO-Ratstagung ist denn schon vorgezeichnet. Die Absichten der US-Imperialisten führte General Rogers, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 9. Oktober in Bonn aus: „Bei einem weiteren bedeutenden Beschluß, der im Mai dieses Jahres von den Ministern gefaßt wurde, ging man von der Erkenntnis aus, daß die Welt nach Afghanistan nicht mehr dieselbe ist und daß zusätzliche Maßnahmen getroffen bzw. Maßnahmen, zu denen man sich bereits verpflichtet hatte, beschleunigt werden müssen. Wir erwarten von den Ministertagungen im Dezember 1980, daß weitere Beschlüsse bezüglich der Maßnahmen und Verpflichtungen der zweiten Phase – nach Afghanistan – gefaßt werden und eine bessere Arbeitsteilung zwischen den westeuropäischen Verbündeten und den Vereinigten Staaten gefunden wird angesichts der Aufgabe der Vereinigten Staaten, schnelle Eingreiftruppen zu bilden und zur Verlegung nach Südwestasien bereit zu halten, um unser aller Interesse zu schützen."

Rogers kündigte gleich die Forderung nach mehr Depots zur Vorauseinlagerung von Material für US-amerikanische Truppen an. Schon für die jetzigen wird die Bundesrepublik etwa 10 Mrd. DM bereitstellen müssen, um sie,

los enorme politische Bedeutung, was erst jüngst in der Frage der Waffenlieferungen an den Iran bewiesen wurde. Ökonomisch stellt die Rüstungsproduktion für die gesamte Kapitalistenklasse eines Landes nur eine Möglichkeit unter anderen dar, Kapital profitbringend zu verwerten. Die vorliegenden Zahlen zeigen auch, daß die Rüstungsausgaben nicht als Mittel zur Bekämpfung der Krise eingesetzt wurden.

Es gibt keinen unmittelbaren ökonomischen Vorteil der Rüstungsproduktion für ein kapitalistisches Land. Vielmehr wird durch die Rüstung produktives Kapital in unproduktives verwandelt. Wie Luxusgüter stehen die Rüstungsgüter weder der Reproduktion der Arbeiterklasse zur Verfügung noch zum Ersatz verbrauchter Rohstoffe oder Maschinen. Daß dabei das Geld den Umweg über den Staatsapparat macht, ändert daran wenig, denn höhere Staatsausgaben wirken sich in aller Regel senkend auf die Profite der Kapitalisten aus, wenn es dem Staats-

stungsprogramme voraussichtlich rascher betreiben werden, als bisher vorgesehen war, und unter der Präsidentschaft Reagans auch einige neu hinzukommen werden, verstärken die Sozialimperialisten ebenfalls ihre Rüstung: Neue Panzertypen, der Backfire als neues Kampfflugzeug, weitere Stationierung von Mittelstreckenraketen, vor allem aber der verstärkte Ausbau der Flotte mit neuen Kreuzern, neuen U-Booten und voraussichtlich dem Bau atomgetriebener Flugzeugträger sind die in letzter Zeit bekanntgewordenen Maßnahmen.

Wollen die US-Imperialisten in dieser Lage, vor allem nach dem Verlust der Beherrschung von Staaten im Mittleren und Fernen Osten, ihre Rolle als Weltmacht aufrechterhalten, müssen sie in verstärktem Maße ihre Verbündeten zu Leistungen heranziehen. Als vorherrschende Macht innerhalb der NATO sehen sie die *Gefahren* einer militärischen Stärkung der europäischen Staaten als noch relativ gering

NATO-Ratstagung

Der Konflikt zwischen den Interessen der Supermacht und den Interessen der übrigen imperialistischen Staaten auch für die NATO-Ratstagung ist denn schon vorgezeichnet. Die Absichten der US-Imperialisten führte General Rogers, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 9. Oktober in Bonn aus: „Bei einem weiteren bedeutenden Beschluß, der im Mai dieses Jahres von den Ministern gefaßt wurde, ging man von der Erkenntnis aus, daß die Welt nach Afghanistan nicht mehr dieselbe ist und daß zusätzliche Maßnahmen getroffen bzw. Maßnahmen, zu denen man sich bereits verpflichtet hatte, beschleunigt werden müssen. Wir erwarten von den Ministertagungen im Dezember 1980, daß weitere Beschlüsse bezüglich der Maßnahmen und Verpflichtungen der zweiten Phase – nach Afghanistan – gefaßt werden und eine bessere Arbeitsteilung zwischen den westeuropäischen Verbündeten und den Vereinigten Staaten gefunden wird angesichts der Aufgabe der Vereinigten Staaten, schnelle Eingreiftruppen zu bilden und zur Verlegung nach Südwestasien bereit zu halten, um unser aller Interesse zu schützen."

Rogers kündigte gleich die Forderung nach mehr Depots zur Vorauseinlagerung von Material für US-amerikanische Truppen an. Schon für die jetzigen wird die Bundesrepublik etwa 10 Mrd. DM bereitstellen müssen, um sie,

einschließlich der Besatzerkasernen, in Ordnung zu bringen. Und Rogers hat angekündigt, daß die 3%-Steigerung für die beschlossenen und zu beschließenden Maßnahmen keineswegs reichen werde. Überlegungen über einen gemeinsamen Flottenverband von Großbritannien, Frankreich und der BRD für das Mittelmeer werden angestellt, um dort die in den Mittleren Osten abgezogenen US-Schiffe zu ersetzen. Obwohl der Kanzler dem Druck der USA schon teilweise nachgegeben zu haben scheint, wird es darüber auf der NATO-Ratstagung noch zu Auseinandersetzungen kommen.



„Mal jetzt sehen! Weihnachten '78 bekam Kampuchea ‚Brüderliche Weihnachtshilfe' und Weihnachten '79 Afghanistan! Wir sollten vielleicht dieses Jahr den Polen ein ‚Weihnachtsgeschenk' machen!" (aus Aftonbladet, Schweden)

Militärausgaben von NATO und Warschauer Pakt

Die gemeinsame Definition der Militärausgaben der NATO beinhaltet: Ausgaben für Forschung und Entwicklung im militärischen Bereich, die Militärhilfe an andere Länder (z.B. an die Türkei), die Kosten für Pensionszahlungen und für paramilitärische Truppen und die Polizei. Sie enthält nicht die Ausgaben für Zivilverteidigung, Kriegsrenten oder Zahlungen von Kriegsschulden.

Die Militärausgaben des Warschauer Paktes sind nach der Methode berechnet, „was es in Dollar kosten würde, diese Aufwendungen in den Vereinigten Staaten zu produzieren". Die offiziellen Angaben der Sozialimperialisten liegen bei etwa 20% der Ausgaben der USA. Zu Recht kritisiert das Stockholmer Friedensforschungsinstitut, daß bei dieser Berechnungsmethode gerade fortgeschrittene Technologie am geringsten bewertet würde. Mittlerweile wird man aber von einer Annäherung sprechen können, so daß die angegebenen Werte als Maß für die militärische Rüstung der Sozialimperialisten sehr wohl genommen werden können.

Index der NATO-Militärausgaben
(In konstanten Preisen, 1970 = 100)

Land	1960	1966	1973	1974	1975	1976	1977	1978	Steigerg. in % 60–70	Steigerg. in % 70–78
Belgien	72,5	85,6	110,9	115,4	124,7	129,8	136,4	144,9	3,3	4,8
Großbrit.	100,6	106,0	112,0	115,9	114,6	117,8	112,1	113,7	0	1,7
Kanada	105,3	99,8	100,6	108,0	106,6	114,0	121,1	123,9	–0,5	2,7
Dänemark	71,4	97,0	103,6	113,2	122,9	121,3	122,1	124,7	3,4	2,8
Frankreich	85,7	97,1	101,1	108,1	112,5	116,5	123,7	128,4	1,6	3,2
Westdeutschl.	70,2	98,7	119,0	124,2	123,6	122,2	121,7	125,8	3,6	2,9
Italien	67,0	97,1	124,7	124,8	116,7	113,0	124,1	127,5	4,1	3,1
Niederlande	65,6	84,0	110,0	117,9	120,7	118,1	133,2	129,5	4,3	3,3
Norwegen	59,2	86,5	103,3	106,0	115,0	115,3	120,1	126,6	5,4	3,0
Portugal	37,3	76,4	95,4	114,4	78,6	60,5	58,2	60,9	10,4	–4,3
USA	76,5	97,6	88,1	86,9	84,3	86,8	83,0	80,4	2,7	–2,2

Quelle: The Military Balance 1977/78 und 1980/81, International Institute for Strategic Studies, London – * BSP: Bruttosozialprodukt – n.a.: Keine Angabe

Vergleich der Militärausgaben

Land	$ Mio. 1975	$ Mio. 1980	$ pro Kopf 1975	$ pro Kopf 1980	% der staatlichen Ausgaben 1975	% der staatlichen Ausgaben 1980	% des BSP* 1975	% des BSP* 1979
Warschauer Pakt								
Tschechoslowakei	1706	3520	116	229	7,3	7,6	3,8	2,8
DDR	2550	4790	148	285	7,9	7,5	5,5	6,3
Polen	2011	4670	59	131	7,0	6,0	3,1	2,4
Sowjetunion	124000	n.a.	490	n.a.	n.a.	n.a.	11–13%	
NATO								
Belgien	1971	3735	200	378	10,0	n.a.	3,0	3,3
Großbritannien	11118	24448	198	437	10,8	10,7	4,9	4,9
Kanada	2965	4240	130	177	11,9	n.a.	2,2	1,7
Dänemark	939	1404	185	274	7,3	6,4	2,2	2,0
Frankreich	13984	20220	264	374	20,2	n.a.	3,9	3,9
Westdeutschland	16142	25120	259	410	24,2	22,2	3,7	3,3
Italien	4700	6580	84	n.a.	9,7	n.a.	2,6	2,4
Niederlande	2978	5239	218	374	11,0	7,3	3,6	3,4
Norwegen	929	1570	232	383	8,2	n.a.	3,1	3,1
Portugal	1088	699	124	71	35,2	n.a.	6,0	4,0
USA	88983	142700	417	644	23,8	23,3	5,9	5,2

Die NATO hat in Dänemark nie freie Hand gehabt
Zwangsmitgliedschaft der Faröer und Grönlands

bag. Der Widerstand gegen die NATO in Dänemark, der sich momentan vor allem in einer Ablehnung der Erhöhung des NATO-Beitrags auf 3% und in einer bis in die sozialdemokratische Regierungspartei hineinreichenden Kritik am Ausbau von Depots auf dänischem Boden zeigt, hat eine lange Tradition. Die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgte Dänemark eine strikte Neutralitätspolitik. 1948 scheiterte der Plan eines gemeinsamen skandinavischen Verteidigungsbündnisses, wozu die US-Imperialisten mit Drohungen und Gerüchten über eine Invasion durch die Sowjetunion ihren Teil beitrugen. Der Beitrag Dänemarks zur NATO erfolgte im März 1949, mit 119 zu 23 Stimmen im Parlament. Wegen ihrer politischen Abhängigkeit von Dänemark wurden gleichzeitig auch Kalatdlit Nunat (Grönland) und die Färöer Mitglieder der NATO.

Dänemark nahm sich einige wichtige Sonderrechte, die die Interventionsmöglichkeiten der USA erheblich einschränkten: so den bereits 1949 geäußerten Grundsatz, ,,daß die Stationierung fremder Truppen in Dänemark nicht in Frage kommt“, und die Absage an die Lagerung von Atomwaffen 1958. In den 50er und 60er Jahren kam es zu scharfen Kontroversen über die NATO anläßlich des Beitritts der Bundesrepublik, der Erinnerungen an die nationalsozialistische Besetzung Dänemarks wachwerden ließ. Bei der NATO-Übung ,,Bone Dry“ demonstrierten 3000 Menschen in Kopenhagen gegen westdeutsche Kriegsschiffe, die 100 Meter vor der Küste vor Anker lagen. Als im Frühjahr 1965 bei einer NATO-Übung zum ersten Mal deutsche Truppen auf dänischem Boden teilnehmen sollten, fanden im ganzen Grenzgebiet und vor allem bei der Kaserne von Randers Protestaktionen dagegen statt. Gewerkschaftsvertreter, darunter die Bauarbeiter, forderten eine Volksabstimmung über die weitere Mitgliedschaft Dänemarks in der NATO.

Auf den Färöern und auf Kalatdlit Nunat hat es von Anfang an Widerstand gegen die US-Basen gegeben, der sich mit der wachsenden Unabhängigkeitsbewegung in den letzten Jahren verstärkte. Die Färöer protestierten 1959 gegen die Errichtung von Radarstationen im Early-warning-System und hielten 1970 in einem Parlamentsbeschluß fest, daß keine fremden Soldaten bei den Radarstationen eingesetzt werden dürften, und ,,daß wir keine Erlaubnis für die Lagerung von Kriegsmaterial auf färöerischem Boden oder in färöerischen Gewässern erteilen.“ Über den Widerstand auf Kalatdlit Nunat und Island klagt ein Artikelschreiber in der November-Nummer von ,,NATO Nyt“, daß es dort ,,angesichts der starken nationalistischen und sozialistischen Haltung politisch unklug und sehr riskant wäre, Wesentliches an Umfang oder Funktionen der NATO-Basis zu ändern.“

Großbritannien: Auseinandersetzungen in der Labour-Partei um Verteidigungspolitik

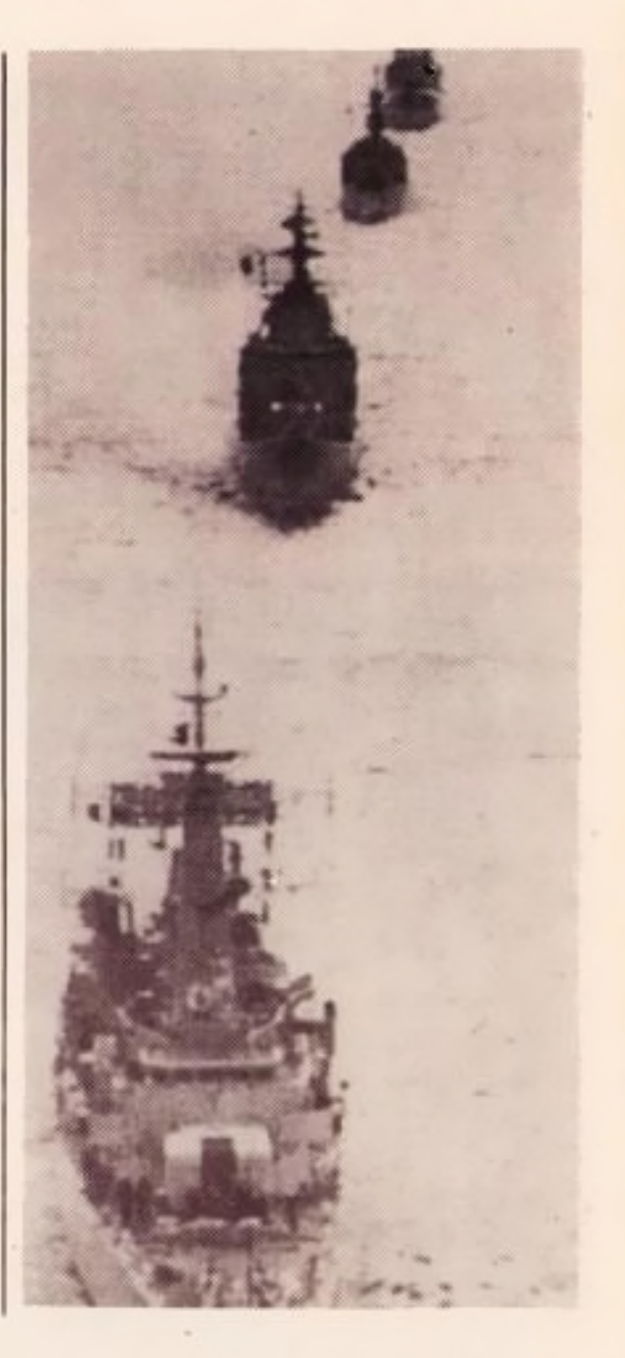
ulw. 50000 Menschen demonstrierten am 26. Oktober in London für einseitige nukleare Abrüstung. Aufgerufen hatte die ,,Bewegung für nukleare Abrüstung“ (CND), die in den 60er Jahren im Kampf gegen die atomare Bewaffnung der britischen Imperialisten entstanden war. Es war die seit dieser Zeit größte Demonstration der ,,Bewegung“. Die Demonstration richtete sich auch gegen die Stationierung der amerikanischen Marschflugkörper (cruise missiles) und die Modernisierung der britischen Atomstreitmacht. Wie die ,,Times“ berichtete, beteiligten sich an der Demonstration alle politischen Gruppierungen, Parteien und Organisationen links der Konservativen Partei. Zu den Kundgebungsrednern gehörte auch Wedgwood Benn, Mitglied der Labour-Partei und ehemaliger Staatssekretär für Energie und Industrie: In bezug auf eine Resolution des Labour-Parteitages sagte er, seine Partei sei gegen jede Verteidigungsstrategie, die auf der Drohung oder dem Gebrauch von Atomwaffen beruhe.

Obgleich das bei der NATO zweifellos der Fall ist, hatten die Delegierten zuvor eine Resolution, die den Rückzug Großbritanniens aus der NATO forderte sowie eine Politik der ,,echten Neutralität und Bündnisfeiheit“, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Forderungen gehen von der Theorie aus bzw. werden so begründet – daß der Krieg durch seine Vorbereitung entstehe: ,,Rüstung für den Krieg führt zum Krieg“. Die Forderung nach einseitiger nuklearer Abrüstung soll jetzt endlich Fortschritte bringen auf dem Weg zu weltweiter Abrüstung. Als wenn die Supermächte durch solche Maßnahmen von ihrem Interesse an und ihrer Rivalität um die Weltherrschaft abgebracht werden könnten.

Beschönigung der Sozialimperialisten ist ein weiterer Bestandteil dieser Politik. Während die USA verbal heftig angegriffen werden, verwahrt sich ein Delegierter dagegen, die Sowjet-





Oben: Von Anfang an gab es heftigen Widerstand gegen den Beitritt Norwegens zur NATO. Das Bild zeigt eine Demonstration gegen den Beitritt im Februar 1949. Die Forderungen auf den Bildern sind: ,,Der Atlantikpakt bedeutet Krieg“ – ,,Arbeitslosigkeit statt Uniform“ – ,,Essen statt Kanonen“ – ,,Häuser statt Bunker“. – Dänemark und Norwegen haben für die NATO besondere Bedeutung zur Kontrolle von Nordsee, Norwegensee und Ostsee. Anfang August 1980 laufen mehrere Kriegsschiffe in die Bucht von Arhus, Dänemark *(rechts)*.

Norwegen: Eine kraftvolle Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte entsteht

ref.Lillehammer. Im April 1949 ist Norwegen dem NATO-Pakt beigetreten. Aktionen dagegen gab es besonders in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, was Widerhall in einer starken Opposition gegen die NATO innerhalb der regierenden Arbeiterpartei (DNA) fand. Daß der Beitritt zur NATO dennoch möglich war, ist zu einem guten Teil der Tatsache geschuldet, daß es dem Widerstandskampf des norwegischen Volk nicht gelungen war, im Zweiten Weltkrieg der Besetzung durch die Hitler-Truppen aus eigener Kraft ein Ende zu bereiten. Der Widerstand gegen die NATO war immerhin so stark, daß der Beitritt nur auf einer sogenannten ,,Minimalbasis“ möglich war. In einer Antwort auf eine sowjetische Anfrage mußte Staatsminister Einar Gerhardsen Februar 1949 erklären: ,,Die norwegische Regierung möchte der Sowjetregierung versichern, daß Norwegen niemals an einer Politik mit aggressiven Zwecken mitwirken wird ... Die norwegische Regierung wird keinem Übereinkommen mit anderen Staaten beitreten, das für Norwegen die Verpflichtung enthält, Basen für Streitkräfte fremder Mächte auf norwegischem Territorium zu eröffnen, solange Norwegen nicht angegriffen oder mit Angriff bedroht wird.“

1957 setzten die USA in der NATO den Beschluß durch, Mittelstreckenra-

tersuchungskommission, die die strategischen Verhältnisse an der NATO-Nordflanke untersuchen sollte. Der Ausschuß kam zu dem Ergebnis, daß es den Sowjets durchaus möglich sei, den Transport von amerikanischem Material und Streitkräften nach Norwegen zu unterbinden, mindestens empfindlich zu stören. ,,Die Sowjetunion hat schrittweise eine große Flotte im Norden aufgebaut, mit U-Booten, Überwasserfahrzeugen und Flugzeugen mit Atom- und konventionellen Waffen. Diese Kräfte können verhindern, daß Verstärkung unser Land erreicht. Daß heißt, daß alliierte Verstärkung, mit der wir in der ganzen Nachkriegszeit für unsere Verteidigung in Krisensituationen gerechnet haben, vor großen Problemen stehen wird, schlimmstenfalls uns überhaupt nicht erreicht.“ Die Lösung besteht darin, das Material vorher zu lagern, so daß man im ,,Krisenfall“ nur noch das Personal einzufliegen braucht. Das Material besteht aus Transportfahrzeugen, schweren Kanonen, zwei Hawk-Batterrien, Phantom-, Harrier- und Skyhawk-Flugzeugen und Helikoptern, berechnet für ca. 10000 Mann.

Nach Bekanntwerden dieser Pläne entwickelte sich eine starke Protestbewegung gegen diese sogenannte ,,Vorhandslagerung“, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Arbeiterpartei.

der Arbeiterpartei gelungen, innerhalb der Partei die Regierungspläne durchzusetzen. Mitte November faßte Oslos AP den Beschluß, eine etwaige Stellungnahme von bestimmten Bedingungen abhängig zu machen und trat für eine europäische Abrüstungsinitiative der AP und Gewerkschaften ein. Zwei von drei wichtigen Ausschüssen der AP unterstützten die Regierungspläne und auf der Delegiertenkonferenz am 1.12. wurde gegen nur 6 Stimmen ein Beschluß für Vorhandslagerung gefaßt. Damit ist die Verabschiedung im Storting sicher. Zwischen der Führung der Arbeiterpartei und deren Basis gibt es eine starke Kluft. In den letzten Monaten verlor die Arbeiterpartei 50000 Wähler, während die Zahl der Befürworter der Vorhandslagerung von 50% auf 32% und damit unter die Zahl der Gegner (34%) sank. Die Bewegung gegen Vorhandslagerung ist durchaus stark und scheint sich auch, nachdem jetzt die Entscheidung in der Sache gefallen ist, weiter zu entwickeln. An einer Demonstration in Olso am 7.11. nahmen ca. 6000 Menschen teil, unter den Parolen: Für Abrüstung und Frieden, Keine Vorhandslagerung, Verbietet alle Atomwaffen, Löst die Militärblöcke auf!

Befragt, in welche Richtung sich diese Bewegung in Zukunft entwickeln wird, antwortete uns ein Vertreter der AKP (ML): ,,Es gibt – und das wird

NATO anläßlich des Beitritts der Bundesrepublik, der Erinnerungen an die nationalsozialistische Besetzung Dänemarks wachwerden ließ. Bei der NATO-Übung ,,Bone Dry“ demonstrier-

sichts der starken nationalistischen und sozialistischen Haltung politisch unklug und sehr riskant wäre, Wesentliches an Umfang oder Funktionen der NATO-Basis zu ändern.“

Großbritannien: Auseinandersetzungen in der Labour-Partei um Verteidigungspolitik

ulw. 50000 Menschen demonstrierten am 26. Oktober in London für einseitige nukleare Abrüstung. Aufgerufen hatte die ,,Bewegung für nukleare Abrüstung“ (CND), die in den 60er Jahren im Kampf gegen die atomare Bewaffnung der britischen Imperialisten entstanden war. Es war die seit dieser Zeit größte Demonstration der ,,Bewegung“. Die Demonstration richtete sich auch gegen die Stationierung der amerikanischen Marschflugkörper (cruise missiles) und die Modernisierung der britischen Atomstreitmacht. Wie die ,,Times“ berichtete, beteiligten sich an der Demonstration alle politischen Gruppierungen, Parteien und Organisationen links der Konservativen Partei. Zu den Kundgebungsrednern gehörte auch Wedgwood Benn, Mitglied der Labour-Partei und ehemaliger Staatssekretär für Energie und Industrie: In bezug auf eine Resolution des Labour-Parteitages sagte er, seine Partei sei gegen jede Verteidigungsstrategie, die auf der Drohung oder dem Gebrauch von Atomwaffen beruhe.

Die Bewegung gegen die Kriegsgefahr, gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten wirkt tief in die Reihen der Sozialdemokratie hinein. Auf dem Labour-Parteitag Anfang Oktober war es bereits zu heftigen Auseinandersetzungen über die Rüstungs- und Verteidigungspolitik gekommen. Dabei hatte zwar die rechte Parlamentsfraktion eine schwere Niederlage einstecken müssen; ein Fortschritt für den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen war damit allerdings nicht verbunden, eher sind die Beschlüsse des Parteitages geeignet, Verwirrung zu stiften und die Ursachen der Kriegsgefahr zu verschleiern.

Vier Resolutionen wurden verabschiedet. Sie enthalten neben der allgemeinen Forderung nach weltweiter Abrüstung auch Forderungen gegen die Stationierung der cruise missiles in Großbritannien und die Verstärkung der britischen Atomrüstung. Folgende Forderungen und Vorschläge wurden zur Aufnahme in die zukünftige Wahlplattform der Partei für die nächsten Parlamentswahlen empfohlen: Einseitige nukleare Abrüstung; Schließung aller Atomwaffenstützpunkte, amerikanischer und britischer; kernwaffenfreie Zone in Europa; Vorschläge zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte ,,mit gesellschaftlichem Nutzen“, unter Ausnutzung der bestehenden Anlagen und Sicherung der Arbeitsplätze sowie Ablehnung britischer Beteiligung an Verteidigungsbündnissen, die auf atomarer Abschreckung basieren.

Obgleich das bei der NATO zweifellos der Fall ist, hatten die Delegierten zuvor eine Resolution, die den Rückzug Großbritanniens aus der NATO forderte sowie eine Politik der ,,echten Neutralität und Bündnisfeiheit“, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Forderungen gehen von der Theorie aus bzw. werden so begründet – daß der Krieg durch seine Vorbereitung entstehe: ,,Rüstung für den Krieg führt zum Krieg“. Die Forderung nach einseitiger nuklearer Abrüstung soll jetzt endlich Fortschritte bringen auf dem Weg zu weltweiter Abrüstung. Als wenn die Supermächte durch solche Maßnahmen von ihrem Interesse an und ihrer Rivalität um die Weltherrschaft abgebracht werden könnten.

Beschönigung der Sozialimperialisten ist ein weiterer Bestandteil dieser Politik. Während die USA verbal heftig angegriffen werden, verwahrt sich ein Delegierter dagegen, die Sowjet-

union als Buhmann hinzustellen, der Europa erobern wolle.

Bestimmte Neutralitätsbestrebungen richten sich nicht gegen den imperialistischen Charakter der NATO und haben auch nicht den Zusammenschluß dagegen zum Ziel, sondern vorgeschlagen wird, eine Politik wie Kanada oder Norwegen zu verfolgen.

Die Entschließungen des Parteitages sind sowohl Reaktion auf die Kämpfe der Volksmassen, die seit dem Beschluß der NATO zur Mittelstreckenstationierung und dem Beschluß der britischen Regierung zur Verstärkung der atomaren Rüstung einen gewaltigen Aufschwung genommen haben, als auch Ausdruck von Spekulationen, ob sich der Kostenaufwand, der aus der NATO-Mitgliedschaft resultiert, überhaupt lohnt, wo man sich doch so oder so unter dem Schutzschirm der amerikanischen Atomwaffen befindet.

Daß Senkung der Rüstungsausgaben und Auflösung der Atomwaffenstützpunkte tatsächlich zum Wahlprogramm der Labour-Partei werden, hat die britische Bourgeoisie nicht zu befürchten. Die Parlamentsfraktion der Partei, die für die Wahlprogramme der Partei entscheidend ist, kann auf Parteitagsbeschlüsse nur verpflichtet werden, wenn diese mit ⅔ Mehrheit mittels Stimmkarten verabschiedet werden. Die vier Resolutionen wurden mit Handzeichen abgestimmt. Lediglich die Resolution, die sich für den Rückzug aus der NATO ausspricht, wurde mit Stimmkarten abgelehnt.

Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte entsteht

ref.Lillehammer. Im April 1949 ist Norwegen dem NATO-Pakt beigetreten. Aktionen dagegen gab es besonders in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, was Widerhall in einer starken Opposition gegen die NATO innerhalb der regierenden Arbeiterpartei (DNA) fand. Daß der Beitritt zur NATO dennoch möglich war, ist zu einem guten Teil der Tatsache geschuldet, daß es dem Widerstandskampf des norwegischen Volk nicht gelungen war, im Zweiten Weltkrieg der Besetzung durch die Hitler-Truppen aus eigener Kraft ein Ende zu bereiten. Der Widerstand gegen die NATO war immerhin so stark, daß der Beitritt nur auf einer sogenannten ,,Minimalbasis“ möglich war. In einer Antwort auf eine sowjetische Anfrage mußte Staatsminister Einar Gerhardsen Februar 1949 erklären: ,,Die norwegische Regierung möchte der Sowjetregierung versichern, daß Norwegen niemals an einer Politik mit aggressiven Zwecken mitwirken wird ... Die norwegische Regierung wird keinem Übereinkommen mit anderen Staaten beitreten, das für Norwegen die Verpflichtung enthält, Basen für Streitkräfte fremder Mächte auf norwegischem Territorium zu eröffnen, solange Norwegen nicht angegriffen oder mit Angriff bedroht wird.“

1957 setzten die USA in der NATO den Beschluß durch, Mittelstreckenra-

keten mit atomaren Sprengköpfen in Europa zu stationieren. Wieder brach in Norwegen ein Sturm der Entrüstung los, diesmal mehr mit der Stoßrichtung auf Verbot aller Atomwaffen. Auf einer Landeskonferenz mußte die Arbeiterpartei erklären: ,,Die Arbeiterpartei tritt mit aller Kraft für den sofortigen Stopp der Atombombenversuche ein ... Atomwaffen dürfen nicht auf norwegischem Gebiet plaziert werden.“ In der Praxis war damit die Stationierung von Atomwaffen auf norwegischem Territorium ausgeschlossen. Auch in den 60er Jahren gab es erheblichen Widerstand gegen die NATO, vor allem in Verbindung mit dem Vietnam-Krieg und der NATO-Unterstützung dieses Krieges. So faßte z.B. Ostern 1968 Oslos Arbeiterpartei mit 101 gegen 33 Stimmen einen Beschluß gegen die NATO. Auf der anderen Seite ist es der Führung der Arbeiterpartei, meist gleichzeitig Regierungspartei, immer wieder gelungen, die Partei auf NATO-Mitgliedschaft auszurichten.

Mit der starken Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Supermächten Ende der 70er Jahre richtet sich die Bewegung in einem neuen Aufschwung jetzt gegen die wachsende Kriegsgefahr. Gegen den Mittelstreckenraketenbeschluß der NATO Herbst 1979 gab es äußerst starke Proteste. Norwegen stimmte dem Beschluß zwar zu, nicht aber einer Stationierung auf seinem Boden. Im Herbst 1980 wurden Pläne der norwegischen Regierung bekannt, schweres Material für ein reduziertes amerikanisches Marinekorps im Distrikt Tröndelag zu lagern. Diese Pläne waren Ergebnis der neuen ,,flexiblen NATO-Strategie“ und Ausfluß einer amerikanisch-norwegischen Un-

tersuchungskommission, die die strategischen Verhältnisse an der NATO-Nordflanke untersuchen sollte. Der Ausschuß kam zu dem Ergebnis, daß es den Sowjets durchaus möglich sei, den Transport von amerikanischem Material und Streitkräften nach Norwegen zu unterbinden, mindestens empfindlich zu stören. ,,Die Sowjetunion hat schrittweise eine große Flotte im Norden aufgebaut, mit U-Booten, Überwasserfahrzeugen und Flugzeugen mit Atom- und konventionellen Waffen. Diese Kräfte können verhindern, daß Verstärkung unser Land erreicht. Daß heißt, daß alliierte Verstärkung, mit der wir in der ganzen Nachkriegszeit für unsere Verteidigung in Krisensituationen gerechnet haben, vor großen Problemen stehen wird, schlimmstenfalls uns überhaupt nicht erreicht.“ Die Lösung besteht darin, das Material vorher zu lagern, so daß man im ,,Krisenfall“ nur noch das Personal einzufliegen braucht. Das Material besteht aus Transportfahrzeugen, schweren Kanonen, zwei Hawk-Batterrien, Phantom-, Harrier- und Skyhawk-Flugzeugen und Helikoptern, berechnet für ca. 10000 Mann.

Nach Bekanntwerden dieser Pläne entwickelte sich eine starke Protestbewegung gegen diese sogenannte ,,Vorhandslagerung“, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Arbeiterpartei.

Den Widerstand innerhalb der Arbeiterpartei begründete Helge Sivertsen, Vorsitzender des Abrüstungsausschusses im Storting (dem norw. Parlament): ,,Entscheidend für mich ist, ob wir dadurch das Risiko erhöhen, daß Atomwaffen in Norwegen eingesetzt werden. ... Die neue Atomstrategie (der USA, Verf.) scheint den aktiven Gebrauch von Atomwaffen für denkbar zu halten. Hier liegt eine völlig neue Dimension des Kriegsunglücks. ... Wenn die zwei Giganten im Norden zusammenstoßen, haben wir das Atomkriegsrisiko mitten in unserem Leben.“ Nur mit Mühe konnte die Führung der Arbeiterpartei verhindern, daß in der Osloer Arbeiterpartei (der wichtigsten Sektion) im September ein Beschluß gegen die Vorhandslagerung gefaßt wurde. Die Beschlußfassung sollte auf Mitte November verschoben werden. Auch auf der Landesdelegiertenkonferenz konnte die Beschlußfassung auf Anfang Dezember verschoben werden. Auf dem Gewerkschaftstag der Chemiearbeiter verurteilten alle Sprecher die Regierungspläne, der anwesende Staatsminister Oddvar Nordli mußte herbe Kritik einstecken.

Außerhalb der Partei bildete sich eine ,,Aktion gegen Vorhandslagerung“ und ein ,,Informationskomitee für eine neue Verteidigungspolitik“, das von der kommunistischen AKP (ML) unterstützt wird. Diese Bewegung organisierte mehrere Demonstrationen, Veranstaltungen, und nach ca. drei Monaten konnten am 4. Dezember Staatsminister Nordli 100000 Unterschriften gegen die Vorhandslagerung überreicht werden. Inzwischen ist es der Führung

der Arbeiterpartei gelungen, innerhalb der Partei die Regierungspläne durchzusetzen. Mitte November faßte Oslos AP den Beschluß, eine etwaige Stellungnahme von bestimmten Bedingungen abhängig zu machen und trat für eine europäische Abrüstungsinitiative der AP und Gewerkschaften ein. Zwei von drei wichtigen Ausschüssen der AP unterstützten die Regierungspläne und auf der Delegiertenkonferenz am 1.12. wurde gegen nur 6 Stimmen ein Beschluß für Vorhandslagerung gefaßt. Damit ist die Verabschiedung im Storting sicher. Zwischen der Führung der Arbeiterpartei und deren Basis gibt es eine starke Kluft. In den letzten Monaten verlor die Arbeiterpartei 50000 Wähler, während die Zahl der Befürworter der Vorhandslagerung von 50% auf 32% und damit unter die Zahl der Gegner (34%) sank. Die Bewegung gegen Vorhandslagerung ist durchaus stark und scheint sich auch, nachdem jetzt die Entscheidung in der Sache gefallen ist, weiter zu entwickeln. An einer Demonstration in Olso am 7.11. nahmen ca. 6000 Menschen teil, unter den Parolen: Für Abrüstung und Frieden, Keine Vorhandslagerung, Verbietet alle Atomwaffen, Löst die Militärblöcke auf!

Befragt, in welche Richtung sich diese Bewegung in Zukunft entwickeln wird, antwortete uns ein Vertreter der AKP (ML): ,,Es gibt – und das wird

auch weiterhin so sein – einen scharfen Kampf zwischen den Kräften, die den Pazifismus vorantreiben wollen, und denen, die fordern, daß die Supermächte abrüsten, während ein bedrohtes Norwegen seine Verteidigungsfähigkeit verstärkt. Der Pazifismus hat nur wenig Nährboden in Norwegen, nicht zuletzt, weil wir die Besetzung zwischen 1940 und 45 erlebt haben. Ich bin sicher, daß die Hauptströmung sich in Zukunft um folgende Forderungen zusammenschließen wird: Abrüstung der Supermächte; atomwaffenfreier Norden unter Einbeziehung der Mittelstreckenatomraketen, die auf Kola und bei Leningrad stationiert sind; Forderungen, die die nationale Verteidigung stärken und einbeziehen, daß Norwegen sich aus dem Kommandosystem der NATO herauszieht, d.h. die Verbindungen zur NATO schwächt.“

Große Teile der Arbeiterpartei fordern einen ,,atomfreien Norden“, wobei diese Forderung auch ins Programm der AP aufgenommen wurde. Andere einflußreiche Kräfte, wie z.B. der Friedensforscher Galtung, fordern größeren Abstand zur NATO, z.B. einen Status wie Frankreich. Außerdem tritt er für eine gemischte Verteidigung von konventionellen Kräften, Guerilla-Kräften und gewaltloser Verteidigung nach dem Vorbild Jugoslawiens ein. Die Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen der Supermächte ist kraftvoll in Norwegen, wenn sie auch teilweise von pazifistischen und bürgerlichen Kräften geführt wird. Das norwegische Volk tritt entschieden für Frieden ein. Es wird sich nicht für die Zwecke der Imperialisten einspannen lassen.

„Die Gerechtigkeit wird siegen“

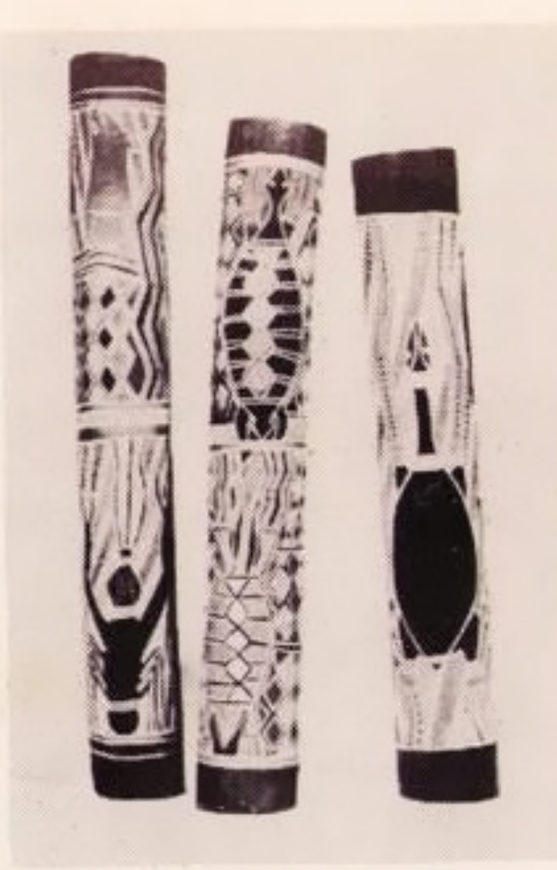
Kunst und Kultur der australischen Aboriginals im Kampf um Landrecht und nationale Existenz

mat.Sydney. Am 6. März 1979 erschienen zwei Aboriginals in der Hogarth-Galerie in Sydney, entfernten sechs Gemälde des Künstlers Yirawala von den Wänden, luden sie in einen Lieferwagen und fuhren davon. Im folgenden Gerichtsprozeß mußten Richter und Geschworene zur Kenntnis nehmen, daß Yirawala ein großer Künstler und Held des Aboriginal-Volkes ist, daß seine Gemälde Bestandteil der Aboriginalkultur und damit nach dem Recht der Aboriginals nicht individuell verkäuflich sind, sondern im Besitz des Aboriginalvolkes bleiben müssen.

Das Gericht sah sich während des Prozesses wachsendem Druck ausgesetzt. Wiederholt mußte der Richter den Geschworenen einschärfen, daß in seinem Gericht nicht Aboriginalrecht gesprochen wird, sondern „das Recht von Neusüdwales“. In seiner Bedrängnis zog er sich schließlich aus der Affäre, indem er erklärte, nach „dem Recht von Neusüdwales“ ginge es darum, ob die Angeklagten überzeugt davon gewesen seien, daß sie das Recht auf die Entfernung der Bilder hätten. Nach fünfeinhalbstündiger Beratung sprachen die Geschworenen die beiden Angeklagten frei, unter dem Jubel zahlreicher Aboriginals, die sich vor dem Gericht versammelt hatten.

Vor allem für die Aboriginals in den Städten ist die Kunst des eigenen Volkes zu einem wichtigen Mittel geworden, die Verbindung zu ihrem Volk aufrechtzuerhalten. In Queensland und Westaustralien hat sich seit kurzem die outback-Bewegung entwickelt. Gruppen von Aboriginals gehen zurück aufs Land und gründen Siedlungen, wo sie landwirtschaftliche und Kunstprodukte herstellen. Die in den Städten Zurückgebliebenen organisieren den genossenschaftlichen Vertrieb der Produkte. Wirtschaftliche Notwendigkeiten führen zu wachsendem Verkauf von Kunstprodukten, doch sollen sie nach dem Willen der Aboriginals in Australien bleiben. (Die Gegenstände der Hogarth-Galerie gehen fast alle ins Ausland.)

Die Rückkehr zum Leben auf dem Land geht einher mit wieder wachsender Bedeutung der heiligen Stätten, wo die Jugendlichen in die Stammestraditionen eingeführt und in kulturelle Fertigkeiten eingewiesen werden. Eine der wichtigsten heiligen Stätten ist Ayers Rock, ein im flachen Zentrum Australiens gelegener, drei Kilometer langer Felsblock. Er ist Teil einer Landforderung, die den größten Teil des umliegenden Reservats umfaßt. Von den Siedlern wird er profitbringend als Touristenattraktion genutzt; geplant ist der Bau einer Hotel- und Campingstadt in unmittelbarer Nähe. Als den Aboriginals im vergangenen Jahr das Recht an dem Land der Gegend zugestanden wurde, blieben Ayers Rock und die 60 km lange Zufahrt davon ausgespart. Der Kampf um Ayers Rock bleibt Bestandteil des Kampfes um die eigene Kultur.



Hölzerne Gefäße mit farbiger Darstellung von Stammessymbolen. In ihnen bewahren die Aboriginals die Knochen von Verstorbenen auf, nachdem sie verbrannt wurden. (Yirrkala, Northern Territory)

Der von den Aboriginals geforderte Vertrag zwischen der Regierung und ihrem Volk auf Anerkennung als Nationalität enthält im Entwurf die Forderungen nach Rückgabe von Aboriginalskeletten und Kunstgegenständen aus den Museen. Nach drei Jahrzehnten, in denen fast nur die Kommunisten die Forderungen der Aboriginals unterstützten, hat der Kampf um den Vertrag langsam breitere Unterstützung bei Weißen gefunden.

Menschen sind Legenden

Der Aboriginaldichter Kevin Gilbert wuchs in einer kleinen Landstadt in Neusüdwales auf. Nach fünf Jahren Schulbesuch arbeitete er als Farmarbeiter, bis er 1957 wegen Mordes zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt wurde. Nach 14½ Jahren entlassen, beteiligte er sich aktiv an der ersten Zeltbotschaft in Canberra 1972, wo die Aboriginalflagge geschaffen wurde, die auf einem roten und einem schwarzen Streifen eine gelbe Sonne zeigt. Auch an der Errichtung der ersten Aboriginal-Zeltregierung in Canberra 1979 nahm er teil. Er arbeitet im Gesundheitswesen, führt eine Kunstgalerie und schreibt Theaterstücke, Reportagen und Gedichte.

Lobgesang auf Hugh Ridgway aus Purfleet

Der Augenblick der Zeit stand still,
Vögel im Busch verstummten
in Schweigen, und der leichte Wind
rief „Geh zu Deinem eignen großen
Gott, schwarzer Mann;
hinterlassen für diese hier hast Du Licht.“

Ich habe ihn im Alter gesehen (ein freundlicher Mann),
eine Welt von Wut in seiner Brust.
Ich sah ihn gehen, in Reihe mit anderen,
die Ungerechtigkeit auf die Probe zu stellen.
Ich sah ihn auf Canberras Rasen stehen,
wo unsere Landrechtflagge immer noch weht.
Auf seine Weise war er ein Mann,
der in den Schuhen eines Patrioten stand.
Sein einer großer Vorsatz war das Land,
Land, Hoffnung und Leben für den ganzen Stamm.
Er trug ein rotes Band um sein Herz,
das brachte die Kritik der Heuchler zum Verstummen.

Geh zu Deinem Ruheplatz, Hugh. Ruh hast Du verdient.
Wir tragen weiter das rote Band und weinen,
halten an heiligem Vertrauen fest. Unser Anliegen
war dasselbe: Wir gelobten, unserer Väter Land,
die heilige Krone unseres Stolzes, unseres Lebens,
würde zurückkehren zu unserem eigenen schwarzen Band, und
dieses Gelöbnis werden wir halten.

Schlaf gut, moodjang, bevor Du gehst
zurück zur Erde. Dann, wie neues Leben,
werden unsere Träume sich erheben, denn andere gehen
den Pfad, den Du gegangen bist.

Ich setze ab, Schweigen kommt zurück –
Aus dem Gedächtnis steigen seine Worte auf:
„Ich liebe dieses Land, Land meines Vaters,
und die Gerechtigkeit wird siegen hier.“
Die flitternden Schatten einer Wolke kommen
von unbekannten Höhen herab.
Weinend klagt ein Trauernder laut,
von Verlangen voll nach unserem Stammesland.

Dies alles ist Gurindjiland

Der folgende Buchauszug aus „The unlucky Australians“ von Frank Hardy beschreibt ein Stück australische Zeitgeschichte. Das Buch handelt 1965 und erschien erstmals 1968. Wachsende Unruhe unter den Aboriginals auf den Rinderfarmen im Northern Territory hatten es dem Obersten Gericht ratsam erscheinen lassen, die Bezahlung von Aboriginals nach Tariflohn zum Gesetz werden zu lassen, wobei den Farmkapitalisten drei Jahre Zeit zugestanden wurden bis zu seiner Einführung. Die Aboriginals wurden von den Gewerkschaften und dort vor allem von Kommunisten unterstützt; doch sahen diese den Kampf als rein wirtschaftlichen Kampf. Heute ist es Allgemeingut, daß der Kern des Kampfes der Aboriginals der Kampf um ihr Land ist. Damals mußten sogar die Kommunisten darauf gestoßen werden.

Frank Hardy trat früh der Kommunistischen Partei bei. Er schrieb Reportagen, Kurzgeschichten und Romane, unter anderem „Power without Glory“ (Macht ohne Ruhm), wo er den Aufstieg eines australischen Proletariers zum gewissenlosen Kapitalisten beschreibt, der mit Geld und Korruption die Labourpartei in der Hand hat. Mit der revisionistischen Entartung der KP verlor auch Frank Hardy teilweise seine Orientierung; er blieb jedoch ein unermüdlicher Bundesgenosse der Aboriginals. In „The unlucky Australians“ beschreibt er die Geschichte eines von dem Gerichtsurteil ausgelösten ersten großen Streiks von Aboriginals in Wave Hill, einer Rinderfarm des englischen Lords Vestey, bei dessen Organisierung Hardy tragend beteiligt war. Der Streik begann mit der Forderung nach Tariflohn und endete mehrere Jahre später damit, daß die Gurindji einen Teil von Wave Hill als ihr Land zurückerhielten.

Ich sitze im Schuppen und tippe Notizen für einen Artikel, den ich an den *Australian* schicken will. Nebenan fegt ein Aboriginal, ungefähr in meinem Alter, mit einem großen Besen den Hof. Bill Jeffrey kommt herein: „Pincher will mit Dir reden. Paß auf: Er fegt bis hier vor die Tür, und dann kommt er rein.“

Wirklich öffnet Pincher schließlich die Fliegentür und schaut rein. Sein Ausdruck ist wach wie der eines vorsichtigen Vogels, mit scharfen Augen und vorgebeugtem kräftigem Körper.

„Du Prank, eh?“ Er spricht das F nach Gurindjiart. „Ich Pincher. Mein richtiger Name Manguari.“

„Tag Pincher.“ Wir geben uns die Hand und setzen uns. „Ich bin Frank Hardy.“

Pincher erzählt mir, daß er fünf Monate für einen angestellten Sattler bei Vestey gearbeitet hat. „Ersten Monat er zahlt mir fünfzig Dollar – danach nichts. Da bin ich weggegangen. Und alte Leute kriegt niemals Pension, und Frauen niemals Kindergeld. Sie haben das Geld von Tom Pisher in die Hand verlangt. Dieser Bestey-Mob zahlt nie Geld richtig, kein richtiges Essen. Lassen von Sonnenaufgang bis abends neun arbeiten. Kein Essen bis neun Uhr. Wir Aboriginal-Eingeborenen können ihnen das Vieh wiederfinden, das in die Berge rauf geht. Diese Weißen behandeln das nie. Sie behandeln Aboriginal-Eingeborene immer wie Hund, holen Frau aus dem Camp. Ich habe alles gesehen mit eigenen Augen. Wir wollen eigenes Geld haben, eigenes Haus bauen, Lieferwagen kaufen. Aber sie bringen uns nichts bei, bringen Aboriginal-Eingeborenen nichts bei.“ (Er nennt sein Volk immer Aboriginal-Eingeborene).

Hier hat ein Mann begriffen, was mit seinem Volk geschehen ist. Paß gut auf und hör ihm zu, ohne ihn was einzureden (und für jemanden, der von Natur aus zum Reden veranlagt ist, ist das eine schwierige Kunst).

Pincher beugt sich voll Ernst über den Tisch: „Dieser Tom Pisher, wir wollen, daß er weggeht. Wir wollen den ganzen Bestey-Mob weg von hier.“ Er steht auf. „Wir Aboriginal-Eingeborenen von Wave Hill heißen Gurindji. Wir waren hier lange Zeit vor Bestey-Mob. Sie errichten Gebäude, glauben, das Land gehört ihnen.“ Mit weit ausholender Geste fährt er über die Endlosigkeit der ausgedehnten Acres. „Dies ist unser Land, all dieses Land ist Gurindjiland. Wave Hill ist unser Land.“

Ich hatte nicht wirklich erwartet, daß die Aborigines nach drei Generationen weißer Herrschaft noch ein Gespür dafür hätten, daß das Land ihnen gehört ... Es ist ein bestürzender Augenblick. Wie tief ist das, wie wirklich, wie verbreitet ist diese Ansicht, hier bei den Gurindji? Ich beschließe, wegen seiner Feststellung über das Land nicht weiter in Pincher zu dringen; beschließe, andere Eingeborene zu dem Thema zu hören und Bill Jeffrey zu fragen, ob er sie darüber hat sprechen hören – immer noch neige ich dazu, mehr in Löhnen und Arbeitsbedingungen zu denken.

„Pincher, wie ist das mit Limbuya und Inverway und solchen Orten? Die Aboriginals dort wollen ordentliches Haus und Geld?“

„Oh ja“, antwortet Pincher. „Ich hat überall gearbeitet, an diesen Orten.“

„Sind sie dort auch alle Gurindji-Leute?“

„Ja. Dies alles Gurindjiland. Wir haben großes Land, schon lange.“

Städten ist die Kunst des eigenen Volkes zu einem wichtigen Mittel geworden, die Verbindung zu ihrem Volk aufrechtzuerhalten. In Queensland und die 60 km lange Zufahrt davon ausgespart. Der Kampf um Ayers Rock bleibt Bestandteil des Kampfes um die eigene Kultur. sten die Forderungen der Aboriginals unterstützten, hat der Kampf um den Vertrag langsam breitere Unterstützung bei Weißen gefunden.

Menschen sind Legenden

Der Aboriginaldichter Kevin Gilbert wuchs in einer kleinen Landstadt in Neusüdwales auf. Nach fünf Jahren Schulbesuch arbeitete er als Farmarbeiter, bis er 1957 wegen Mordes zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt wurde. Nach 14½ Jahren entlassen, beteiligte er sich aktiv an der ersten Zeltbotschaft in Canberra 1972, wo die Aboriginalflagge geschaffen wurde, die auf einem roten und einem schwarzen Streifen eine gelbe Sonne zeigt. Auch an der Errichtung der ersten Aboriginal-Zeltregierung in Canberra 1979 nahm er teil. Er arbeitet im Gesundheitswesen, führt eine Kunstgalerie und schreibt Theaterstücke, Reportagen und Gedichte.

Lobgesang auf Hugh Ridgway aus Purfleet

Der Augenblick der Zeit stand still,
Vögel im Busch verstummten
in Schweigen, und der leichte Wind
rief „Geh zu Deinem eignen großen
Gott, schwarzer Mann;
hinterlassen für diese hier hast Du Licht.“

Ich habe ihn im Alter gesehen (ein freundlicher Mann),
eine Welt von Wut in seiner Brust.
Ich sah ihn gehen, in Reihe mit anderen,
die Ungerechtigkeit auf die Probe zu stellen.
Ich sah ihn auf Canberras Rasen stehen,
wo unsere Landrechtflagge immer noch weht.
Auf seine Weise war er ein Mann,
der in den Schuhen eines Patrioten stand.
Sein einer großer Vorsatz war das Land,
Land, Hoffnung und Leben für den ganzen Stamm.
Er trug ein rotes Band um sein Herz,
das brachte die Kritik der Heuchler zum Verstummen.

Geh zu Deinem Ruheplatz, Hugh. Ruh hast Du verdient.
Wir tragen weiter das rote Band und weinen,
halten an heiligem Vertrauen fest. Unser Anliegen
war dasselbe: Wir gelobten, unserer Väter Land,
die heilige Krone unseres Stolzes, unseres Lebens,
würde zurückkehren zu unserem eigenen schwarzen Band, und
dieses Gelöbnis werden wir halten.

Schlaf gut, moodjang, bevor Du gehst
zurück zur Erde. Dann, wie neues Leben,
werden unsere Träume sich erheben, denn andere gehen
den Pfad, den Du gegangen bist.

Ich setze ab, Schweigen kommt zurück –
Aus dem Gedächtnis steigen seine Worte auf:
„Ich liebe dieses Land, Land meines Vaters,
und die Gerechtigkeit wird siegen hier.“
Die flitternden Schatten einer Wolke kommen
von unbekannten Höhen herab.
Weinend klagt ein Trauernder laut,
von Verlangen voll nach unserem Stammesland.

se der Aboriginals. In „The unlucky Australians“ beschreibt er die Geschichte eines von dem Gerichtsurteil ausgelösten ersten großen Streiks von Aboriginals in Wave Hill, einer Rinderfarm des englischen Lords Vestey, bei dessen Organisierung Hardy tragend beteiligt war. Der Streik begann mit der Forderung nach Tariflohn und endete mehrere Jahre später damit, daß die Gurindji einen Teil von Wave Hill als ihr Land zurückerhielten.

Ich sitze im Schuppen und tippe Notizen für einen Artikel, den ich an den Australian schicken will. Nebenan fegt ein Aboriginal, ungefähr in meinem Alter, mit einem großen Besen den Hof. Bill Jeffrey kommt herein: „Pincher will mit Dir reden. Paß auf: Er fegt bis hier vor die Tür, und dann kommt er rein.“

Wirklich öffnet Pincher schließlich die Fliegentür und schaut rein. Sein Ausdruck ist wach wie der eines vorsichtigen Vogels, mit scharfen Augen und vorgebeugtem kräftigem Körper.

„Du Prank, eh?“ Er spricht das F nach Gurindjiart. „Ich Pincher. Mein richtiger Name Manguari.“

„Tag Pincher.“ Wir geben uns die Hand und setzen uns. „Ich bin Frank Hardy.“

Pincher erzählt mir, daß er fünf Monate für einen angestellten Sattler bei

Gurindji. Wir waren hier lange Zeit vor Bestey-Mob. Sie errichten Gebäude, glauben, das Land gehört ihnen.“ Mit weit ausholender Geste fährt er über die Endlosigkeit der ausgedehnten Acres. „Dies ist unser Land, all dieses Land ist Gurindjiland. Wave Hill ist unser Land.“

Ich hatte nicht wirklich erwartet, daß die Aborigines nach drei Generationen weißer Herrschaft noch ein Gespür dafür hätten, daß das Land ihnen gehört ... Es ist ein bestürzender Augenblick. Wie tief ist das, wie wirklich, wie verbreitet ist diese Ansicht, hier bei den Gurindji? Ich beschließe, wegen seiner Feststellung über das Land nicht weiter in Pincher zu dringen; beschließe, andere Eingeborene zu dem Thema zu hören und Bill Jeffrey zu fragen, ob er sie darüber hat sprechen hören – immer noch neige ich dazu, mehr in Löhnen und Arbeitsbedingungen zu denken.

„Pincher, wie ist das mit Limbuya und Inverway und solchen Orten? Die Aboriginals dort wollen ordentliches Haus und Geld?“

„Oh ja“, antwortet Pincher. „Ich hat überall gearbeitet, an diesen Orten.“

„Sind sie dort auch alle Gurindji-Leute?“

„Ja. Dies alles Gurindjiland. Wir haben großes Land, schon lange.“







Der Landraub der weißen Siedler hat vielen Stämmen ihre traditionelle Ernährungsgrundlage genommen, und die Stammesmitglieder sind auf der Suche nach Lohnarbeit in alle Winde zerstreut. Einmal im Jahr kehren sie in ihr Heimatgebiet zurück zum Corroboree. Traditionell bemalte Tänzer stellen die Geschichte des Stammes dar, begleitet vom Didgeridoo, einem Blasinstrument (linkes Bild; West-Arnhemland). – Ayers Rock (Mitte) ist eine der heiligen Stätten des Aboriginalvolkes. – Viele Gemälde sind kulturelle Darstellungen des Stammeslebens: Die Ältesten sind in einem inneren Kreis versammelt und führen die in darum gruppierten Kreisen versammelten Jugendlichen in die Kultur des Stammes ein (rechts, Gemälde von Freddy West Djagamara, Pintubi, Westaustralien).